



2019

Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich

Herausgeber und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Artikel-Nr.

8036 19001

Collage

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

© Kartengrundlage

GfK GeoMarketing GmbH

Karten erstellt mit RegioGraph

© Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg, Stuttgart, 2019

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

2019

Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Liebe Leserin, lieber Leser,



„Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich“ bietet Ihnen in nunmehr 16. Auflage in allen gesellschaftlich relevanten Themenfeldern einen Überblick über Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich. Anhand von insgesamt 42 Einzelindikatoren werden Themenfelder wie Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bevölkerung und Soziales sowie Umwelt auf der Grundlage nationaler und internationaler Statistiken beleuchtet.

Gradmesser für das Land sind dabei Vergleichsergebnisse für die anderen Bundesländer und die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Soweit verfügbar, werden auch Daten für die USA, Japan, die Schweiz und die BRIC-Staaten, das sind Brasilien, Russland, Indien und die Volksrepublik China, in die Betrachtung einbezogen.

Mit einer Wirtschaftsleistung von 511 Mrd. Euro ist Baden-Württemberg als siebtgrößte Volkswirtschaft ein Schwergewicht in der Europäischen Union und verfügt EU-weit über das mit Abstand höchste Innovationspotenzial. Diese technologische Leistungsfähigkeit, aber auch die hohe Erwerbsbeteiligung tragen dazu bei, dass die Exporte 2018 auf einen neuen Höchstwert kletterten. Der Anteil erneuerbarer Energien hat sich in Baden-Württemberg seit 2005 fast verdoppelt, lag 2017 mit 13,6 % jedoch noch unter der Zielvorgabe der EU für 2020.

Auch im Bundesländervergleich gibt es Bemerkenswertes: Die Gesundheitsausgaben pro Kopf waren mit rund 4 400 Euro in keinem Flächenland so niedrig wie in Baden-Württemberg. Die Betreuungsquote von Kleinkindern unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen oder öffentlich ge-

förderter Kindertagespflege erhöhte sich auf 30 %, konnte den Betreuungsbedarf der Eltern jedoch noch nicht abdecken.

Ich wünsche Ihnen interessante Erkenntnisse und darf Sie auf unser vielfältiges Datenangebot unter www.statistik-bw.de hinweisen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Dr. Carmina Brenner

Präsidentin

Stuttgart, im November 2019

Abkürzungen

Hektar	ha
Kubikmeter	m ³
Millionen	Mill.
Milliarden	Mrd.
Prozent	%
Quadratkilometer	km ²
Tonnen	t
Euro	EUR
Kilometer	km

Entwicklung und Realisierung

- **Autorinnen und Autoren:** Ursula Bauer-Hailer, Dr. Patrick Bremer, Gentiana Cacaj, Sebastian Debes, Margot Dobler, Ruth Einwiller, Nicole Gurka, Dr. Monika Kaiser, Tatjana Kampffmeyer, Marcel Nesensohn, Inga Schweizer, Martina Stroh
- **Repro/Druck:** Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Inhalt

Vorwort	2
Karte: Die Länder der Bundesrepublik Deutschland	8
Karte: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union	9

Bevölkerung und Soziales

Gebiet und Bevölkerung der Bundesländer	10
Gebiet und Bevölkerung der Europäischen Union	12
Ausländerinnen und Ausländer	14
Geburtenrate	16
Asylanträge	18
Lebenserwartung	20
Ausgaben für Gesundheit	22
Krankenhausbetten	24
Kleinkindbetreuung	26
Jugend- und Altenquotient	28
Armutsgefährdungsquote	30
Europawahl	32

Wirtschaft

Wirtschaftsleistung und Wirtschaftskraft	34
Wirtschaftskraft ausgewählter Regionen der Europäischen Union	36
Wirtschaftswachstum	38

Wirtschaftsstruktur	40
Lohnstückkosten	42
Exporte	44
Forschung und Entwicklung	46
Innovationsindex	48
Direktinvestitionen	50
Breitbandversorgung	52
Tourismus	54

Einkommen

Verfügbares Einkommen	56
Sparquote	58
Bruttolöhne und -gehälter	60
Lohnquote	62

Arbeitsmarkt

Erwerbstätigenquote	64
Teilzeitbeschäftigte	66
Erwerbslosenquote	68
Jugenderwerbslosenquote	70
Langzeiterwerbslose	72

Bildung

Lebenslanges Lernen	74
Hochqualifizierte	76
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger	78

Umwelt und Verkehr

CO ₂ -Emissionen	80
Erneuerbare Energien	82
Waldflächen	84
E-Mobilität	86
Öffentlicher Personennahverkehr	88

Öffentliche Finanzen

Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts	90
Länderfinanzausgleich	92

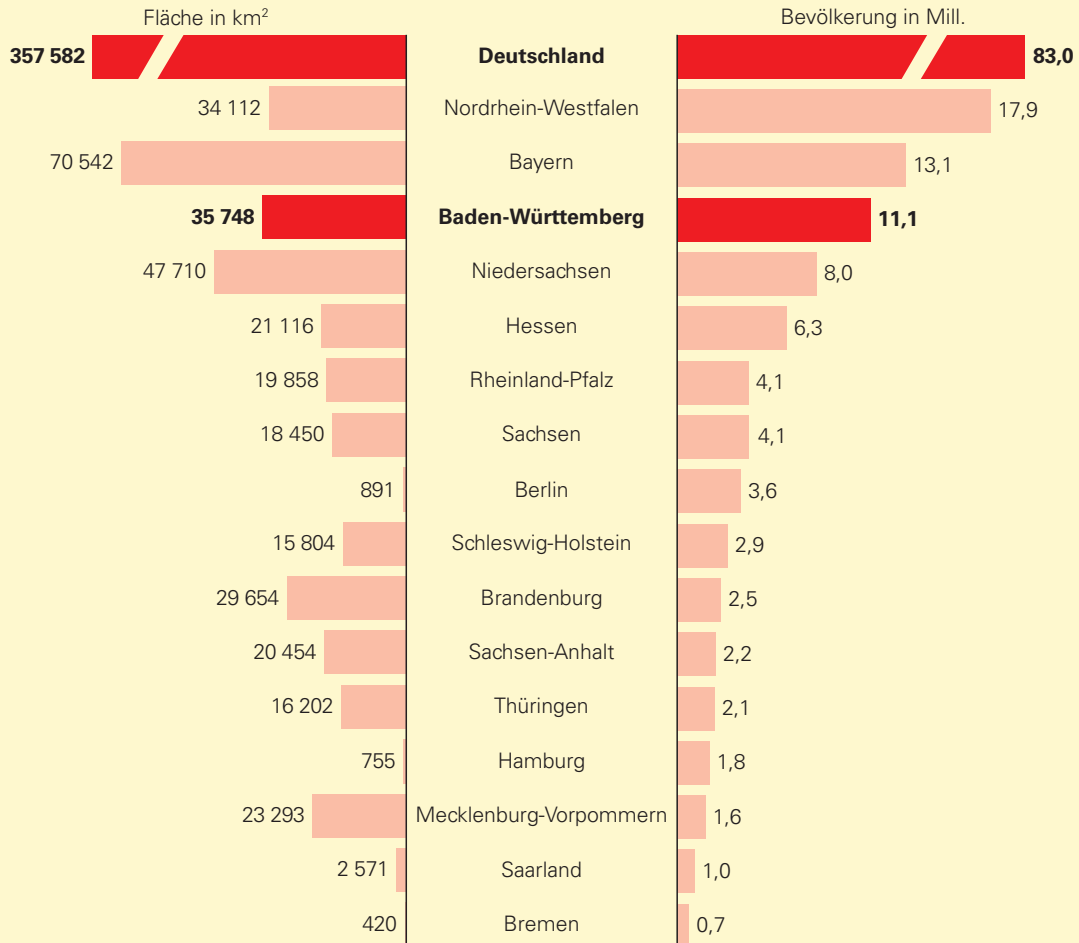
Glossar	94
---------------	----



Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union



Gebiet und Bevölkerung der Bundesländer



Daten: 2018.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Über 11 Millionen Menschen in Baden-Württemberg

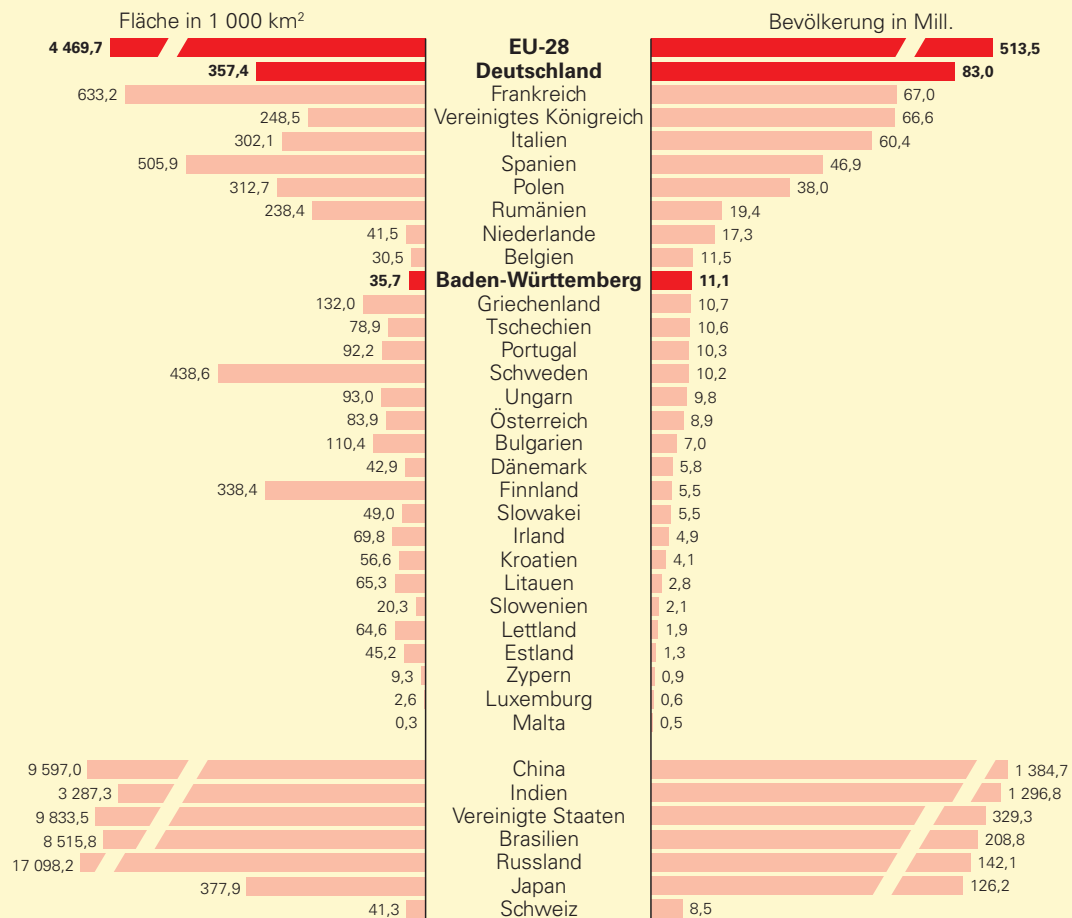
In Baden-Württemberg lebten 2018 fast 11,1 Mill. Menschen. Damit stand Baden-Württemberg nach der Einwohnerzahl auf dem dritten Platz im bundesweiten Vergleich. Das bevölkerungsreichste Land blieb weiterhin Nordrhein-Westfalen mit rund 18 Mill. Einwohnerinnen und Einwohnern. Bayern erreichte im Jahr 2018 über 13 Mill. und belegte somit den zweiten Platz. Gemessen an der Gebietsfläche war Bayern jedoch mit 70 542 km² eindeutig das größte Bundesland. Niedersachsen lag auf Platz 2 mit einer Fläche von 47 710 km², gefolgt von Baden-Württemberg mit 35 748 km². Das kleinste Bundesland sowohl nach der Einwohnerzahl (0,7 Mill.) als auch der Fläche (420 km²) blieb Bremen.

Auch gemessen an der Bevölkerungsdichte stand Baden-Württemberg mit 310 Einwohnern je km² auf Platz 3 der Flächenländer und lag damit auch

deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 232 Menschen je km². Die höchste Bevölkerungsdichte hatte Nordrhein-Westfalen mit 526 Einwohnern pro km², gefolgt vom Saarland mit 385 Einwohnern je km². Die geringste Bevölkerungsdichte wiesen dagegen die ostdeutschen Bundesländer auf. Am unteren Ende der Skala stand dabei Mecklenburg-Vorpommern mit 69 Einwohnern pro km², gefolgt von Brandenburg mit 85 Einwohnern je km².

Die Stadtstaaten wiesen eine deutlich höhere Bevölkerungsdichte als die Flächenländer auf. In Berlin lebten 2018 rund 4 090 Menschen auf einem Quadratkilometer. Das übertraf die Bevölkerungsdichte in Stuttgart (3 052 Menschen pro km²) um mehr als 1 000 Menschen. Hamburg stand mit 2 438 Einwohnern je km² auf Platz 2 und Bremen mit 1 627 Einwohnern pro km² auf Platz 3.

Gebiet und Bevölkerung der Europäischen Union und ausgewählter Länder



Daten: 2018.
Datenquelle: Eurostat.

Über 513 Millionen Menschen in der EU

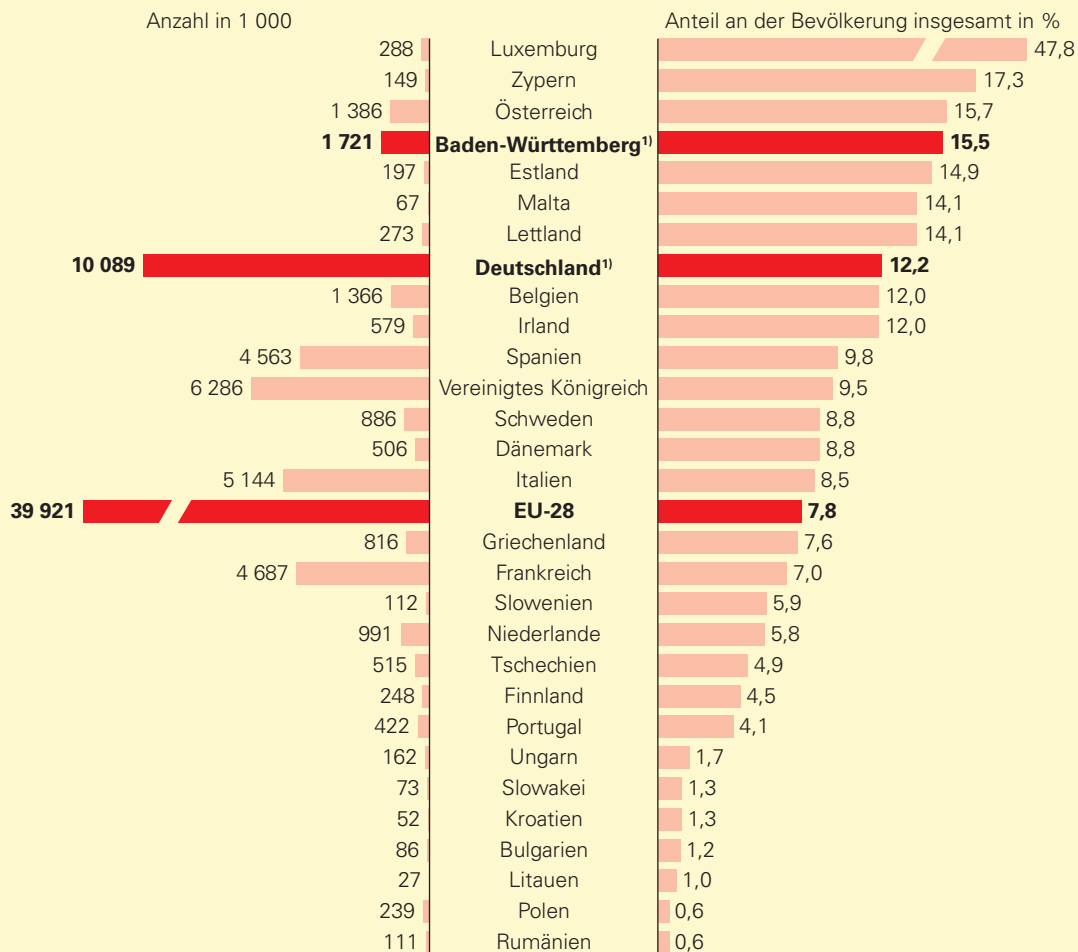
In der Europäischen Union lebten im Jahr 2018 fast 513,5 Mill. Menschen. Damit hatte die EU mehr Einwohnerinnen und Einwohner als die Vereinigten Staaten und Japan zusammen und stand weltweit nach China und Indien an dritter Stelle. Das bevölkerungsreichste Land in der EU war Deutschland mit 83 Mill. Einwohnerinnen und Einwohnern, gefolgt von Frankreich mit 67 Mill. und dem Vereinigten Königreich mit 66,6 Mill. Baden-Württemberg lag im EU-Vergleich mit 11,1 Mill. Einwohnerinnen und Einwohnern hinter Belgien auf Platz 9 der EU-Mitgliedstaaten. Die wenigsten Einwohnerinnen und Einwohner hatten Malta und Luxemburg mit 0,5 bzw. 0,6 Mill.

Insgesamt wiesen die Mitgliedstaaten der EU eine Fläche von 4,5 Mill. km² auf. Frankreich war das flächenmäßig größte Land in der EU, gefolgt von

Spanien, Schweden und Deutschland. Mit knapp 36 000 km² würde Baden-Württemberg zur Gruppe der sechs kleinsten EU-Länder gehören. Malta und Luxemburg waren mit Abstand die Länder mit der geringsten Fläche.

Wird die Einwohnerzahl ins Verhältnis zur Gebietsfläche gesetzt, ergibt sich ein anderes Bild. Malta hatte demnach mit 1 565 Einwohnern je km² die höchste Einwohnerdichte. An zweiter und dritter Stelle lagen die Niederlande und Belgien mit 416 bzw. 376 Einwohnern je km². Baden-Württemberg belegte mit 310 Einwohnern je km² den vierten Platz, deutlich vor Deutschland mit 232 Einwohnern je km² (Platz 7). Damit lagen alle genannten Länder über dem EU-Durchschnitt von 115 Menschen je km². Die am dünnsten besiedelten Länder waren Finnland mit 16 und Schweden mit 23 Einwohnern je km².

Ausländerinnen und Ausländer



Daten: 01.01.2018. – 1) 01.01.2019.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Hoher Anteil ausländischer Staatsangehöriger in Baden-Württemberg

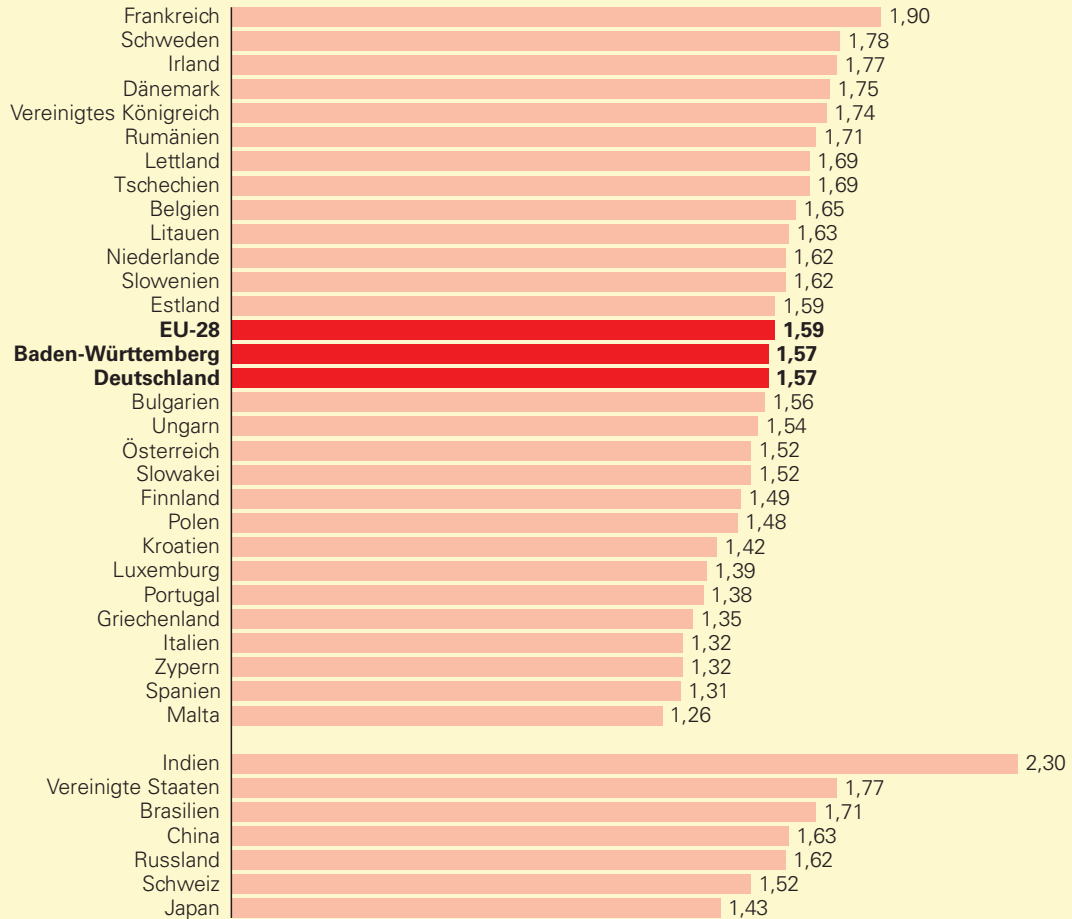
Zum Jahresende 2018 lebten in Baden-Württemberg laut Bevölkerungsfortschreibung über 1,7 Mill. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Dies entspricht einem Anteil von 15,5 % der Gesamtbevölkerung. Damit besitzt das Land im Bundesländervergleich hinter den drei Stadtstaaten Berlin (18,5 %), Bremen (18,1 %) und Hamburg (16,4 %) sowie Hessen (16,2 %) den fünfthöchsten Ausländeranteil. Bundesweit betrug der Ausländeranteil 12,2 %. Von den in Baden-Württemberg lebenden Ausländerinnen und Ausländern hatte rund die Hälfte die Staatsangehörigkeit eines EU-Landes. Obwohl die Zahl der türkischen Staatsangehörigen seit rund 20 Jahren leicht rückläufig ist, blieb die Türkei mit einem Anteil von 14,3 % die mit Abstand am stärksten vertretene Nationalität, gefolgt von Italien, Rumänien, Kroatien und Polen.

In der Europäischen Union wies Luxemburg mit 47,8 % den bei weitem höchsten Ausländeranteil auf. Durch die Ansammlung vieler EU-Institutionen und -Behörden haben zahlreiche ausländische Arbeitskräfte dort ihren Wohnsitz. Innerhalb der EU besaßen lediglich Zypern und Österreich mit 17,3 % und 15,7 % höhere Ausländeranteile als Baden-Württemberg. Ebenfalls recht hohe Anteilswerte erreichten Estland, Malta und Lettland.

Dagegen lebten in Rumänien, Polen, Litauen, Bulgarien, Kroatien, der Slowakei und Ungarn kaum Personen mit ausländischem Pass. Die Anteile der ausländischen Bevölkerung lagen dort bei jeweils unter 2,0 %. Im Durchschnitt aller EU-Länder lag der Anteil der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner an der Gesamtbevölkerung mit 7,8 % nur halb so hoch wie im Südwesten.

Geburtenrate

durchschnittliche Kinderzahl je Frau



Daten: 2017.

Datenquellen: Eurostat, OECD.

Zweithöchste Geburtenziffer seit über 40 Jahren

Um die Bevölkerung eines Landes ohne Zuwanderung auf einem stabilen Niveau zu halten, ist in entwickelten Volkswirtschaften eine dauerhafte Geburtenziffer von 2,1 erforderlich. Die Geburtenziffer gibt die durchschnittliche Zahl der lebendgeborenen Kinder an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt.

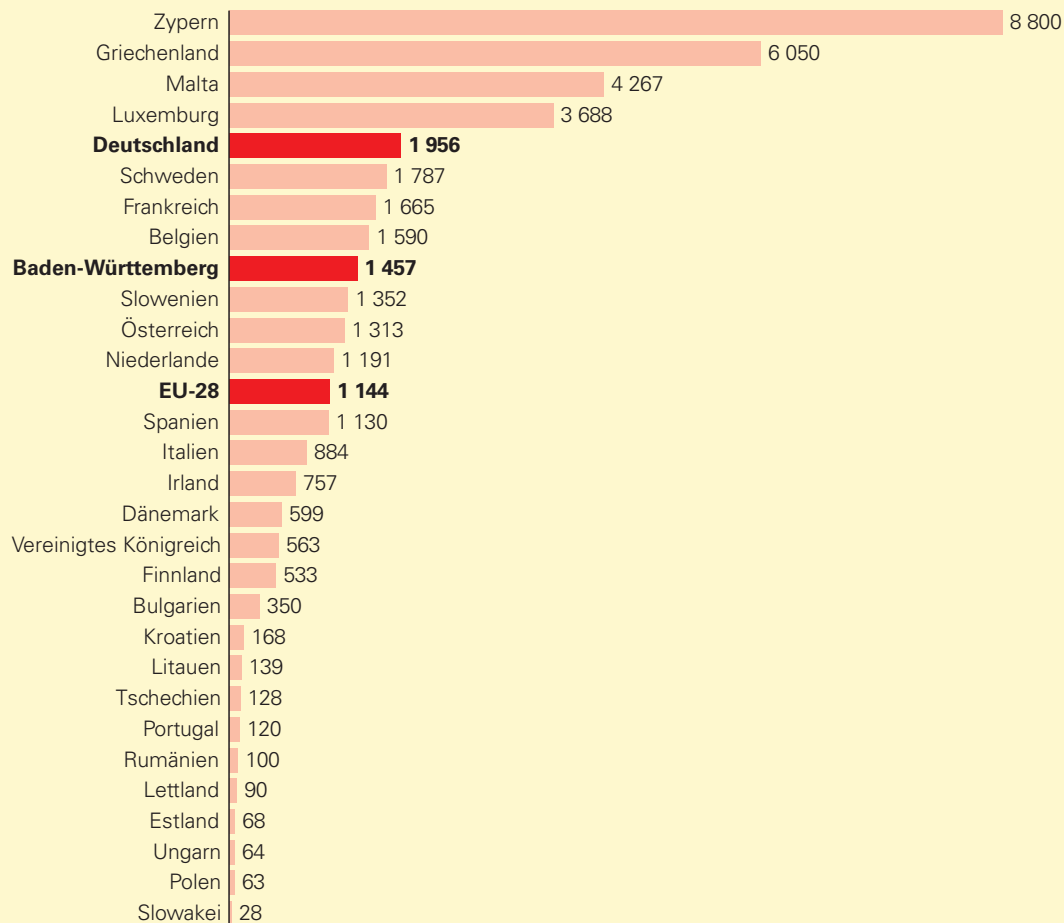
In Baden-Württemberg wird dieser Wert bereits seit Anfang der 1970er-Jahre deutlich unterschritten. Während die Geburtenrate in den Jahren 1960 bis 1970 noch zwischen 2,7 und 2,1 lag, bewegt sich der Wert seit 1975 innerhalb einer Spanne von nur noch 1,6 bis 1,3 Kindern je Frau. Im Zeitraum 2011 bis 2016 ist die Geburtenziffer kontinuierlich von 1,36 auf 1,59 gestiegen. Im Jahr 2017 lag diese mit 1,57 geringfügig unter dem Vorjahreswert, war aber dennoch die zweithöchste Rate seit 1975 und lag um 15 % über dem Niveau von 2011. Ausschlaggebend für die zuletzt hö-

heren Geburtenraten dürften vor allem die günstigen wirtschaftlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen sowie die verstärkte Zuwanderung sein.

Die Geburtenrate in Baden-Württemberg lag nur knapp unter der durchschnittlichen Rate der Europäischen Union von 1,59 und damit im Mittelfeld. Die höchste Geburtenziffer verzeichnete, wie in den Jahren zuvor, Frankreich mit 1,9, gefolgt von Schweden und Irland. Am Ende der EU-Skala standen die Länder Südeuropas – allen voran Malta (1,26). Bis auf Indien (2,3) konnten auch die weiteren betrachteten Länder das für eine Bestandserhaltung der Bevölkerung erforderliche Niveau von 2,1 Kindern je Frau nicht erreichen. Während die Vereinigten Staaten, Brasilien, China und Russland eine höhere Geburtenziffer als Baden-Württemberg aufwiesen, war die Kinderzahl je Frau in der Schweiz und Japan niedriger als hierzulande.

Asylanträge*)

Anträge je 1 Mill. Einwohner



Daten: 2018. – *) Erstanträge.

Datenquellen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Eurostat.

Zahl der Asylanträge in der EU weiter rückläufig

Trotz weltweit steigender Flüchtlingszahlen hat sich der Abwärtstrend bei den Asylanträgen in der Europäischen Union im vergangenen Jahr fortgesetzt. 2018 beantragten 586 200 Asylbewerberinnen und -bewerber erstmalig internationalen Schutz in den Mitgliedstaaten der EU. Gegenüber 2017 war dies ein Rückgang an Asylanträgen um 10 % und gemessen an 2015, dem Höhepunkt des Flüchtlingszustroms, waren es nur noch halb so viele.

Mit 161 900 registrierten Asylbewerberinnen und -bewerbern im Jahr 2018 verzeichnete Deutschland über ein Viertel aller erstmaligen Asylsuchenden. Es folgten Frankreich mit 111 400, Griechenland mit 65 000 und Italien mit 53 400 Bewerberinnen und Bewerbern. Syrische Staatsangehörige standen 2018 an erster Stelle der Asylsuchenden. Von den 81 000 Syrerinnen und Syrern, die 2018 ihren

Erstantrag auf Asyl in einem Mitgliedstaat der EU einreichten, wurden mit 44 200 Anträgen über die Hälfte in Deutschland gestellt. Afghanische Staatsangehörige bildeten mit 41 100 Bewerberinnen und Bewerbern die zweitgrößte Gruppe, dicht gefolgt von den Irakerinnen und Irakern, die mit 39 900 Erstanträgen die drittstärkste Gruppe der Asylbewerberinnen und -bewerber in der EU ausmachten. Zusammen stellten sie fast 30 % aller Asylbewerberinnen und -bewerber. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen Mitgliedstaates war die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber im Jahr 2018 in Zypern mit 8 800 Bewerberinnen und Bewerbern je 1 Mill. Einwohner am höchsten. Der Südwesten lag im EU-Vergleich mit 1 457 Bewerberinnen und Bewerbern je 1 Mill. Einwohner auf Platz 9.

Lebenserwartung*)

in Jahren



Daten: 2017. – *) Lebenserwartung bei Geburt.

Datenquellen: Eurostat, OECD.

Lebenserwartung in Baden-Württemberg bundesweit am höchsten

Vergleicht man die Lebenserwartung der im Jahr 2017 geborenen Kinder in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ist die statistische Lebenserwartung von spanischen und französischen Mädchen mit rund 86 Jahren am höchsten. Bei den neugeborenen Jungen liegen Italien, Schweden und Spanien mit fast 81 Jahren vorne. Im EU-Vergleich werden im Jahr 2017 geborene Mädchen im Durchschnitt fast 84 Jahre und Jungen 78 Jahre alt. Dagegen zeigt die Statistik auch, dass die Lebenserwartung von Mädchen in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Lettland unter 80 Jahren liegt und bei den Jungen in Lettland sogar nicht einmal die 70-Jahres-Marke erreicht.

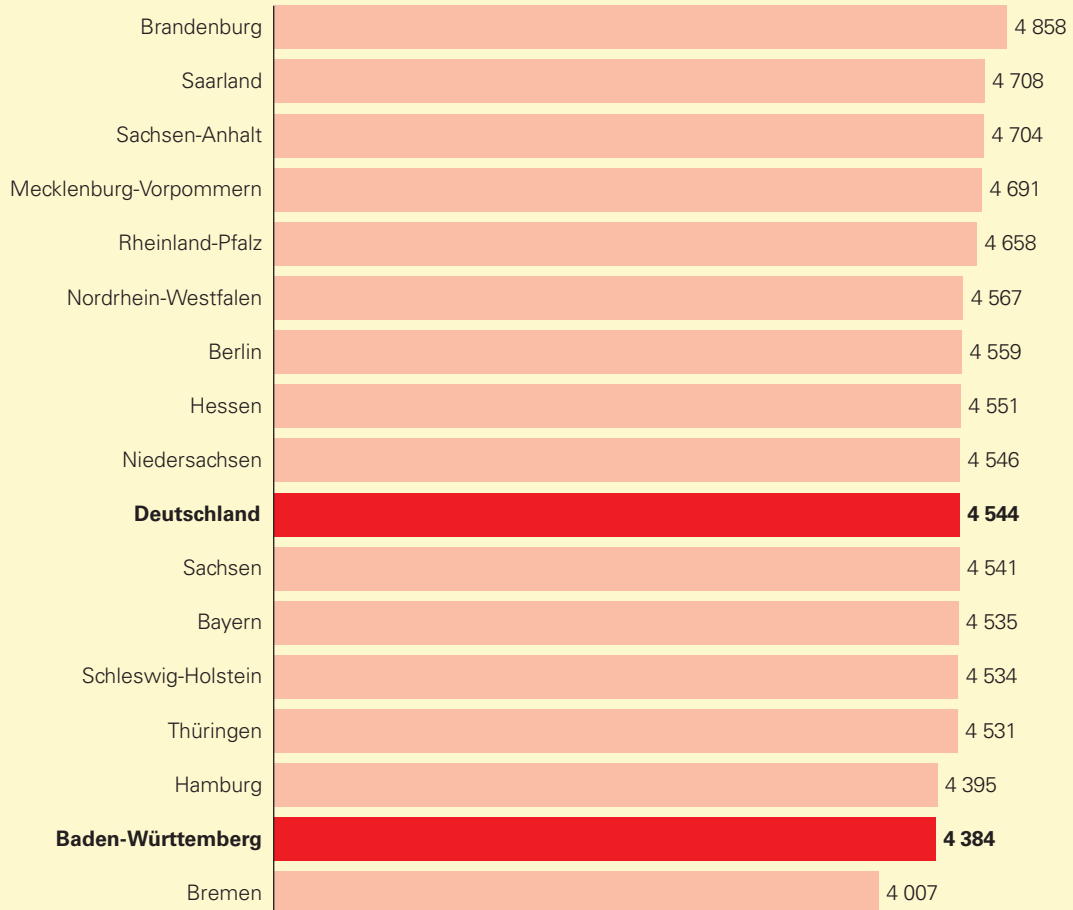
Außerhalb der EU ist die Lebenserwartung in Japan und in der Schweiz besonders hoch. Am höchsten ist diese mit inzwischen gut 87 Jahren für Mädchen

aus Japan. Generell nimmt die Lebenserwartung weiter zu. Gründe hierfür sind beispielsweise neben der Reduzierung der Säuglingssterblichkeit auch die stetige Verbesserung der medizinischen Versorgung sowie allgemein der Lebensbedingungen. Im europäischen Vergleich hat sich in den letzten 10 Jahren besonders die Lebenserwartung in Estland und Litauen verbessert. Für neugeborene Mädchen um fast 4 bzw. 3 Jahre und für Jungen sogar um 6 Jahre.

Die höchste Lebenserwartung im Bundesländervergleich haben baden-württembergische Babys. Die 2017 geborenen Mädchen werden voraussichtlich durchschnittlich 84 und die Jungen 80 Jahre alt. Hingegen wird für die neugeborenen Mädchen im Saarland und die Jungen in Sachsen-Anhalt die geringste durchschnittliche Lebenserwartung vorhergesagt (82 bzw. 76 Jahre).

Gesundheitsausgaben

in EUR je Einwohner



Daten: 2017

Datenquelle: Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“.

Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben im Südwesten vergleichsweise niedrig

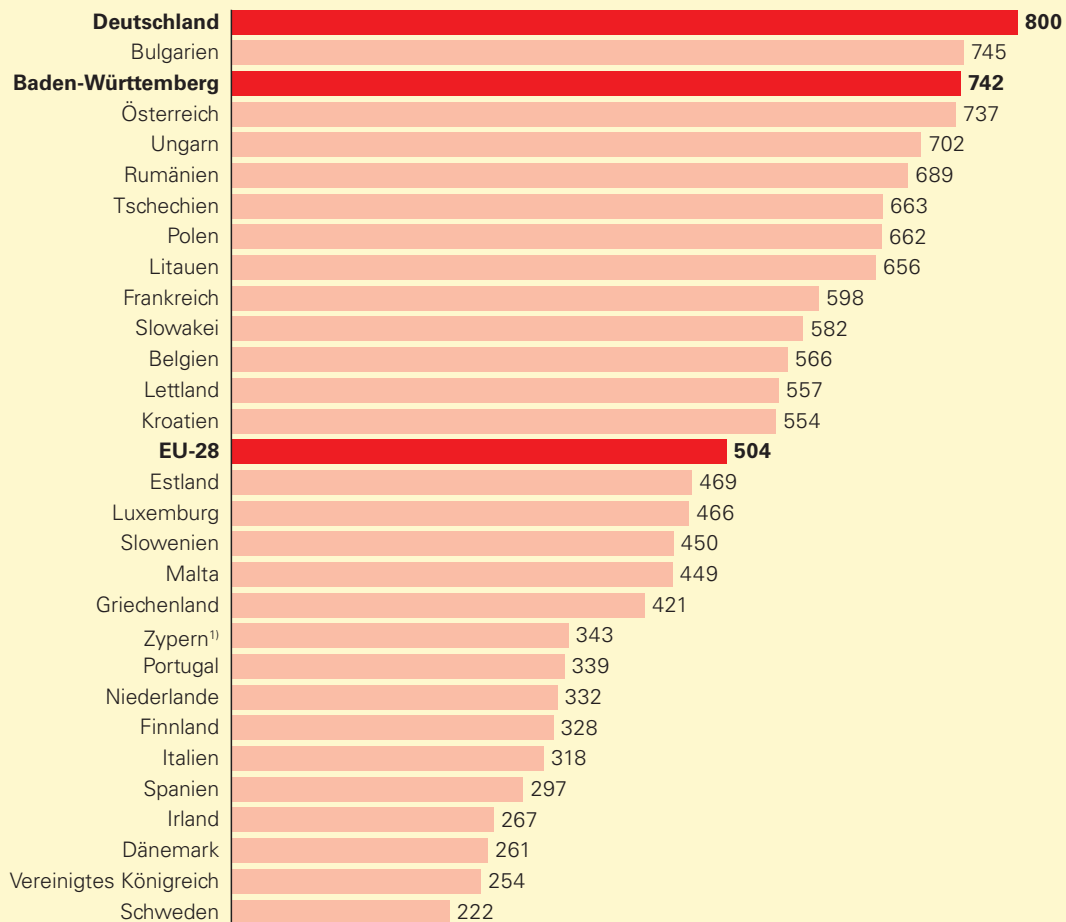
Käufe von Waren und Dienstleistungen, die mit dem Ziel der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden, aber auch Kosten der Verwaltung sowie Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens, werden alle zu den Gesundheitsausgaben gerechnet.

Im Jahr 2017 beliefen sich diese in Baden-Württemberg auf knapp 48,2 Mrd. Euro. Somit entfielen auf jede Einwohnerin und jeden Einwohner Baden-Württembergs Gesundheitsausgaben in Höhe von 4 384 Euro. Im Ländervergleich waren die Pro-Kopf-Ausgaben lediglich im Stadtstaat Bremen mit 4 007 Euro noch niedriger. In Brandenburg lagen die Ausgaben für Gesundheit je Einwohner mit 4 858 Euro am höchsten. Der Bundesdurchschnitt betrug 4 544 Euro je Einwohner.

Die Relation zwischen dem Gesamtvolumen der Gesundheitsausgaben und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt die Gesundheitsausgabenquote eines Landes – etwa vergleichbar mit dem Teil des Einkommens, den ein Haushalt für Gesundheit aufwendet. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich die Gesundheitsausgaben 2017 auf 11,5 % des BIP, demgegenüber fiel die Quote in Baden-Württemberg mit 9,7 % deutlich niedriger aus. Geringere Anteile der Gesundheitsausgaben am jeweiligen BIP konnten in Deutschland nur die Stadtstaaten Bremen mit 8,2 % und Hamburg mit 6,9 % aufweisen. Der mit 17,3 % höchste Wert wurde 2017 für Mecklenburg-Vorpommern ermittelt.

Krankenhausbetten

Aufgestellte Betten pro 100 000 Einwohner



Daten: 2018. – 1) 2016.

Datenquelle: Eurostat.

Hohe Anzahl an Krankenhausbetten

Neben dem ambulanten Sektor ist die stationäre Versorgung in Krankenhäusern eine wichtige Säule des Gesundheitssystems in Deutschland. Zu den Aufgaben der Krankenhäuser gehören neben der Versorgung von Patientinnen und Patienten auch die klinische Forschung sowie die Ausbildung in den Gesundheitsberufen. Im Jahr 2017 wurden in Baden-Württemberg knapp 2,2 Mill. Patientinnen und Patienten vollstationär behandelt.

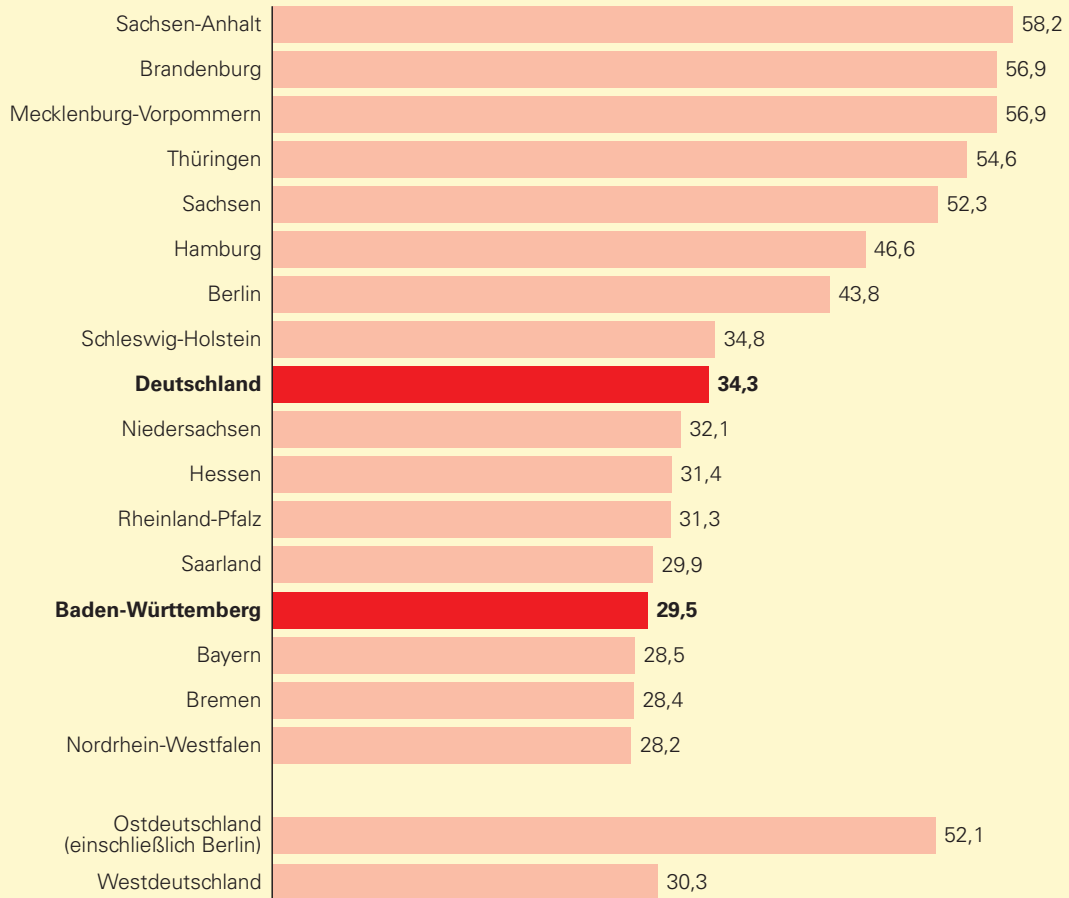
Die Kennziffer „Krankenhausbetten pro 100 000 Einwohner“ spiegelt wider, in welchem Umfang Kapazitäten für die vollstationäre Versorgung bereitgestellt werden. 2017 gab es in Baden-Württemberg 742 Krankenhausbetten pro 100 000 Einwohner. Bundesweit standen 800 Betten pro 100 000 Einwohner zur Verfügung. Da vollstationäre Leistungen allerdings mit erheblichen Kosten einherge-

hen, wird seit geraumer Zeit eine Verkürzung der durchschnittlichen Krankenhausverweildauer sowie der Abbau von Überkapazitäten angestrebt. Seit 2000 ist die Anzahl der Krankenhausbetten pro 100 000 Einwohner in Baden-Württemberg daher um 19,6 % gesunken. In Deutschland verringerte sich die Anzahl im selben Zeitraum um 12,2 %.

Die Gesundheitssysteme der einzelnen EU-Mitgliedstaaten weisen zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Dies lässt sich auch an der Anzahl der vorgehaltenen Krankenhausbetten erkennen. Während beispielsweise in Deutschland, Bulgarien, Österreich und Ungarn mehr als 700 Krankenhausbetten pro 100 000 Einwohner bereitstehen, kommen in Schweden, dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Irland und Spanien nicht einmal 300 Krankenhausbetten auf 100 000 Einwohner.

Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung

Anteil betreuter Kinder unter 3 Jahren an der altersgleichen Bevölkerung in %¹⁾



Daten: 1. März 2019. – 1) Kinder, die sowohl in Kindertageseinrichtungen als auch in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut werden, werden nicht doppelt gezählt.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

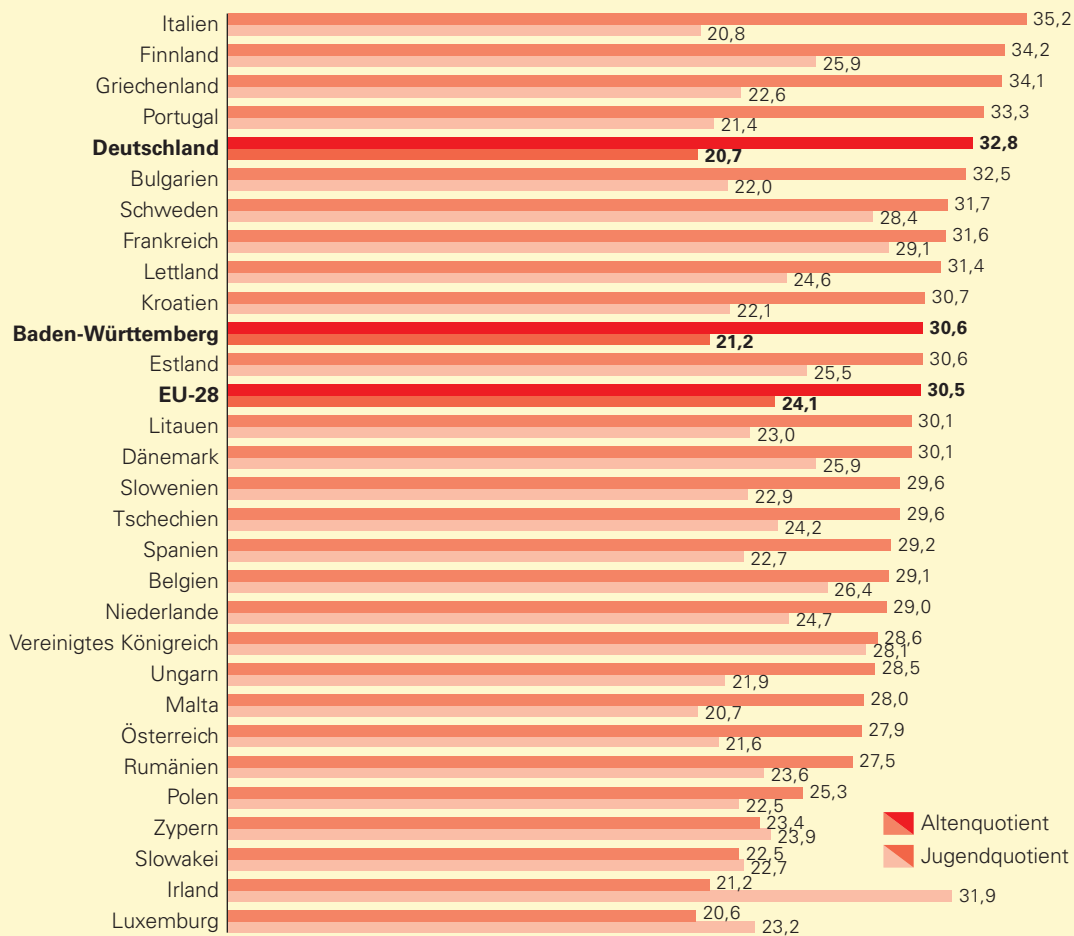
Kleinkindbetreuung immer noch unzureichend

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung ist ein zentrales familienpolitisches Ziel in Deutschland. In den letzten 10 Jahren wurden mehr als 400 000 Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren geschaffen. Dazu trug der 2013 in Kraft getretene Rechtsanspruch auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz für jedes Kind ab Vollendung des 1. Lebensjahres bei. In Baden-Württemberg wurden am 1. März 2019 rund 96 500 Kinder unter 3 Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut, was einem Plus von über 3 % zum Vorjahr entspricht. Seit 2010 konnte die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe landes- wie bundesweit um über 11 % gesteigert werden. Mit einer Quote von fast 30 % liegt der Südwesten aber weiterhin unter dem bundesweiten Wert von 34 %, der vor allem in Ostdeutschland höher liegt (52 %).

Trotz der steigenden Zahl an Einrichtungen, betreuten Kindern, Personal und Ausgaben ist Deutschland von einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren noch weit entfernt. In allen Bundesländern besteht eine Lücke zwischen der Betreuungsquote und dem Betreuungsbedarf der Eltern. Nach Angaben des Deutschen Jugendinstituts e. V. liegt diese bundesweit bei 13 Prozentpunkten, da fast die Hälfte der Eltern eine Betreuung für ihr Kind wünscht, jedoch nur gut ein Drittel der unter 3-Jährigen betreut wird. Die Bandbreite dieser Differenz reicht von 4 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern bis über 20 Prozentpunkte in Bremen. Im Südwesten liegt der Betreuungsbedarf rund 12 Prozentpunkte über dem Angebot. Bei der Betreuungsintensität liegt der Südwesten mit drei Kindern pro Betreuungsperson dagegen an der Spitze der Bundesländer.

Bevölkerungsstruktur

Belastungsmaße in %



Daten: 2018.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

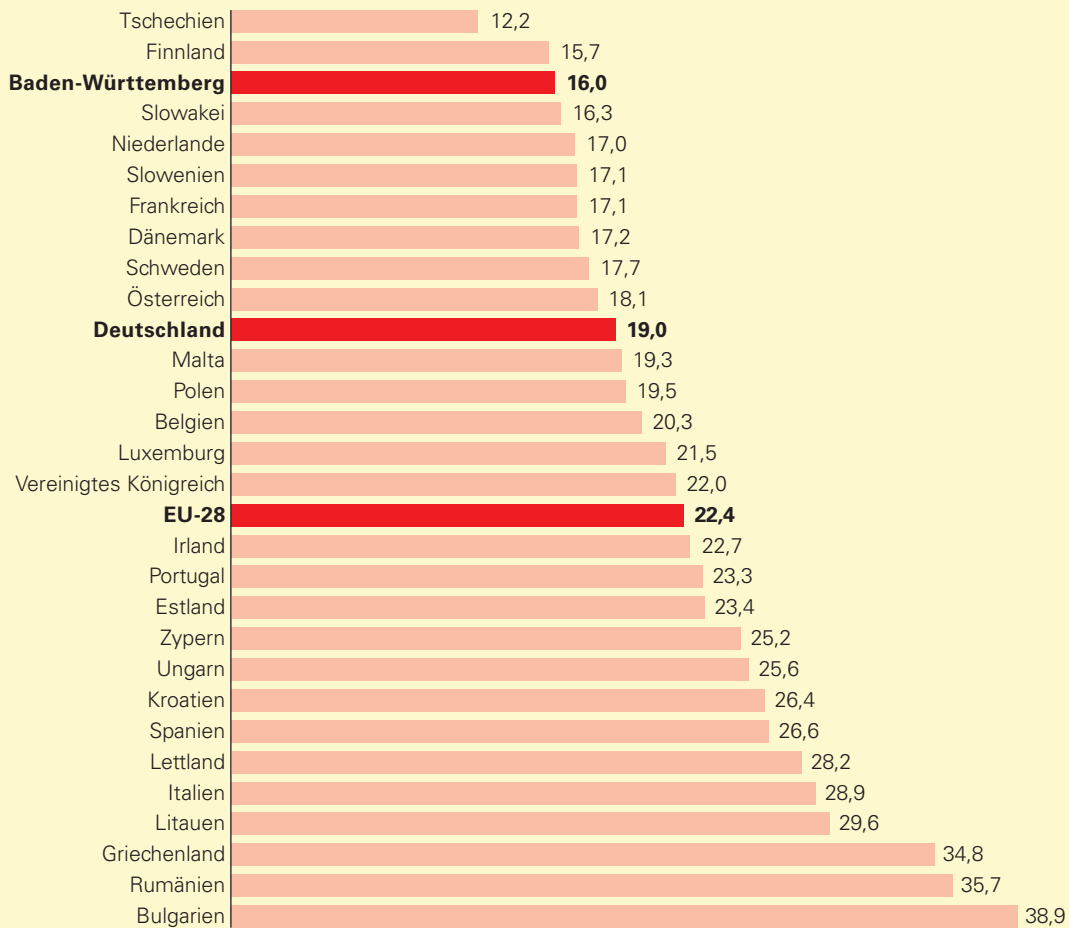
EU-Bevölkerung altert

In Folge der demografischen Entwicklung sinkt in der EU-28 der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, während gleichzeitig die Zahl der Menschen im Rentenalter steigt. Eine Entwicklung, die sich in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten bereits verstärkt abzeichnet. Während 2018 der Anteil der älteren Menschen ab 65 Jahren im EU-Durchschnitt 19,7 % betrug, hatte Deutschland mit 21,4 % unter den EU-Mitgliedstaaten nach Italien, Griechenland und Portugal den größten Anteil älterer Menschen. Diese Tatsache erhöht die Belastung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, wenn diese für Leistungen zur Unterstützung der Älteren aufkommen muss. Zur Beschreibung des Verhältnisses der Generationen zueinander können die beiden Indikatoren Jugend- und Altenquotient herangezogen werden. Sie werden häufig auch als Belastungsmaße interpretiert.

Am 1. Januar 2018 betrug der Altenquotient für die EU-Mitgliedstaaten 30,5 %. Anders ausgedrückt kamen auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner der EU im Alter von mindestens 65 Jahren 3,3 Menschen im erwerbsfähigen Alter. Das Niveau der Altenquotienten in der EU lag zwischen 20,6 % in Luxemburg am unteren Ende und 35,2 % in Italien am oberen Ende der Skala. Auch für Deutschland lag der Wert mit 32,8 % über dem EU-Durchschnitt, sodass hier auf jede Person im Alter von mindestens 65 Jahren drei Personen im erwerbsfähigen Alter kamen. Der Südwesten lag mit einem Altenquotienten von 30,6 % im EU-Durchschnitt. Der Jugendquotient betrug 2018 in der EU 24,1 %. Den mit Abstand höchsten Jugendquotienten unter den Mitgliedstaaten verzeichnete Irland mit 31,9 %. In Baden-Württemberg und Deutschland lagen diese mehr als 10 Prozentpunkte niedriger.

Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen

Anteil an der Bevölkerung in %



Daten: 2017.

Datenquellen: Eurostat, eigene Berechnungen auf der Grundlage von EU-SILC.

Südwesten: Geringes Armutsrisiko

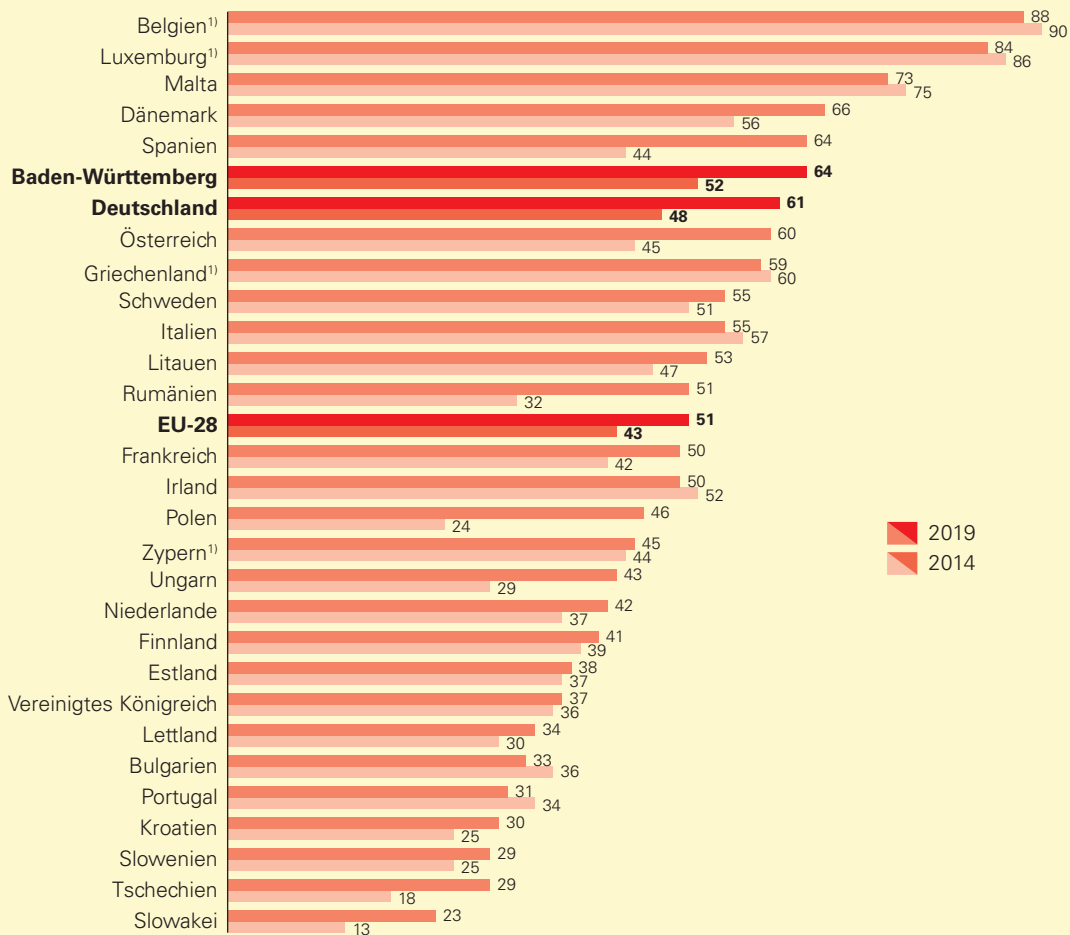
Im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ will die Europäische Union die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Mill. unter das Niveau des Jahres 2008 senken. Armut oder soziale Ausgrenzung sind gegeben, wenn eine Person von Einkommensarmut bedroht ist, unter erheblichen materiellen Entbehrungen leidet und/oder in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit lebt. Im Jahr 2017 waren 113 Mill. Personen in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, 4,4 Mill. weniger als im Jahr 2008. Der Anteil der davon bedrohten Personen ist von 2012 bis 2017 kontinuierlich von 24,8 % auf 22,4 % gesunken, dennoch ist es bis zur Erreichung des EU-Ziels noch ein weiter Weg. In Deutschland betrug die entsprechende Quote im Jahr 2017 lediglich 19 %, im Südwesten sogar nur 16 %. Einzig in Tschechien und Finnland war

das Risiko von Armut oder sozialer Ausgrenzung geringer als hierzulande. Besonders hoch waren die entsprechenden Quoten dagegen in den ost- und süd-europäischen EU-Staaten Bulgarien, Rumänien und Griechenland. Dort lagen die Anteile der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen an der Gesamtbevölkerung mit jeweils 39 % bis 35 % mehr als doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg.

Erwerbslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut und soziale Ausgrenzung. Deshalb verfolgt Deutschland bis 2020 das nationale Europa 2020-Ziel, die Zahl der Langzeiterwerbslosen gegenüber 2008 um 20 % zu senken. In Deutschland und Baden-Württemberg war dieses Ziel bereits 2018 weit mehr als erfüllt, da die Zahl der Langzeiterwerbslosen bundes- und landesweit sogar 63 % bzw. 51 % unter den jeweiligen Niveaus von 2008 lag.

Europawahl

Wahlbeteiligung in %



Daten: Ergebnisse der Europawahl 2019 (vorläufig). – 1) Länder mit Wahlpflicht.
Datenquelle: Europäisches Parlament.

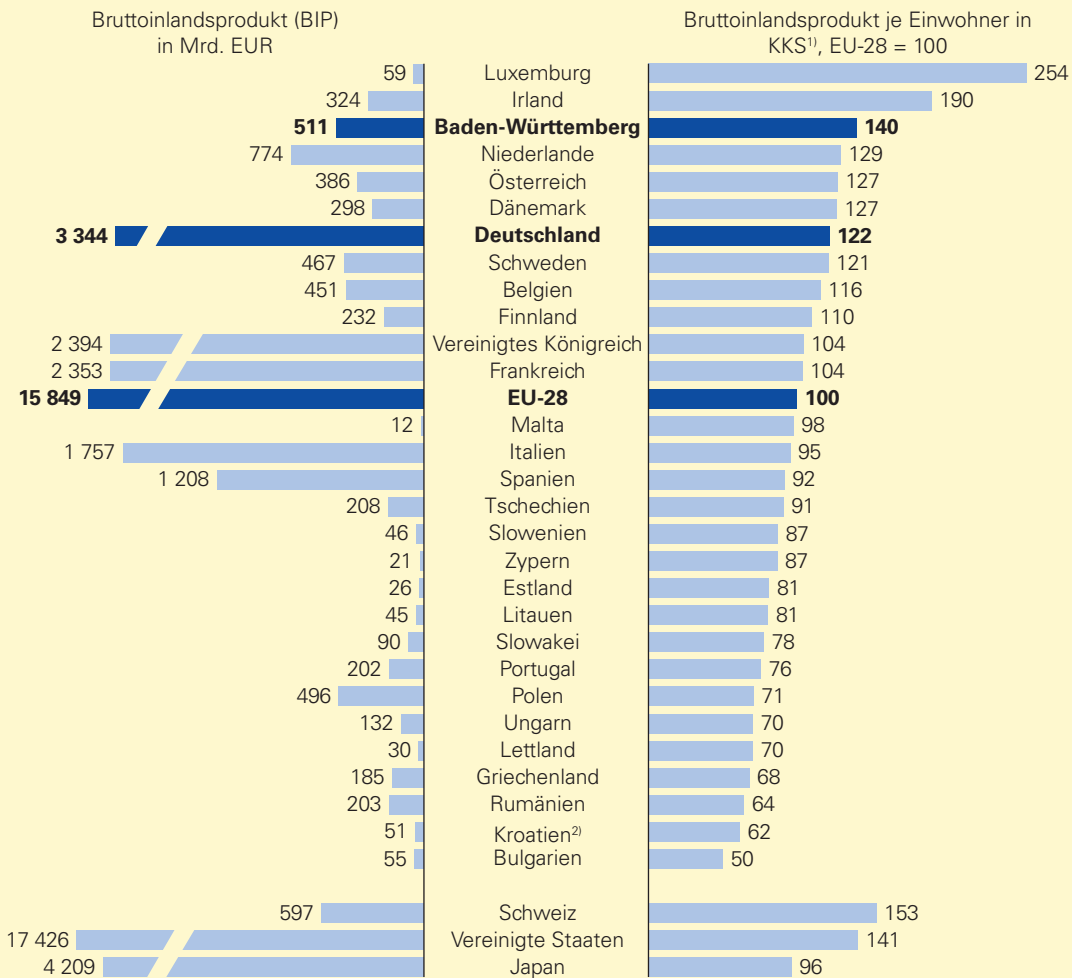
Europawahl 2019: Höchste Wahlbeteiligung seit 20 Jahren

Zum neunten Mal fand vom 23. bis 26. Mai 2019 die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Rund 400 Mill. Bürgerinnen und Bürger aus 28 EU-Mitgliedstaaten waren aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben. 51 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sind diesem Aufruf gefolgt. Damit war die Wahlbeteiligung 2019 so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Schaut man sich die Wahlbeteiligung jedoch im langfristigen Trend an, besteht kein Grund zum Jubeln: Bei der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 waren noch rund 62 % aller Wahlberechtigten in den damals neun Mitgliedstaaten an die Urnen gegangen. Seit damals sank die Beteiligung von Wahl zu Wahl und erreichte im Jahr 2014 mit unter 43 % ihren bisherigen Tiefststand. 2019 nahm die Wahlbeteiligung gegenüber 2014 in insgesamt 20 EU-Mitgliedstaaten zu, in sieben Ländern – darunter in Deutschland – sogar um mehr als 10 Prozentpunkte.

In Baden-Württemberg waren rund 7,7 Mill. Wahlberechtigte zu den Urnen gerufen, rund 5 Mill. bzw. 64 % nahmen an der Europawahl teil. Damit lag die Wahlbeteiligung im Südwesten um 13 bzw. 3 Prozentpunkte über dem EU- bzw. Bundesdurchschnitt und um 12 Prozentpunkte über der Europawahlbeteiligung 2014.

Die Wahlbeteiligung in den einzelnen EU-Ländern war 2019 sehr unterschiedlich. Hohe Wahlbeteiligungen mit jeweils über 80 % erreichten vor allem Länder mit Wahlpflicht wie Belgien und Luxemburg. Schlusslichter bei der Wahlbeteiligung mit Raten von jeweils unter 30 % waren die osteuropäischen Staaten Slowakei, Tschechien und Slowenien. Doch auch in diesen drei Ländern hat die Wahlbeteiligung gegenüber 2014 deutlich zugenommen.

Wirtschaftsleistung und Wirtschaftskraft



Daten: 2018. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisunterschiede eliminiert). – 2) 2017.

Datenquellen: Eurostat, Weltbank, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

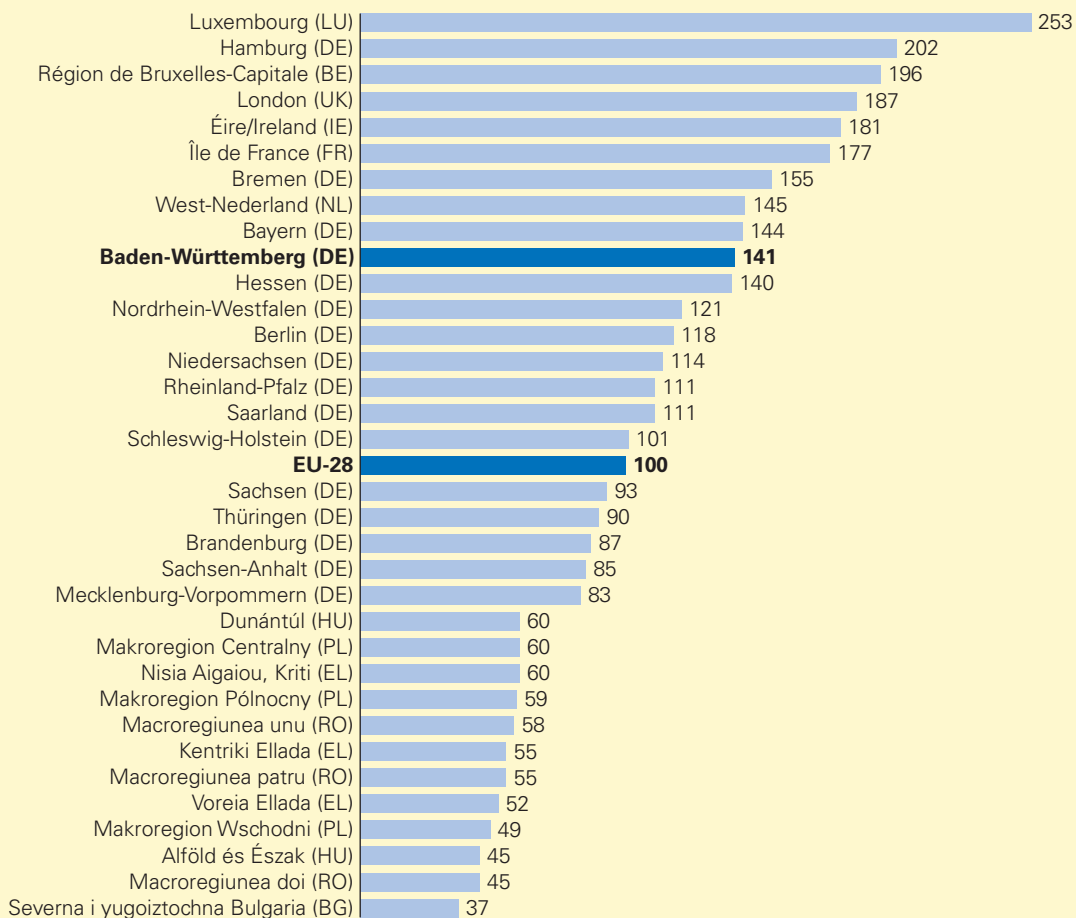
Wirtschaftskraft im Südwesten kaufkraftbereinigt 40 % über dem EU-Durchschnitt

Die Wirtschaftsleistung im Südwesten umfasste 2018 ein Volumen von 511 Mrd. Euro. Damit ist Baden-Württemberg die siebtgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Bezieht man den Wert aller erzeugten Waren und Dienstleistungen auf die baden-württembergische Einwohnerzahl, so entspricht dies knapp 46 300 Euro je Einwohner. Somit lag die Wirtschaftsleistung pro Kopf knapp 15 % höher als im Bundesdurchschnitt und sogar 50 % höher als im EU-Durchschnitt. Hinter dem EU-Wert der Wirtschaftskraft von 30 900 Euro verbirgt sich eine große Bandbreite. Auf lediglich ein knappes Viertel des EU-Durchschnitts belief sich die Wirtschaftsleistung pro Kopf in Bulgarien (7 800 Euro). In Luxemburg betrug das BIP je Einwohner dagegen mit 96 700 Euro mehr als das Dreifache des EU-Durchschnitts.

Bereinigt man das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um die unterschiedliche Kaufkraft in den Mitgliedsländern, so reduziert sich das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Ländern etwas. Dennoch rangieren selbst nach Kaufkraftstandard (KKS) die Mitgliedstaaten aus dem Osten Europas mit ihrer Wirtschaftskraft deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts, während Länder aus Zentral- und Nordeuropa auf den oberen Plätzen des Rankings zu finden sind. Zwischen 2009 und 2018 verringerte sich der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten BIP pro Kopf gemessen in KKS, bezogen auf den EU-Durchschnitt, um 8 Prozentpunkte. Allerdings betrug die Spannbreite 2018 immer noch über 200 Prozentpunkte. Des Weiteren stagnierte der Aufholprozess im Jahr 2018. Deutschland erwirtschaftete 122 % des EU-Durchschnitts, Baden-Württemberg sogar 140 %. Damit liegt der Südwesten beim BIP pro Kopf auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten.

Wirtschaftskraft ausgewählter Regionen*) der Europäischen Union

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in KKS¹⁾, EU-28 = 100



Daten: 2017. – *) NUTS-Ebene 1, die in Deutschland den Bundesländern entspricht. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisniveauunterschiede eliminiert).

Datenquelle: Eurostat.

Baden-Württemberg belegt Platz 10 der wirtschaftsstärksten EU-Regionen

Auch im Jahr 2017 gehörte der Südwesten zu den leistungsfähigsten Regionen Europas. Insgesamt übertraf das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftstandards den EU-Durchschnitt um 41 %. Damit lag der Südwesten auf Platz 10 aller 104 Regionen der EU. Diese sind mit den deutschen Bundesländern vergleichbar.

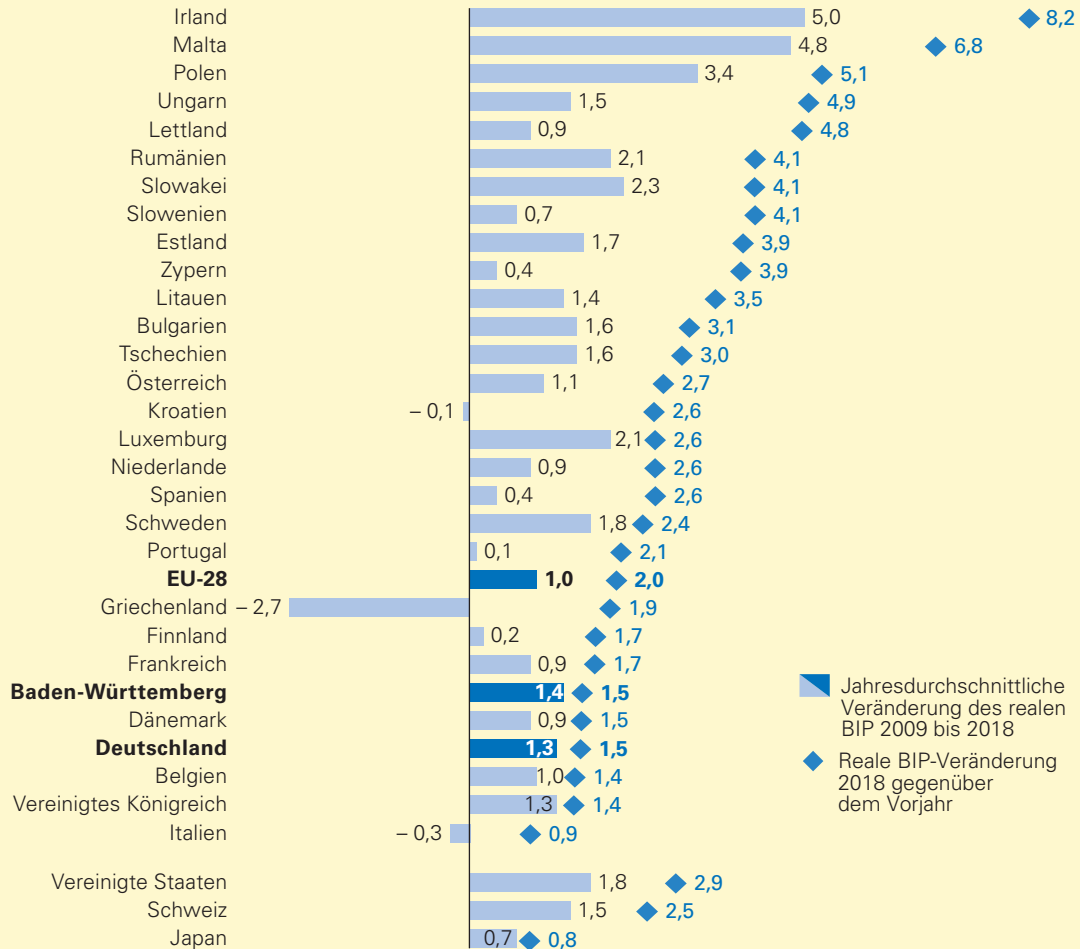
Das Großherzogtum Luxemburg, die Hansestadt Hamburg und der Großraum Brüssel waren 2017 erneut die mit Abstand wirtschaftlich stärksten Regionen. Hier übertraf die Wirtschaftsleistung den EU-Durchschnitt um mindestens das Doppelte. In den Top 10 der wirtschaftsstärksten Regionen befinden sich noch zwei weitere Bundesländer. Bremen belegte den siebten und Bayern den neunten Platz. Ostdeutsche Bundesländer erbrachten 2017 zwischen 83 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 93 % (Sachsen) der durch-

schnittlichen EU-Wirtschaftsleistung. Diese konnten seit 2008 deutlich zum EU-Durchschnitt aufschließen.

Zwölf Regionen mit einer Wirtschaftskraft von höchstens 60 % des EU-Durchschnitts liegen im Osten Europas. In den drei griechischen Regionen sank aufgrund der dort aufgetretenen Staatsschuldenkrise die Wirtschaftskraft seit 2008 um 20 Prozentpunkte und mehr gegenüber dem EU-Durchschnitt. Diese zählen nun zu den zehn Regionen mit der EU-weit geringsten Wirtschaftskraft. Weitere drei Regionen befinden sich jeweils in Rumänien und Polen. Zwei Regionen liegen in Ungarn und eine in Bulgarien. Die Ungleichheit zwischen den Regionen ist auch 2017 zurückgegangen. So belief sich der Abstand zwischen der erstplatzierten Region Luxemburg und der letztplatzierten Region Severna i yugoiztochna Bulgaria auf 216 Prozentpunkte.

Wirtschaftswachstum

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in %



Datenquellen: Eurostat, IWF, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Südwest-Wachstum EU-weit im unteren Viertel

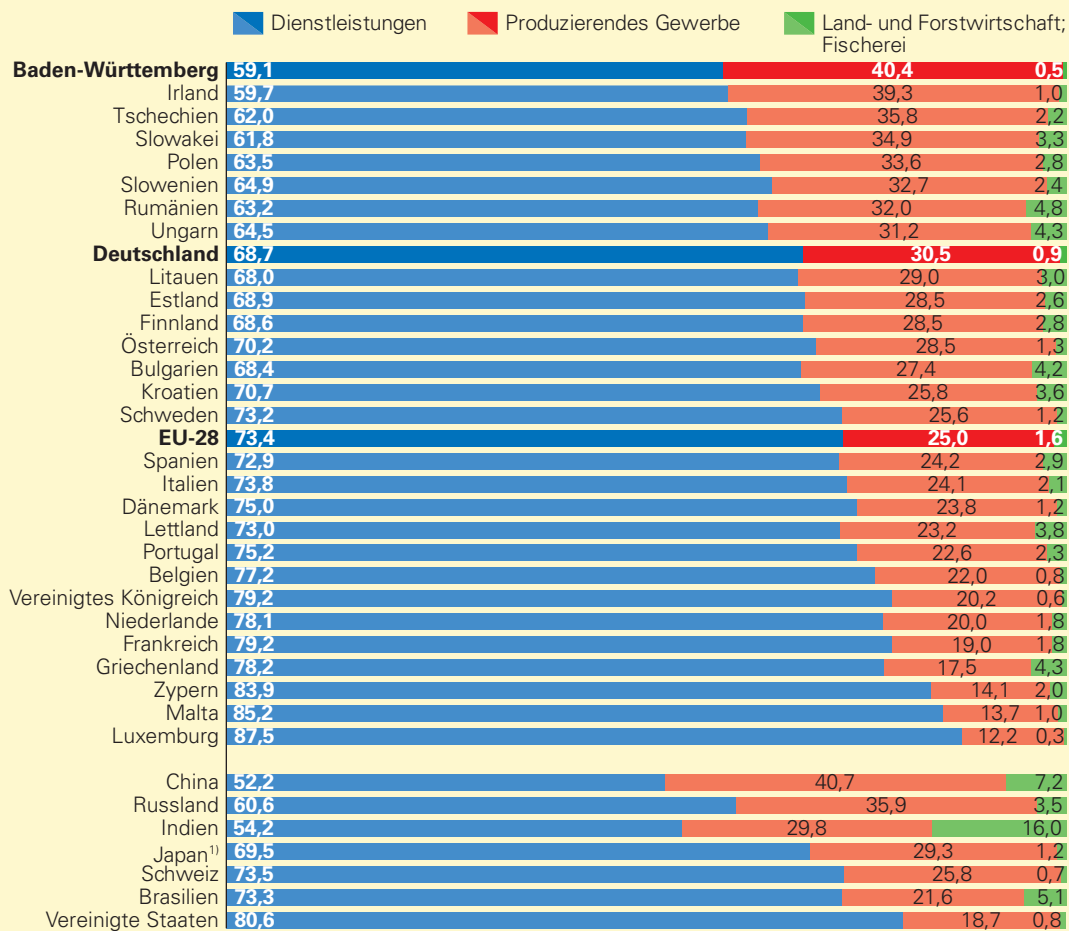
Das baden-württembergische Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg 2018 real um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr. Dies entsprach genau der bundesdeutschen Wachstumsrate. Gegenüber den Vorjahren schwächte sich das Wirtschaftswachstum ab. Niedriger lag der BIP-Zuwachs letztmals in Deutschland im Jahr 2013 bzw. im Südwesten 2016. Mit dem im Jahr 2018 erzielten Wachstum rangiert Baden-Württemberg im unteren Viertel des aufgeführten Rankings. Fast doppelt so stark wie im Südwesten legte das reale BIP in den Vereinigten Staaten zu (+ 2,9 %). Die Schweiz übertraf das baden-württembergische Wachstum um einen Prozentpunkt.

In den EU-28-Staaten erhöhte sich 2018 die reale Wirtschaftsleistung um 2 %. Am unteren Ende der EU-Länder stehen Italien und das Vereinigte Königreich mit Zuwachsraten von 0,9 % bzw. 1,4 %. Die

Spitzenplätze belegen kleinere Volkswirtschaften wie Irland (+ 8,2 %) und Malta (+ 6,8 %). Des Weiteren sind Staaten aus Osteuropa stark im oberen Drittel vertreten. Exemplarisch sind hier Polen und Ungarn genannt, die 2018 jeweils ein Wachstum von rund 5 % aufwiesen. Dass diese hohen Wachstumsraten kein Einmalereignis darstellen, zeigt der längerfristige 10-Jahresvergleich. Hier lag der Durchschnitt in Polen bei 3,4 % und damit mehr als dreimal so hoch wie in der EU-28. Insgesamt bewegten sich die realen Zuwachsraten 2018 bei allen betrachteten Ländern teilweise deutlich über dem Durchschnittswachstum der letzten 10 Jahre. Von 2009 bis 2018 sank die Wirtschaftsleistung einzig in Griechenland, Italien und Kroatien. Baden-Württembergs Wirtschaftsleistung erhöhte sich in diesem Zeitraum durchschnittlich um 1,4 %, das BIP Deutschlands um 1,3 %.

Wirtschaftsstruktur

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt in %



Daten: 2018. – 1) 2017.

Datenquellen: Eurostat, Weltbank, Bureau of Economic Analysis, Cabinet Office, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Südwesten mit zweithöchstem Anteil des Produzierenden Gewerbes

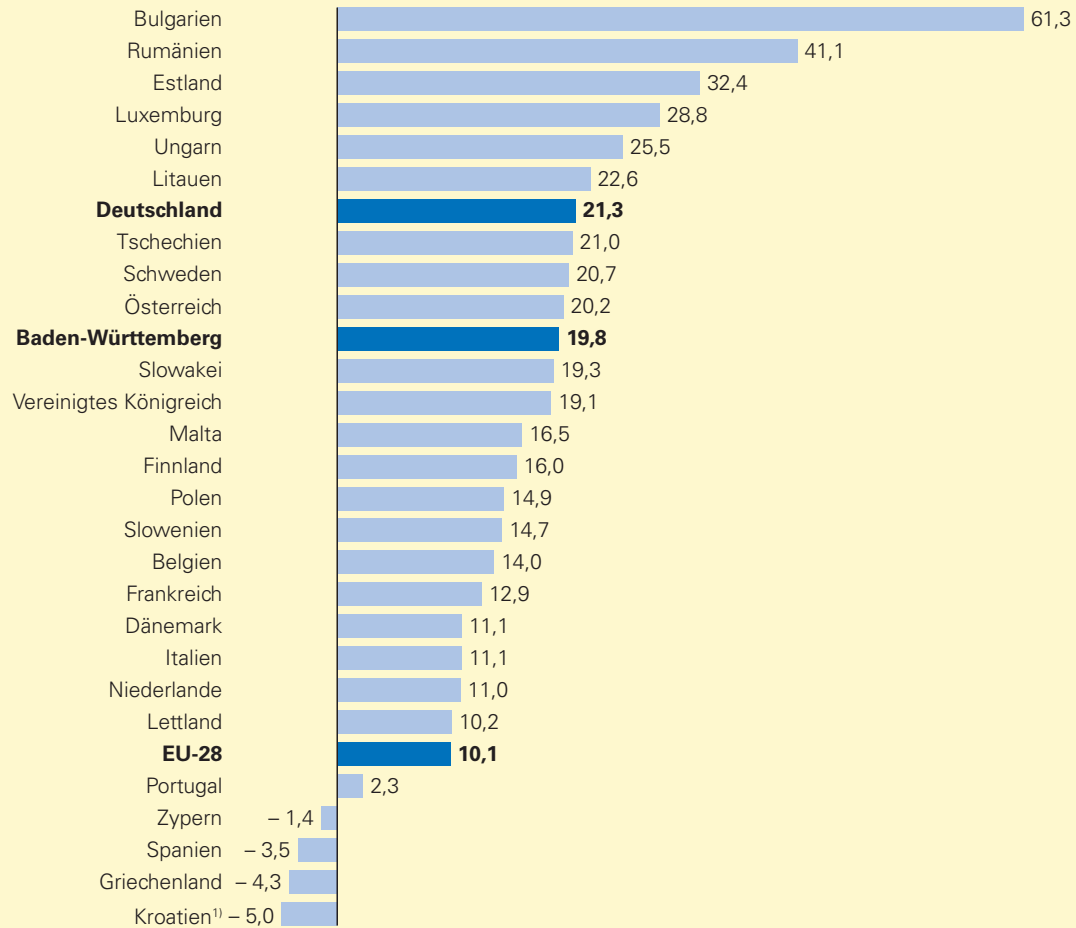
Die Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs zeichnet sich durch einen hohen Industrieanteil aus. Jeden 3. Euro steuerte 2018 das Verarbeitende Gewerbe zur Bruttowertschöpfung bei. Mit den übrigen Wirtschaftszweigen wie beispielsweise dem Bausektor (5,1 % an der Bruttowertschöpfung) hat das Produzierende Gewerbe einen Anteil von 40,4 % an der gesamten Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg. Dies stellt im dargestellten Ranking den zweithöchsten Wert dar. Einzig in der Volksrepublik China lag der Anteil des Produzierenden Gewerbes mit 40,7 % höher. Während in anderen Ländern der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung über die Zeit hinweg zurückgegangen ist, blieb dieser im Südwesten auf einem hohen Niveau. Im Jahr 2018 befand sich dieser auf dem Stand von Mitte der 1990er-Jahre.

Auch für die deutsche Volkswirtschaft spielt das Produzierende Gewerbe eine herausragende Rolle. Zwar liegt der Anteil mit 31,0 % deutlich unter dem baden-württembergischen Wert von 40,4 %. Gleichzeitig rangieren Deutschland und Baden-Württemberg weit über dem Durchschnitt der EU-28 mit 24,9 %.

In Staaten aus Osteuropa hat das Produzierende Gewerbe ebenfalls einen hohen Stellenwert. So lag der Wertschöpfungsanteil beispielsweise in Tschechien, der Slowakei und Polen bei jeweils über einem Drittel. In den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich ist das Produzierende Gewerbe von eher geringer Bedeutung. Rund 80 % der Wirtschaftsleistung werden hier jeweils im Dienstleistungssektor erbracht.

Lohnstückkostenentwicklung

Veränderung der nominalen Lohnstückkosten 2018 gegenüber 2008 in %



Daten: 2018. – 1) Veränderung 2008 – 2017.

Datenquelle: Eurostat.

Überdurchschnittlicher Lohnstückkostenanstieg

Die Kennziffer Lohnstückkosten setzt die angefallenen Lohnkosten ins Verhältnis zur Arbeitsproduktivität und gilt als anerkannter Indikator zur Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Im Rahmen internationaler Wettbewerbsvergleiche informiert vor allem die Veränderung der Lohnstückkosten darüber, ob und ggf. in welcher Größenordnung sich die arbeitsbezogene Kostenposition eines Landes gegenüber seinen Wettbewerbern verändert hat.

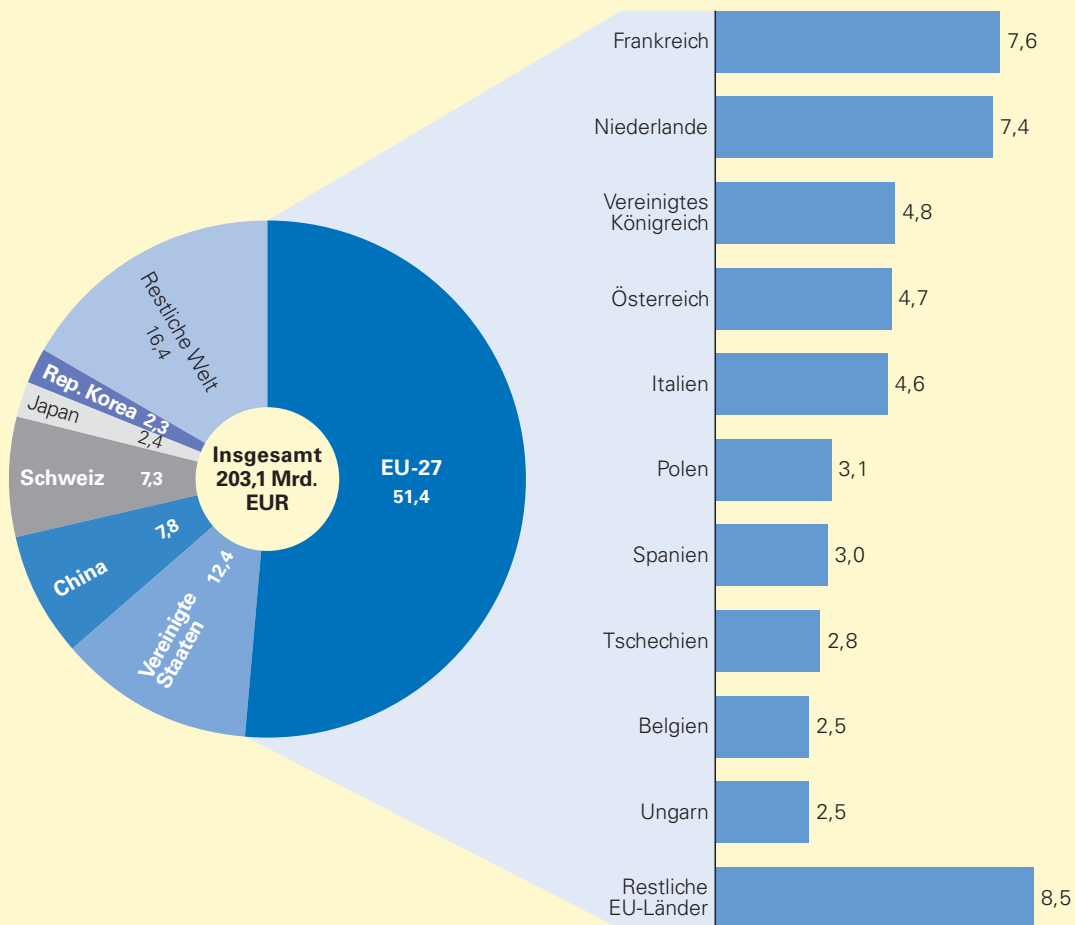
Im Jahr 2018 stiegen die Lohnstückkosten in Baden-Württemberg um 2,7 %. Damit fiel der Zuwachs, ebenso wie in Deutschland (+ 2,9 %), deutlich kräftiger aus als im Durchschnitt der 28 EU-Staaten (+ 1,6 %). Dies war vor allem auf den relativ geringen Produktivitätsfortschritt zurückzuführen, welcher 2018 aufgrund des schwächeren Wirtschaftswachs-

tums deutlich hinter den Lohnzuwächsen zurückgeblieben ist.

Im Zeitraum 2008 bis 2018 lag die Entwicklung der Lohnstückkosten in Baden-Württemberg und Deutschland mit einem Plus in Höhe von 19,8 % bzw. 21,3 % ebenfalls deutlich über dem EU-Durchschnitt (+ 10,1 %). Dabei verzeichneten mit Bulgarien (+ 61,3 %), Rumänien (+ 41,1 %) und Estland (+ 32,4 %) drei vergleichsweise neue EU-Mitglieder die höchsten Lohnstückkostenzuwächse. Am anderen Ende der Skala befanden sich neben Kroatien (– 5,0 %) vor allem südeuropäische Staaten, die besonders stark unter der Staatsschuldenkrise gelitten haben und sich daraufhin gezwungen sahen, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. So beliefen sich die Veränderungsraten in Griechenland, Spanien, Zypern und Portugal auf – 4,3 % bis + 2,3 %.

Exporte Baden-Württembergs

Anteile in % nach Bestimmungsländern



Daten: 2018, vorläufige Werte.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Südwest-Exporte verlieren an Schwung

Baden-Württemberg exportierte 2018 Waren im Wert von über 203 Mrd. Euro und somit so viel wie nie zuvor. Trotz neuem Rekordwert fiel der prozentuale Zuwachs gegenüber dem Vorjahr mit 1,4 % aber wesentlich geringer aus als 2017 (+ 5,0 %).

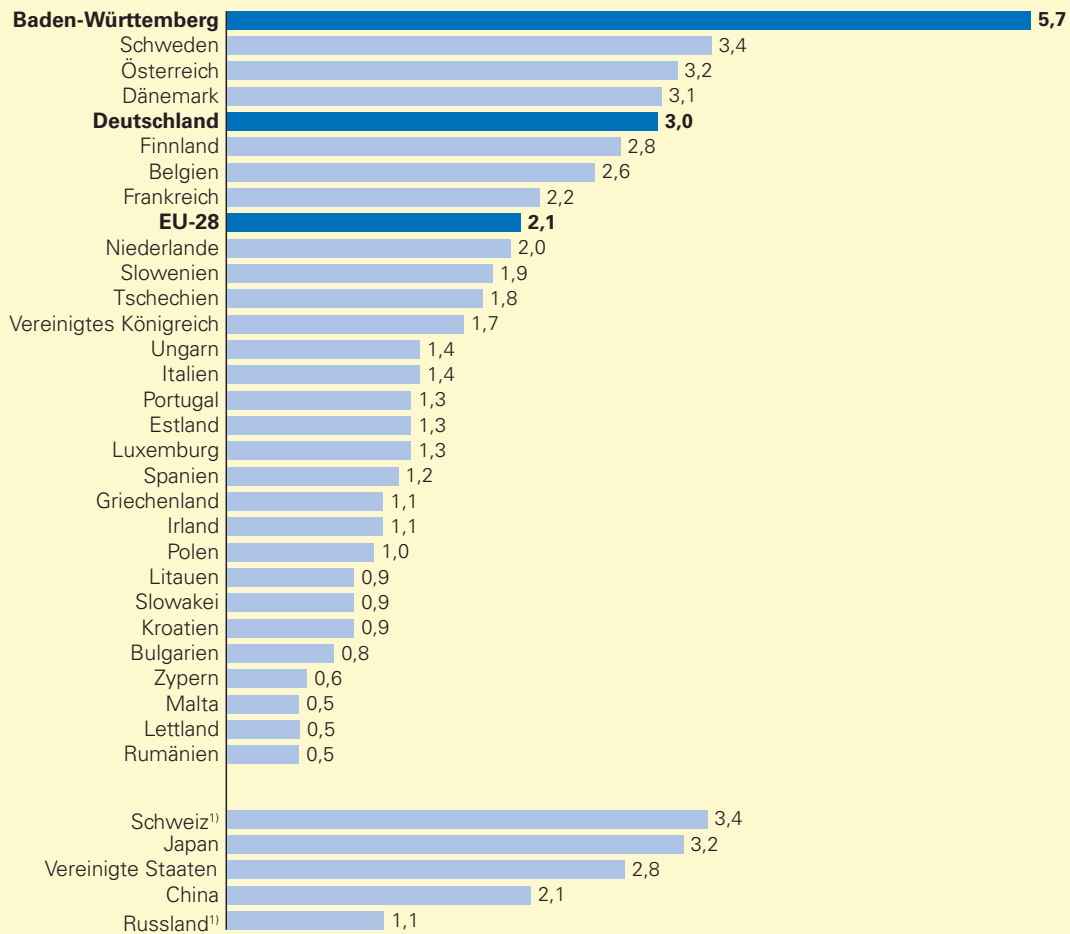
Wichtigster Handelspartner des Südwestens ist Europa, auf das fast zwei Drittel bzw. 128 Mrd. Euro der gesamten Exporte entfielen. Allein die Ausfuhren in die 27 Partnerländer der Europäischen Union erreichten einen Wert von über 104 Mrd. Euro. Während sich der Exporthandel mit den 18 Ländern der Eurozone positiv entwickelte (+ 2,4 %), kam es in der Nichteurozone zu einem Minus von 2,0 %, wozu maßgeblich die verringerte Nachfrage aus dem Vereinigten Königreich beitrug (– 10,9 %). Abnehmerland Nummer 1 blieben die Vereinigten Staaten, wohin 2018 Güter im Wert von 25 Mrd. Euro exportiert

wurden. China bezog Waren im Wert von 16 Mrd. Euro und rückte mit einem Zuwachs von 7,8 % bei den wichtigsten Handelspartnern von Platz 4 auf Platz 2 vor. Den dritten Rang belegte erneut Frankreich mit 15 Mrd. Euro, gefolgt von den Niederlanden und der Schweiz.

Bei den wichtigsten Exportgütern des Landes, den Kraftwagen, sank der Ausfuhrwert zum dritten Mal in Folge und lag 2018 bei 44 Mrd. Euro (– 4,1 %). Ursache hierfür war vor allem der starke Nachfragerückgang des Vereinigten Königreichs (– 26,5 %). Positive Impulse konnten aus Asien – dank zunehmender Kfz-Exporte in die Republik Korea, nach China und nach Japan – verzeichnet werden. Bedeutend für den Exportzuwachs war der Anstieg des ausländischen Bedarfs an Maschinen um 3,2 % auf 43 Mrd. Euro sowie ein Plus von 3,3 % bei den pharmazeutischen Erzeugnissen (25 Mrd. Euro).

FuE-Intensität

in %



Daten: 2017 bzw. – 1) 2015.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Spitzenplatz bei Forschung und Entwicklung

Im Jahr 2017 stiegen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in den Forschungsstätten der Wirtschaft, an den Hochschulen und in den öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen außerhalb der Hochschulen in Baden-Württemberg auf einen neuen Rekordwert von insgesamt 27,9 Mrd. Euro. In Deutschland wurden im Jahr 2017 insgesamt 99,6 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung aufgewendet.

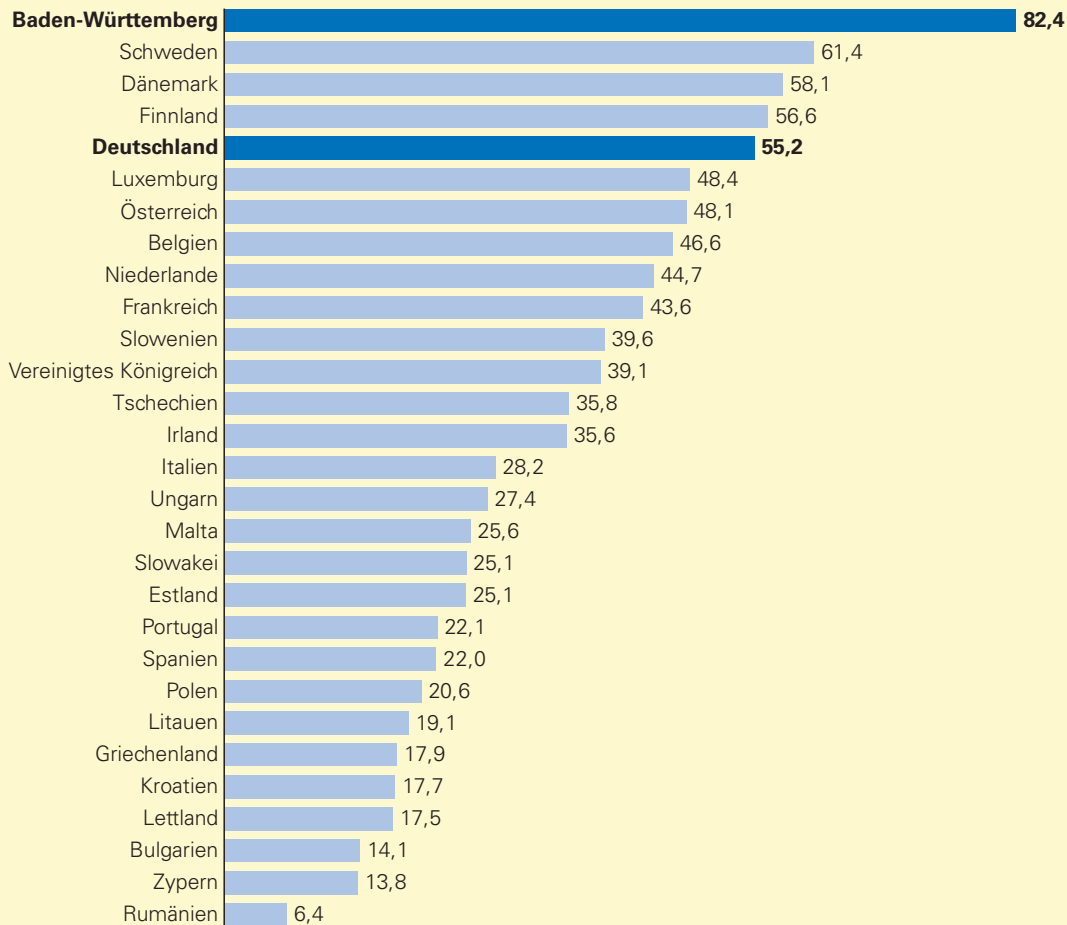
Die Investitionen in FuE sind für eine Volkswirtschaft von hoher Bedeutung. Forschung und Entwicklung bilden die Ausgangsbasis für neue oder verbesserte Produkte, Dienstleistungen und Produktionsprozesse. Die wichtigste Kennzahl zur Beurteilung der FuE-Aktivitäten eines Landes ist die FuE-Intensität. Zur Berechnung dieser Kennzahl werden die FuE-Ausgaben einer Region auf das nominale Bruttoinlandsprodukt

der betrachteten Region bezogen. Diese Kennzahl lag 2017 in Baden-Württemberg bei beachtlichen 5,6 % – ein internationaler Spitzenwert – und übersteigt damit deutlich das von der Europäischen Union anvisierte Ziel von 3 %.

Dieses Ziel haben innerhalb Deutschland neben Baden-Württemberg auch Berlin, Niedersachsen und Bayern erreicht. Im Vergleich der 28 EU-Mitgliedstaaten belegt Schweden bei dieser Kennzahl mit einem Wert von 3,4 % den Spitzenplatz. Deutschland liegt bei diesem Ranking nach Österreich und Dänemark auf dem vierten Platz. Im internationalen Vergleich investieren die wirtschaftlichen Schwergewichte Vereinigte Staaten, China und Japan absolut betrachtet weltweit am meisten in Forschung und Entwicklung. Die FuE-Intensität dieser führenden Forschungsnationen liegt jedoch deutlich unter der von Baden-Württemberg.

Innovationsindex 2018*)

Wertebereich 0 bis 100



*) Eigene Berechnung.
Datenquelle: Eurostat.

Innovationspotenzial im Südwesten am höchsten

Der vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg entwickelte Innovationsindex bündelt die EU-weiten Daten von sechs Innovationsindikatoren in einer Kennzahl und ermöglicht damit eine vergleichende Bewertung der Innovationsfähigkeit der Regionen in der Europäischen Union. Der Innovationsindex 2018 zeigt: Baden-Württemberg ist innerhalb der Europäischen Union weiterhin die Region mit der aktuell höchsten Innovationsfähigkeit. Mit einem Indexwert von 82 Punkten liegt der Südwesten mit deutlichem Abstand an der Spitze des Innovationsvergleichs. Ausschlaggebend für die Spitzenposition Baden-Württembergs sind beträchtliche Investitionen in Forschung und Entwicklung, die hohe Bedeutung forschungsintensiver Industriezweige und der große Erfindungsreichtum. Im Vergleich der EU-28-Länder belegt Schweden den Spitzenplatz, gefolgt von Dänemark, Finnland

und Deutschland. Ausschlaggebend für die Spitzenposition Schwedens ist das hohe Engagement im Bereich Forschung und Entwicklung und eine Vielzahl an Patentanmeldungen. Außerdem tragen der hohe Anteil der Erwerbstätigen in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen und der hohe Anteil der Beschäftigten in wissenschaftlich-technischen Berufen zu dieser hohen Innovationsfähigkeit bei.

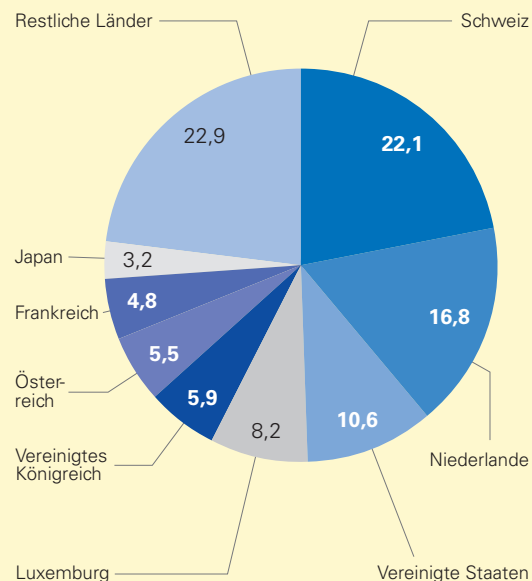
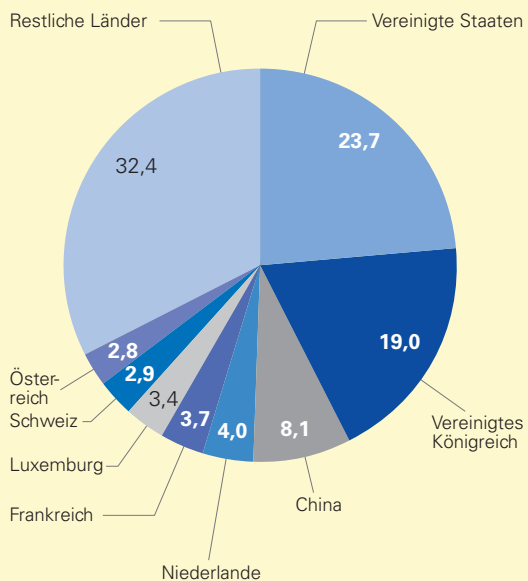
Im Bundesländervergleich liegen Baden-Württemberg und Bayern (Indexwert von 65 Punkten) mit deutlichem Abstand im Spitzenfeld. Während die Innovationsfähigkeit in Berlin und Hessen in der Berechnung 2018 mit einem Indexwert von 62 bzw. 57 Punkten über dem durchschnittlichen Niveau aller Bundesländer liegt, schneiden die verbleibenden zwölf Bundesländer im deutschlandweiten Vergleich unterdurchschnittlich ab.

Direktinvestitionen*)

Anteile in % nach Ländern

.... Baden-Württembergs im Ausland

.... des Auslands in Baden-Württemberg



Daten: 2017. – *) unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionsbestände zum Jahresende.

Datenquelle: Deutsche Bundesbank.

Vereinigte Staaten wichtigstes Zielland baden-württembergischer Investitionen

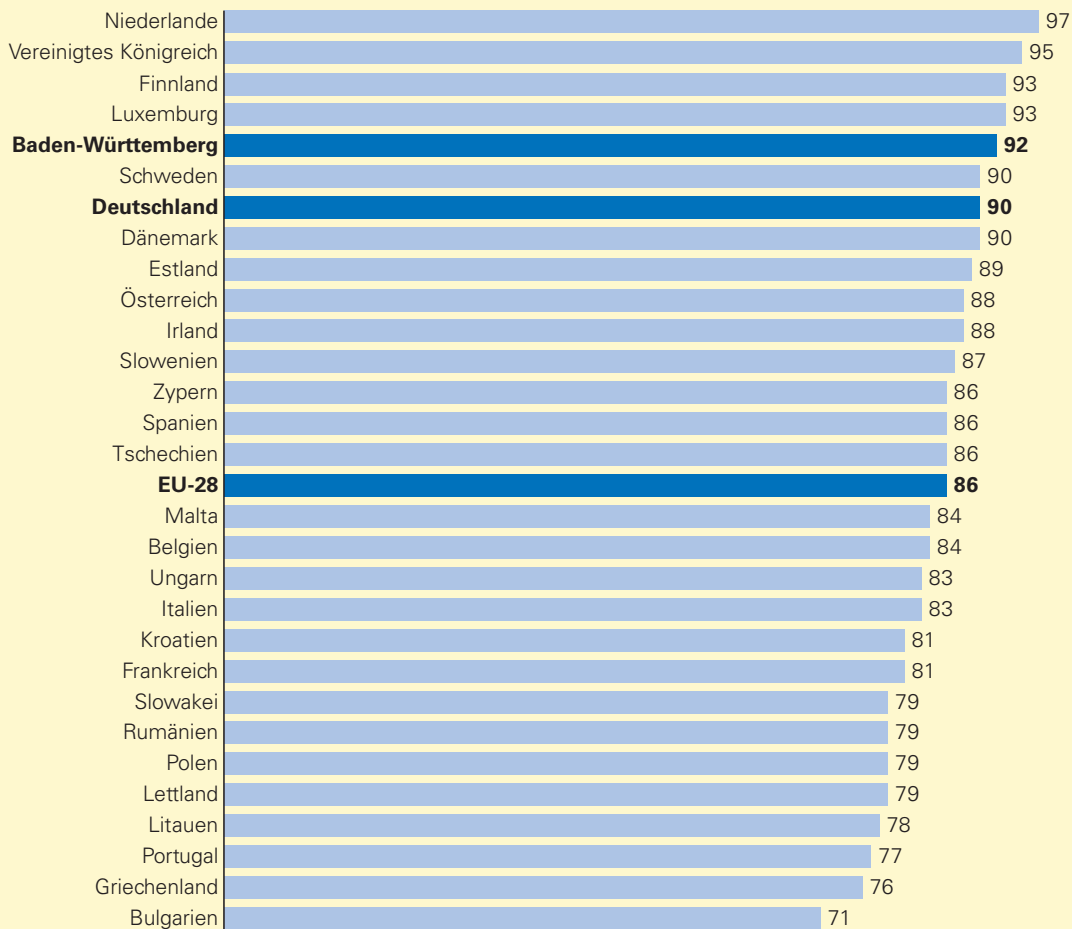
Im Zuge der weiter voranschreitenden Globalisierung von Güter- und Kapitalmärkten nimmt auch die Bedeutung der Direktinvestitionen, das heißt der Kapitalbeteiligung von Unternehmen im Ausland, zu. Zum Jahresende 2017 erreichte der Bestand der baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland ein Volumen von gut 296 Mrd. Euro. Damit entfiel knapp ein Viertel (24,8 %) der bundesweiten Direktinvestitionen im Ausland auf baden-württembergische Unternehmen. Bedeutendstes Zielland für Investoren aus Baden-Württemberg waren im Jahr 2017 erneut die Vereinigten Staaten, auf die 23,7 % des Bestandes der im Ausland getätigten Direktinvestitionen entfielen. Auf den Plätzen 2 und 3 folgten das Vereinigte Königreich und China mit Anteilen in Höhe von 19,0 % bzw. 8,1 %. Fast jeder 2. Euro (47,4 %) wurde dabei im Finanz- und Versicherungsgewerbe investiert. Über ein Drittel (37,8 %)

der baden-württembergischen Direktinvestitionen entfiel auf das Verarbeitende Gewerbe und dort schwerpunktmäßig auf den Fahrzeugbau (79,4 %).

In umgekehrter Richtung betrug der Direktinvestitionsbestand des Auslands in Baden-Württemberg 2017 insgesamt lediglich 48,5 Mrd. Euro. Der größte Anteil am Gesamtbestand entfiel auf die Schweiz (22,1 %), gefolgt von den Niederlanden (16,8 %), den Vereinigten Staaten (10,6 %) und Luxemburg (8,2 %). Die ausländischen Investitionen flossen dabei zum größten Teil in das Verarbeitende Gewerbe (51,7 %). Innerhalb dieses Wirtschaftszweiges war der Maschinenbau mit einem Anteil von 26,2 % Hauptziel ausländischer Direktinvestitionen. Auf Finanz- und Versicherungsdienstleistungen entfiel mit einem Anteil von 24,1 % knapp ein Viertel der Investitionen des Auslands.

Verfügbarkeit von Breitbandinternet

Anteil der versorgten Haushalte an allen Haushalten in %



Daten: 2018.
Datenquelle: Eurostat.

Baden-Württemberg bei Breitbandversorgung auf einem vorderen Rang

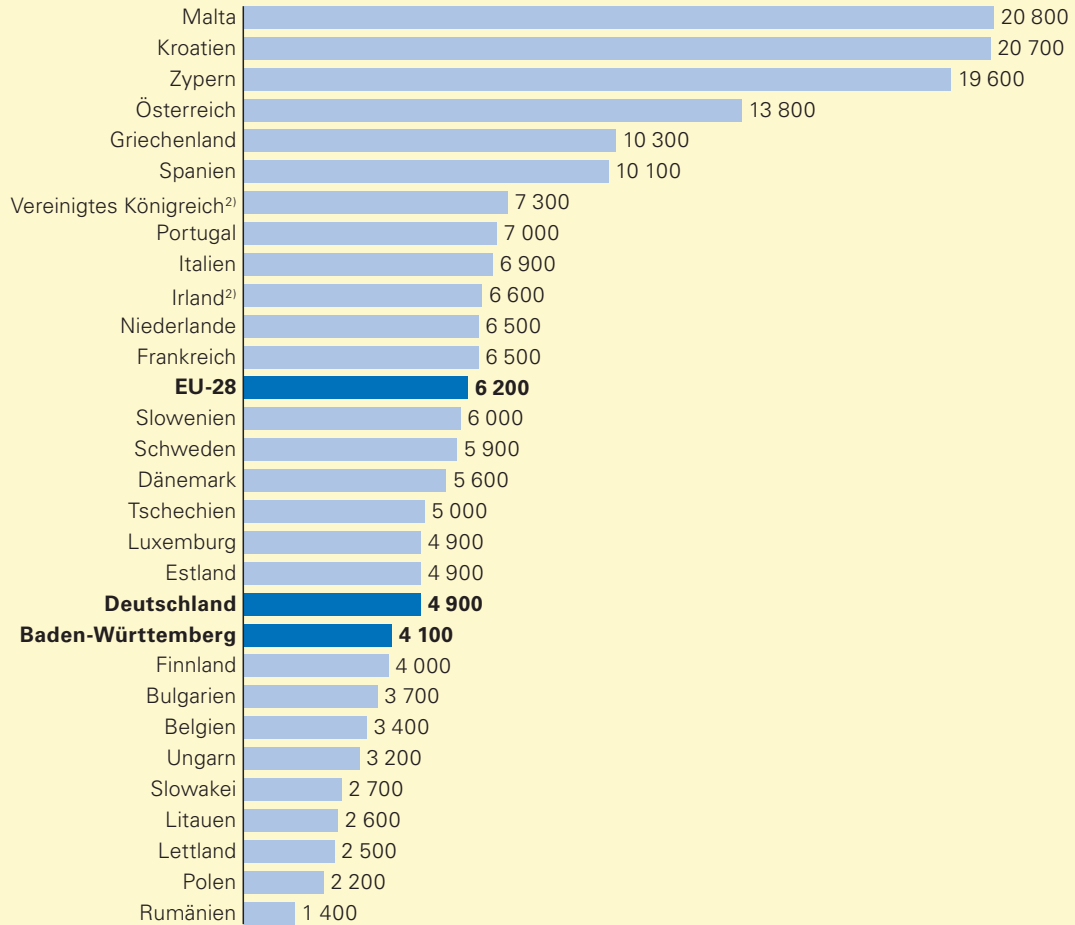
Eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur und ein erschwinglicher Zugang zu Breitbandnetzen ist eine der Möglichkeiten zur Förderung einer wissensbasierten Informationsgesellschaft. In allen EU-Mitgliedstaaten stellten Breitbandnetze die bei weitem am stärksten verbreitete Form des Internetzugangs dar und wurden 2018 von 86 % aller privaten Haushalte in der EU-28 genutzt. Das entspricht einer Zunahme um 38 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2008.

Die Niederlande boten mit einer Breitbandabdeckung von 97 % EU-weit die höchste Versorgung an schnellem Internet, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit einer Rate von 95 %. Finnland und Luxemburg lagen mit jeweils 93 % nur knapp vor Baden-Württemberg, wo 92 % aller Haushalte ein Breitband-Internetzugang zur Verfügung stand. Damit lag Baden-Württemberg deutlich über dem

EU-Durchschnitt und auch vor Deutschland, wo 86 % bzw. 90 % der privaten Haushalte einen Breitbandzugang nutzten. Innerhalb Deutschlands wiesen Berlin und Thüringen mit einer Breitbandabdeckung von 95 % bzw. 94 % den höchsten Versorgungsgrad auf. Die Schlusslichter im Bundesländerranking bildeten Brandenburg und Hessen mit jeweils 86 %. Im Jahr 2018 waren mehr als vier Fünftel (85 %) aller 16- bis 74-Jährigen in der EU mindestens ein Mal innerhalb der 3 Monate vor dem Erhebungsdatum im Internet unterwegs. Während in Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Finnland, Deutschland und Schweden mindestens neun von zehn Privatpersonen regelmäßige Internetbesucher waren, galt dies in Bulgarien nur für knapp zwei Drittel aller 16- bis 74-jährigen Privatpersonen. Der Anteil der Bevölkerung der EU-28, der das Internet nicht nutzte, belief sich 2018 auf 11 %.

Tourismus

Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben¹⁾ je 1 000 Einwohner



Daten: 2017. – 1) Hotels, Gasthöfe und Pensionen; Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten; Campingplätze. – 2) Daten: 2016.
Datenquelle: Eurostat.

Übernachtungen im Aufwärtstrend

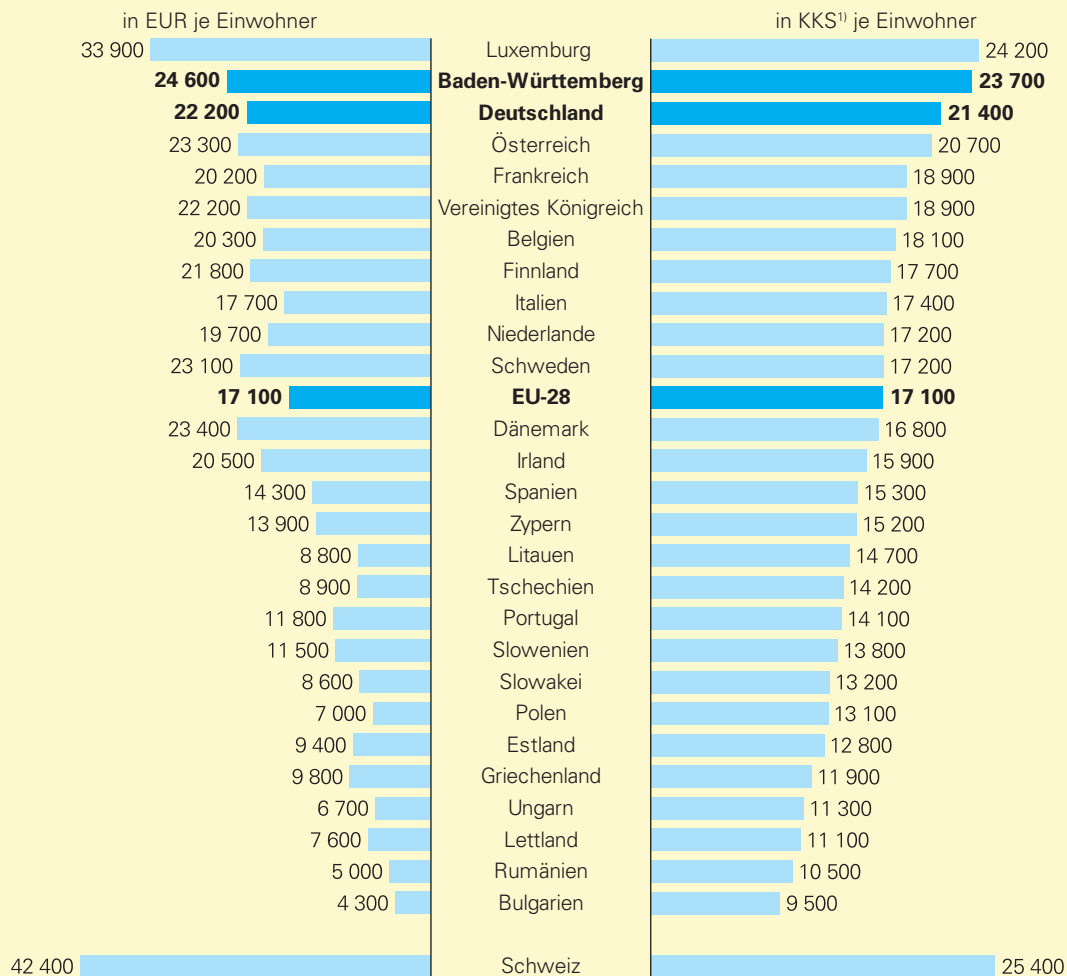
Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsbereich, da sich dieser nicht nur auf die Beherbergungsbetriebe beschränkt, sondern andere vor- und nachgelagerte Bereiche im Dienstleistungssektor wie Einzelhandel, Verkehr sowie Kultur und Unterhaltung, aber auch die Industrie positiv beeinflusst.

Die Zahl der Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben der EU-28 ist im Jahr 2017 auf fast 3,2 Mrd. gestiegen. Bezogen auf 1 000 Einwohner lag die Übernachtungszahl in der EU-28 bei 6 200, während Deutschland und Baden-Württemberg diesen Wert mit 4 900 bzw. 4 100 deutlich unterschritten und EU-weit die Plätze 19 und 20 belegten. Auf den Rängen 8 und 9 und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt liegen Deutschland und Baden-Württemberg, wenn man die Zahl der Übernachtungen auf die Fläche bezieht. So ka-

men EU-weit auf einen Quadratkilometer lediglich 700 Übernachtungen, in Baden-Württemberg und Deutschland dagegen fast 1 300 bzw. 1 100.

Im Südwesten ist die Zahl der Übernachtungen 2017 um 2 % auf fast 45 Mill. gestiegen. Damit setzte sich der bereits seit dem Jahr 2009 zu beobachtende Aufwärtstrend weiter fort. Während in Deutschland und Baden-Württemberg die inländischen Gäste mit Übernachtungsanteilen von 79 % bzw. 75 % eine sehr große Rolle spielen, halten sich in der EU-28 die Übernachtungen in- und ausländischer Gäste fast die Waage. In Malta, Zypern und Kroatien betrugen die Anteile ausländischer Übernachtungen jeweils über 90 %. In Baden-Württemberg entfielen die mit Abstand meisten Übernachtungen ausländischer Gäste auf die Schweiz, gefolgt von den Niederlanden, Frankreich und den Vereinigten Staaten.

Verfügbares Einkommen



Daten: 2017. Für Kroatien, Malta: keine Angaben. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisunterschiede eliminiert).

Datenquellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt, Eurostat.

Spitzenplatz beim verfügbaren Einkommen

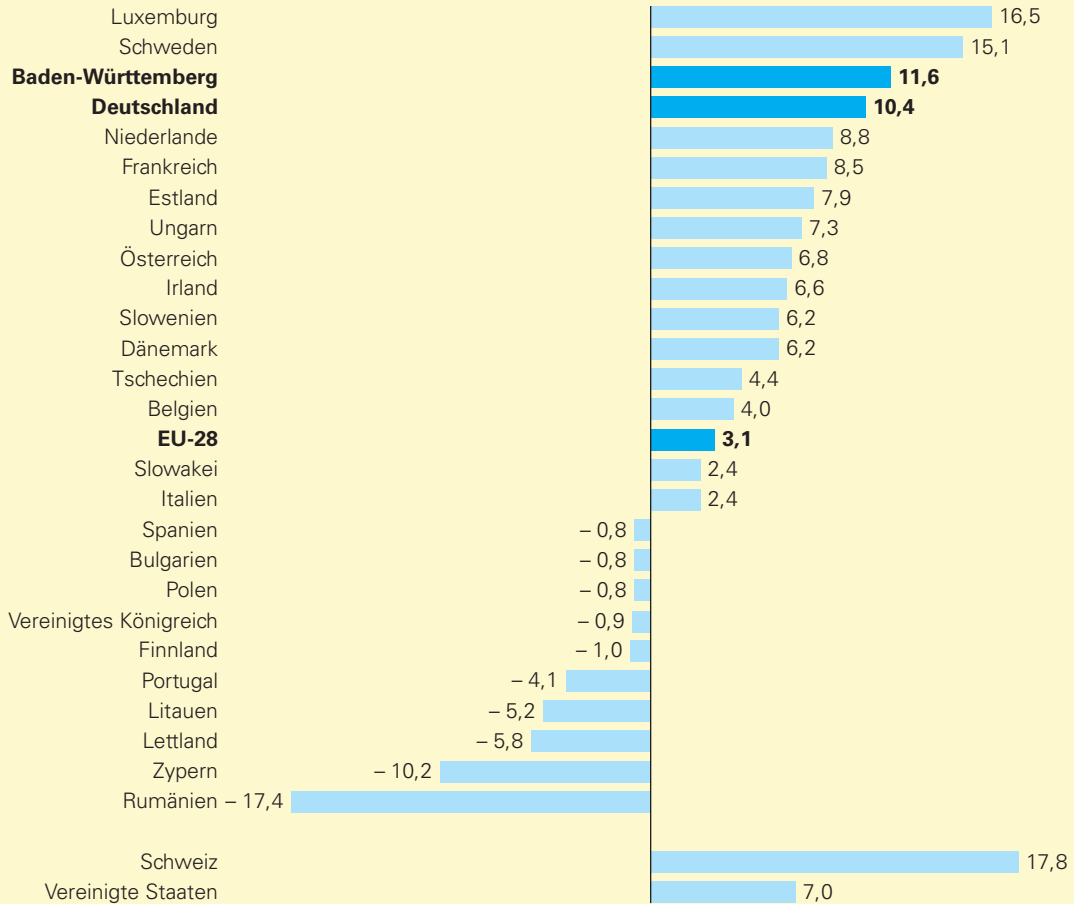
Als Indikator für die Kaufkraft privater Haushalte in einer Region dient unter anderem deren verfügbares Einkommen. In Baden-Württemberg lag das verfügbare Einkommen 2017, bezogen auf die Einwohner, im Durchschnitt bei 24 600 Euro. Nur die Haushalte in Bayern wiesen im Bundesländervergleich im Jahr 2017 mit 25 000 Euro ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als im Südwesten auf. Am geringsten war das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern mit 19 200 Euro je Einwohner.

Im EU-Vergleich erzielte Baden-Württemberg ebenfalls einen Spitzenplatz. Da man mit einem Euro in manchen Ländern mehr kaufen kann als in anderen, ist es bei internationalen Einkommensvergleichen sinnvoll, Preisunterschiede zu berücksichtigen. Dies geschieht bei der Darstellung in sogenann-

ten Kaufkraftstandards (KKS). Nach Bereinigung des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens um die unterschiedliche Kaufkraft reduziert sich das Einkommensgefälle innerhalb der EU merklich. So belief sich das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Luxemburg in Euro ausgedrückt im Jahr 2017 auf 198 % des EU-28-Durchschnitts, das geringste in Bulgarien nur auf 25 %. Gemessen in KKS war die Spannbreite mit 56 % bis 142 % deutlich geringer. Insbesondere die Schweiz, Luxemburg, Dänemark und Schweden – also Länder mit einem hohen Preisniveau – wiesen beim verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen in KKS einen niedrigeren Wert auf als beim in Euro dargestellten Einkommen. Bei der KKS-Betrachtung verbessern sich vor allem die osteuropäischen Länder.

Sparquote

Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in %



Daten: 2017. Für Griechenland, Kroatien, Malta: keine Angaben.

Datenquellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt, Eurostat, U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis.

Sparfreudige Baden-Württemberger

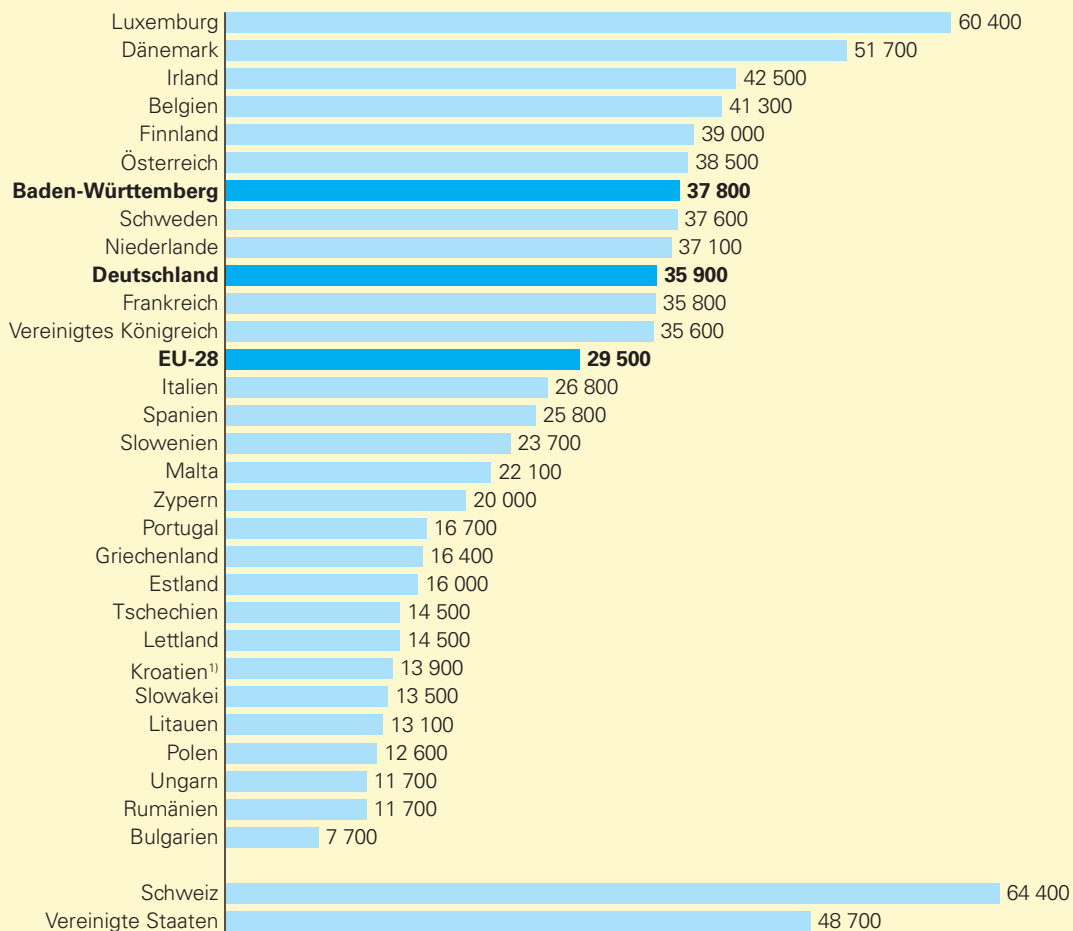
Gründe zum Sparen gibt es einige. Sparen für spätere Anschaffungen, für die Vorsorge im Alter oder für den Erwerb und die Renovierung der eigenen vier Wände sind die am häufigsten genannten Sparmotive privater Haushalte.

In Baden-Württemberg sparten die privaten Haushalte im Jahr 2017, bezogen auf die Zahl der Einwohner, im Durchschnitt 2 930 Euro. Die Sparquote belief sich damit auf 11,6 %. Von 100 Euro an verfügbarem Einkommen wanderten somit durchschnittlich 11,60 Euro in den Sparstrumpf – so viel wie in keinem anderen Bundesland. Auf den Plätzen 2 und 3 folgten Bayern und Hessen mit Sparquoten von 11,1 % bzw. 10,9 %. Am wenigsten legten 2017 im Bundesländervergleich die Menschen in Sachsen-Anhalt (6,2 %) zur Seite.

Auch im europaweiten Vergleich zeigt sich der Südwesten als besonders sparsam. Nur die privaten Haushalte in Luxemburg und Schweden sowie im Nicht-EU-Land Schweiz sparten 2017 mehr. In Italien und der Slowakei waren die Nettosparquoten mit jeweils 2,4 % vergleichsweise niedrig und manche EU-Länder wiesen sogar einen negativen Wert auf. Unterschiede bei der Sparquote zwischen den Ländern können durch institutionelle, demografische und sozioökonomische Besonderheiten begründet sein. So haben beispielsweise Erwerbsstatus, Einkommen und Alter Auswirkungen auf das Sparverhalten privater Haushalte. Aber auch die in den einzelnen Ländern getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf die Altersrenten können das Sparen beeinflussen.

Bruttolöhne und -gehälter

in EUR je Arbeitnehmer



Daten: 2018. – 1) 2017.

Datenquellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Eurostat, U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis.

Löhne und Gehälter im oberen Drittel

Im Durchschnitt verdiente eine in Baden-Württemberg beschäftigte Arbeitnehmerin bzw. ein Arbeitnehmer im Jahr 2018 rund 37 800 Euro. Die Höhe des Verdienstes ist dabei nicht nur von individuellen Merkmalen der Beschäftigten wie Ausbildung, Art der Tätigkeit und Alter abhängig. Auch die Branche spielt eine Rolle. So lagen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe im Südwesten 2018 bei durchschnittlich 49 000 Euro, in den Dienstleistungsbereichen – die oftmals einen vergleichsweise hohen Anteil an Teilzeit- und marginal Beschäftigten aufweisen – dagegen nur bei 32 600 Euro.

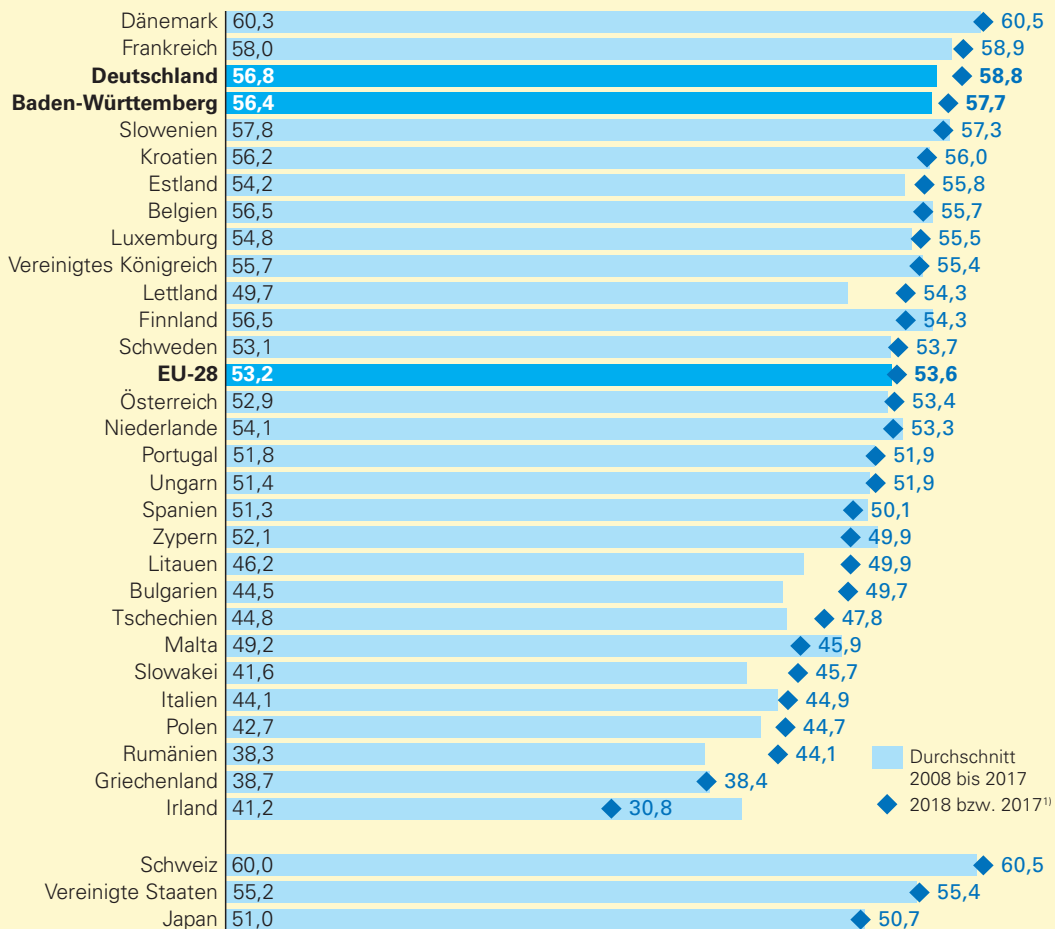
Beim Verdienstranking der Bundesländer nahm Baden-Württemberg im Jahr 2018 den dritten Platz ein – nach Hamburg (41 800 Euro) und Hessen

(38 800 Euro). Weniger als 30 000 Euro wurden im Durchschnitt in den fünf neuen Bundesländern gezahlt. Schlusslicht war Mecklenburg-Vorpommern mit 28 500 Euro.

Im europäischen Vergleich lag Baden-Württemberg im oberen Drittel. In den EU-Mitgliedstaaten reichte die Spannweite der Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter 2018 von lediglich 7 700 Euro in Bulgarien bis zu über 60 000 Euro in Luxemburg. Unterschiede bestehen allerdings auch in den Lebenshaltungskosten, die in Bulgarien vergleichsweise niedrig sind, in Luxemburg hingegen recht hoch. Teuer ist das Leben auch im Nachbarland Schweiz. Hier waren die Bruttolöhne und -gehälter mit durchschnittlich 64 400 Euro je Arbeitnehmer noch höher als in Luxemburg.

Lohnquote

Anteil Arbeitnehmerentgelt an der Bruttowertschöpfung in %



1) Vereinigte Staaten, Japan.

Datenquellen: Eurostat, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Lohnquote im Südwesten 4 Prozentpunkte über EU-Durchschnitt

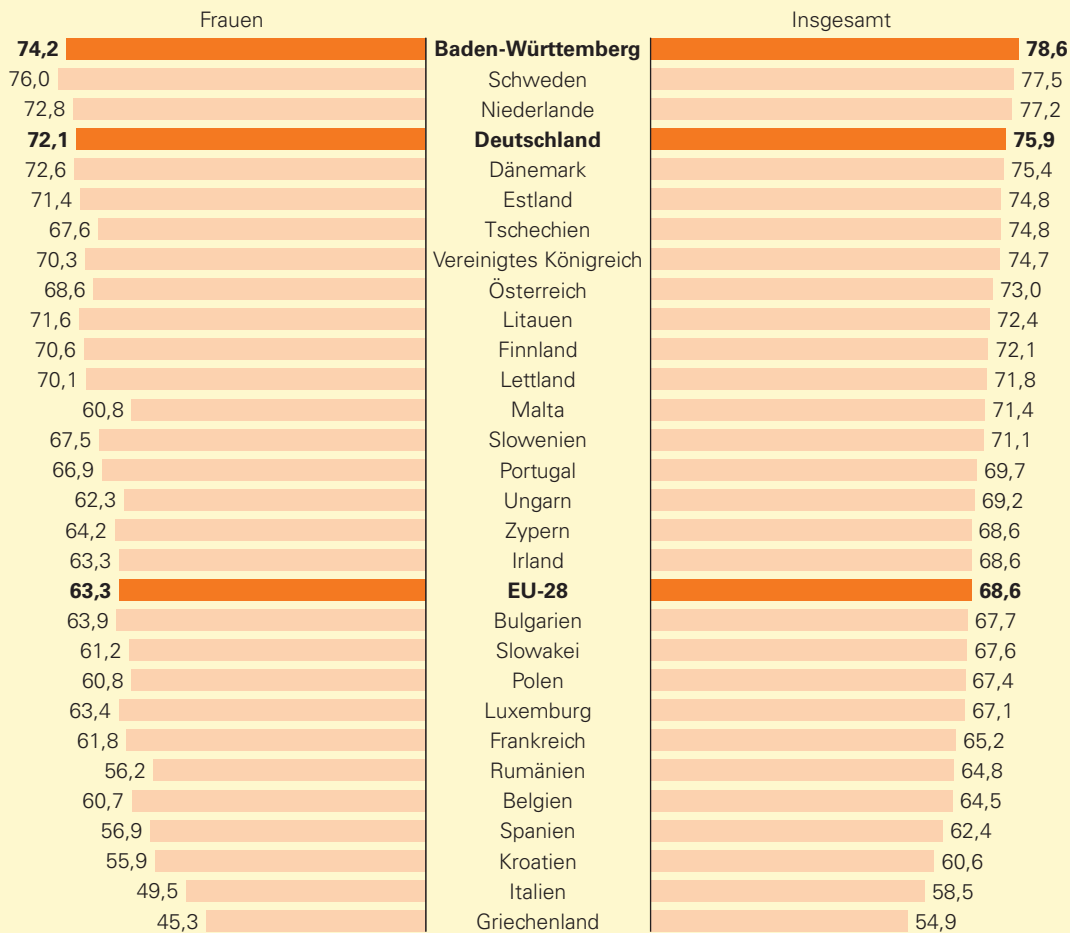
In Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung wird häufig die Frage aufgeworfen, inwieweit sich die Einkommensverteilung vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Kapital verschiebt. Die funktionelle Einkommensverteilung wird mit der Lohnquote gemessen und ist in Deutschland als Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen definiert. Allerdings kann die in Deutschland geläufige Definition der Lohnquote nicht für einen internationalen Vergleich herangezogen werden, da das Volkseinkommen international nicht einheitlich berechnet wird. Daher wird für die Lohnquote das Arbeitnehmerentgelt auf die Bruttowertschöpfung bezogen.

In Baden-Württemberg lag die Lohnquote 2018 bei 57,7 % und erhöhte sich gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2017 um 1,3 Prozentpunk-

te. Damit gehörte der Südwesten zur Gruppe der Staaten mit den höchsten Lohnquoten. Dänemark bewegte sich mit über 60 % EU-weit an der Spitze, gefolgt von Frankreich und Deutschland (jeweils knapp 59 %). Die hinteren Plätze belegten Irland (31 %), Griechenland (38 %) und Rumänien (44 %). Im Vereinigten Königreich sowie in den Vereinigten Staaten rangierte die Lohnquote jeweils bei 55,4 %. Insgesamt lag die Lohnquote im aktuell verfügbaren Jahr 2018 bzw. 2017 bei vielen im Ranking dargestellten Ländern über dem langfristigen Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2017. Da die Lohnquote üblicherweise gegen Ende des Konjunkturzyklus ansteigt und der aktuelle Aufschwung beispielsweise im Südwesten mit einer Dauer von 10 Jahren bereits sehr lange anhält, ist diese Beobachtung nicht ungewöhnlich.

Erwerbstätigenquote

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung dieser Altersgruppe in %



Daten: 2018.

Datenquelle: Eurostat.

Hohe Erwerbsbeteiligung in Baden-Württemberg

Im Jahr 2018 waren knapp 5,7 Mill. Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger im Alter von 15 bis unter 65 Jahren erwerbstätig. Das entspricht einer Erwerbstätigenquote von 78,6 %. Während 82,7 % der Männer im Land einer Erwerbstätigkeit nachgingen, waren es bei den Frauen 74,2 %. Innerhalb der letzten 10 Jahre stieg die Erwerbstätigenquote der Frauen um 6,6 Prozentpunkte und damit mehr als dreimal so stark als die der Männer (+ 2,1 Prozentpunkte).

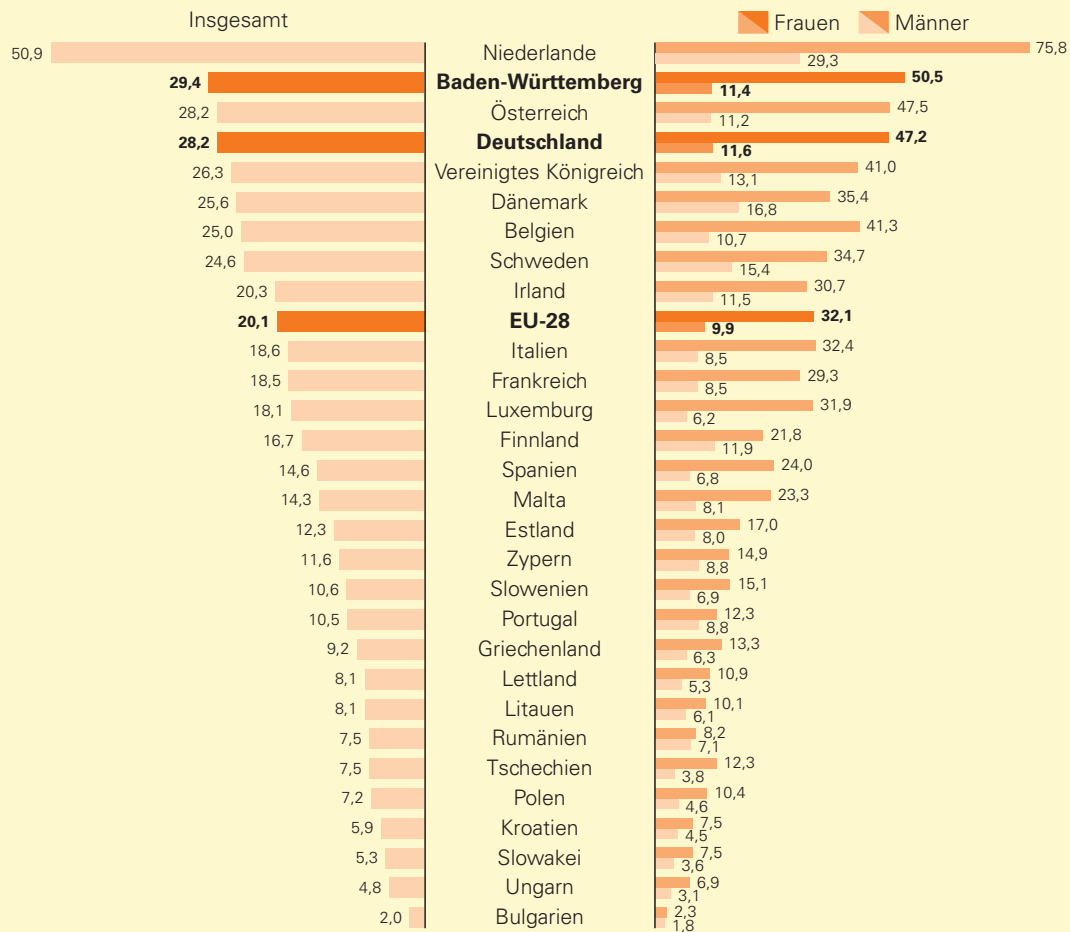
Unter den Bundesländern konnte 2018 nur Bayern (79,2 %) eine geringfügig höhere Erwerbstätigenquote als der Südwesten aufweisen. Dagegen gingen im Stadtstaat Bremen gerade einmal 71,4 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einer Beschäftigung nach. Deutschlandweit betrug die Erwerbstätigenquote 75,9 %. Im Durchschnitt der

28 EU-Mitgliedstaaten waren 68,6 % aller Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren erwerbstätig. Dabei konnten im EU-Vergleich lediglich Schweden und die Niederlande mit Erwerbstätigenquoten in Höhe von 77,5 % bzw. 77,2 % eine annähernd so hohe Erwerbsbeteiligung wie Baden-Württemberg aufweisen. In Italien (58,5 %) und Griechenland (54,9 %) lagen die Erwerbstätigenquoten im Jahr 2018 hingegen weiterhin unter der 60 %-Marke.

Ein großes Nord-Süd-Gefälle ließ sich auch bei der Frauenerwerbstätigkeit beobachten. Während etwa in Schweden, den Niederlanden, Dänemark, Deutschland, Litauen, Estland, Finnland, dem Vereinigten Königreich und Lettland über 70 % der Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgingen, lag deren Erwerbstätigenquote in Griechenland und Italien erneut unter 50 %.

Teilzeitquoten der Erwerbstätigen nach Geschlecht

Anteil der in Teilzeit Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren in %



Daten: 2018.
Datenquelle: Eurostat.

Hohe Teilzeitquote im Südwesten

2018 waren in Baden-Württemberg 1,74 Mill. Erwerbstätige im Alter von über 15 Jahren in Teilzeit beschäftigt. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den insgesamt 5,91 Mill. Erwerbstätigen lag bei 29,4 %. Gut die Hälfte der erwerbstätigen Frauen im Südwesten arbeitete in Teilzeit, während es bei den Männern jeder Neunte war.

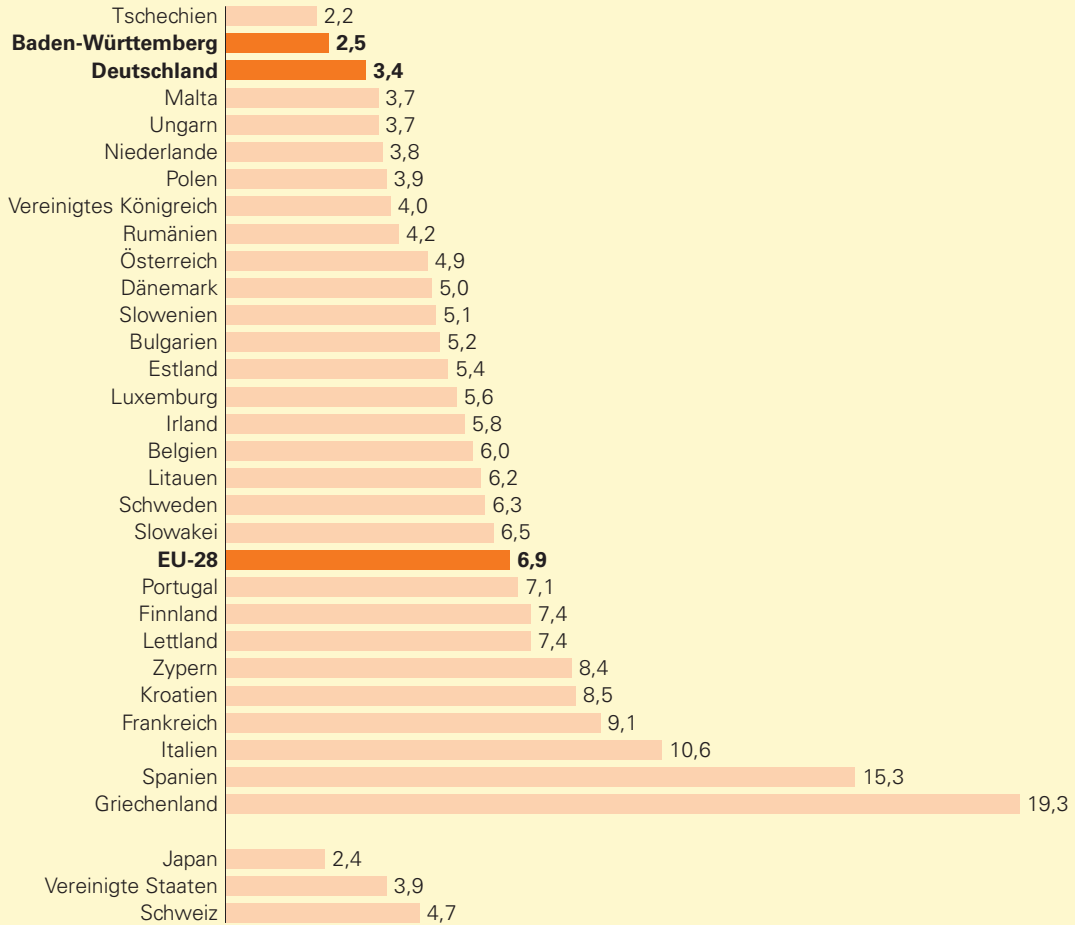
In ganz Europa ist die Teilzeitarbeit von Frauen dominiert. Im Durchschnitt der 28 EU-Länder arbeitete jede dritte Frau in Teilzeit, bei den Männern jeder Zehnte. Die Teilzeitquoten unterscheiden sich jedoch sehr stark in den einzelnen Mitgliedstaaten. In den Niederlanden arbeiteten fast 76 % der Frauen und gut 29 % der Männer in Teilzeit, was einer Teilzeitquote von 50,9 % an allen Erwerbstätigen und damit EU-weit der mit Abstand höchsten Teilzeitquote entspricht. Baden-Württemberg hat die

zweithöchste Teilzeitquote insgesamt innerhalb der EU-28 und liegt damit vor Österreich und dem bundesweiten Durchschnitt von jeweils 28,2 %. Im Vergleich der Bundesländer liegt die Bandbreite der Teilzeitquoten insgesamt zwischen 31,7 % in Bremen und 22 % in Sachsen-Anhalt. Damit lagen alle Bundesländer über dem Durchschnitt der EU-28 von 20,1 %. Die niedrigsten Teilzeitquoten in der EU wiesen Bulgarien, Ungarn und die Slowakei mit 2 %, 4,8 % und 5,3 % aus.

Die Teilzeitquoten der Frauen lagen über alle Mitgliedsländer hinweg zwischen 2,3 % und 75,8 % und damit deutlich über der entsprechenden Spannweite bei den Männern mit 1,8 % bis 29,3 %. Der Abstand zwischen den Teilzeitquoten von Frauen und Männern variierte auch in den einzelnen EU-Ländern sehr stark.

Erwerbslosenquote

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



Daten: 2018.
Datenquelle: Eurostat.

Erneut niedrige Erwerbslosigkeit

Arbeit ist für die meisten Menschen nicht nur eine wichtige Voraussetzung, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Eine angemessene Beschäftigung bietet darüber hinaus soziale Anerkennung und oft auch persönliche Erfüllung. Erwerbslosigkeit ist auch deshalb immer noch ein großes gesellschaftliches Problem unserer Zeit.

Die Erwerbslosenzahlen im europäischen Vergleich stützen sich auf Ergebnisse der EU-Arbeitskräfteerhebung, die mit den Angaben der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg nur eingeschränkt vergleichbar sind. In Baden-Württemberg waren demnach 2018 knapp 149 000 Personen erwerbslos. Die Erwerbslosenquote, das heißt der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt, hat sich in Baden-Württemberg ausgehend von einem bereits äußerst niedrigen Vorjahresniveau

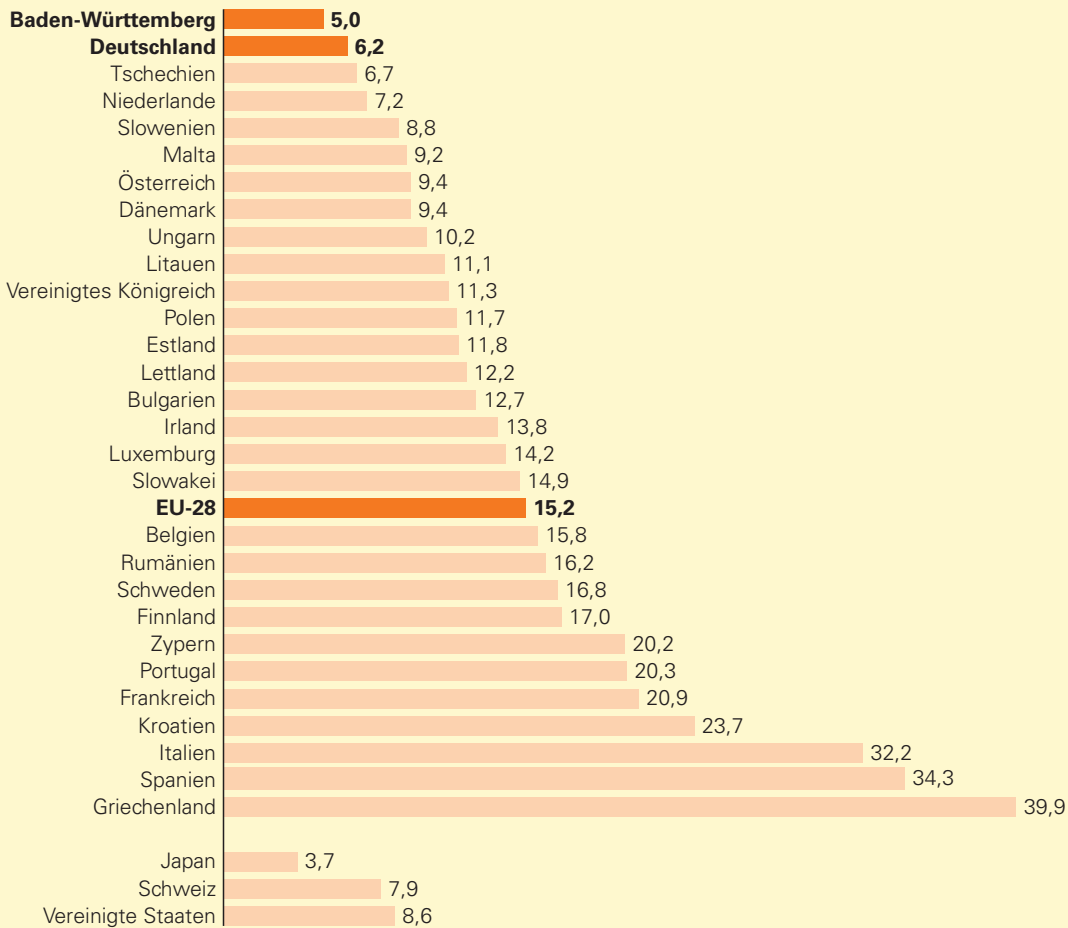
von 2,9 % erneut verringert und fiel 2018 weiter auf 2,5 %.

Im Vergleich zu den 28 Mitgliedstaaten der EU verzeichnete lediglich Tschechien mit einer Quote von 2,2 % eine geringere Erwerbslosigkeit als Baden-Württemberg. Im Durchschnitt aller EU-Länder lag die Erwerbslosenquote mit 6,9 % mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland (3,4 %). Dabei reichte die Spannweite von 2,2 % in Tschechien bis 19,3 % in Griechenland.

Im außereuropäischen Vergleich wies Japan mit 2,4 % wie bereits im zurückliegenden Jahr eine geringfügig niedrigere Erwerbslosigkeit auf als der Südwesten. Im Bundesländervergleich hatte Baden-Württemberg nach Bayern (2,2 %) bundesweit die niedrigste Erwerbslosenquote.

Jugenderwerbslosenquote

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



Daten: 2018.

Datenquelle: Eurostat.

Gute Arbeitschancen für junge Menschen in Baden-Württemberg

2018 waren in Baden-Württemberg insgesamt 34 200 junge Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren erwerbslos, was einer Quote von 5 % entspricht. Damit verzeichnete der Südwesten die niedrigste Jugenderwerbslosenquote unter den EU-Ländern und lag auch unter dem bundesweiten Durchschnitt von 6,2 %. In der Europäischen Union waren 2018 mehr als 3,4 Mill. junge Menschen erwerbslos, gut 10 % weniger als im Jahr zuvor. Obwohl die Jugenderwerbslosenquote 2018 in allen Mitgliedstaaten zurückgegangen ist, war die Quote im Durchschnitt aller EU-Länder mit 15,2 % mehr als dreimal so hoch wie hierzulande.

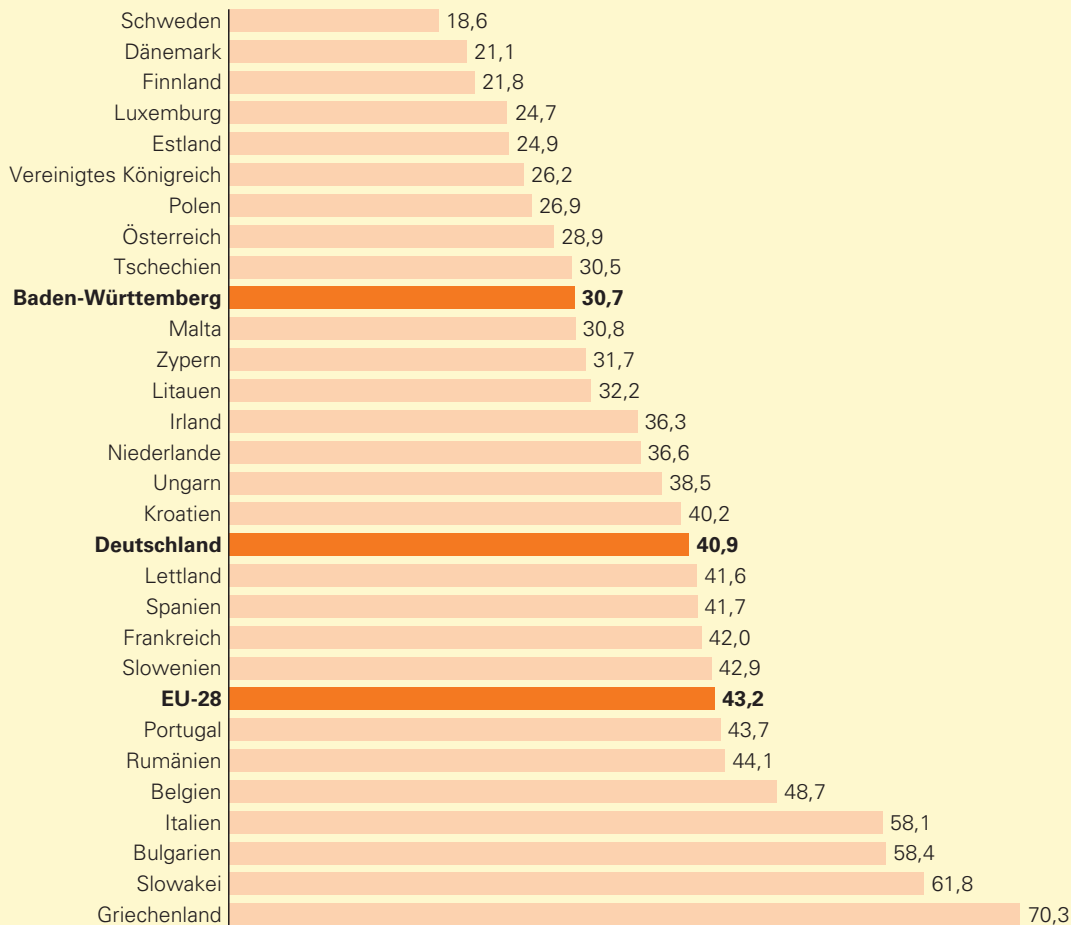
Die Erwerbslosenquote der jungen Menschen lag in allen Mitgliedstaaten wesentlich höher als die Gesamterwerbslosenquote, im EU-Durchschnitt war sie mehr als doppelt so hoch. Vor allem im

südlichen Europa gestaltete sich der Berufseinstieg für junge Menschen besonders schwer. Griechenland verzeichnete mit 39,9 % die höchste Jugenderwerbslosenquote innerhalb der EU, und auch in Spanien (34,3 %), Italien (32,2 %) und Kroatien (23,7 %) suchten 2018 viele junge Menschen erfolglos nach Arbeit. Im Nachbarland Frankreich, in Portugal und in Zypern war jeder fünfte junge Mensch von Erwerbslosigkeit betroffen.

Im Bundesländervergleich hatte Bayern mit 3,8 % die niedrigste Jugenderwerbslosenquote, gefolgt von Baden-Württemberg (5 %). Die höchsten Quoten bundesweit verzeichneten Berlin (12 %), Sachsen-Anhalt (9,5 %) und Mecklenburg-Vorpommern (9,3 %).

Langzeiterwerbslosigkeit

Anteil der Langzeiterwerbslosen an den Erwerbslosen insgesamt in %



Daten: 2018.

Datenquelle: Eurostat.

Langzeiterwerbslosigkeit in allen EU-Mitgliedstaaten gesunken

Die Zahl der langzeiterwerbslosen Personen ist 2018 EU-weit gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mill. oder 13,4 % gesunken. In der EU waren 2018 mehr als 7,3 Mill. Menschen länger als 12 Monate ununterbrochen ohne Arbeit und gelten somit als langzeiterwerbslos. Je länger Menschen erwerbslos sind, desto schwieriger wird ihre Rückkehr in die Erwerbstätigkeit und desto höher ist ihr Armutsrisiko. Für die Arbeitsmarktpolitik ist es deshalb eine große gesellschaftspolitische Herausforderung, die Langzeiterwerbslosigkeit zu senken und somit zu nachhaltigem Wachstum, geringeren Sozialausgaben und höheren Steuereinnahmen beizutragen.

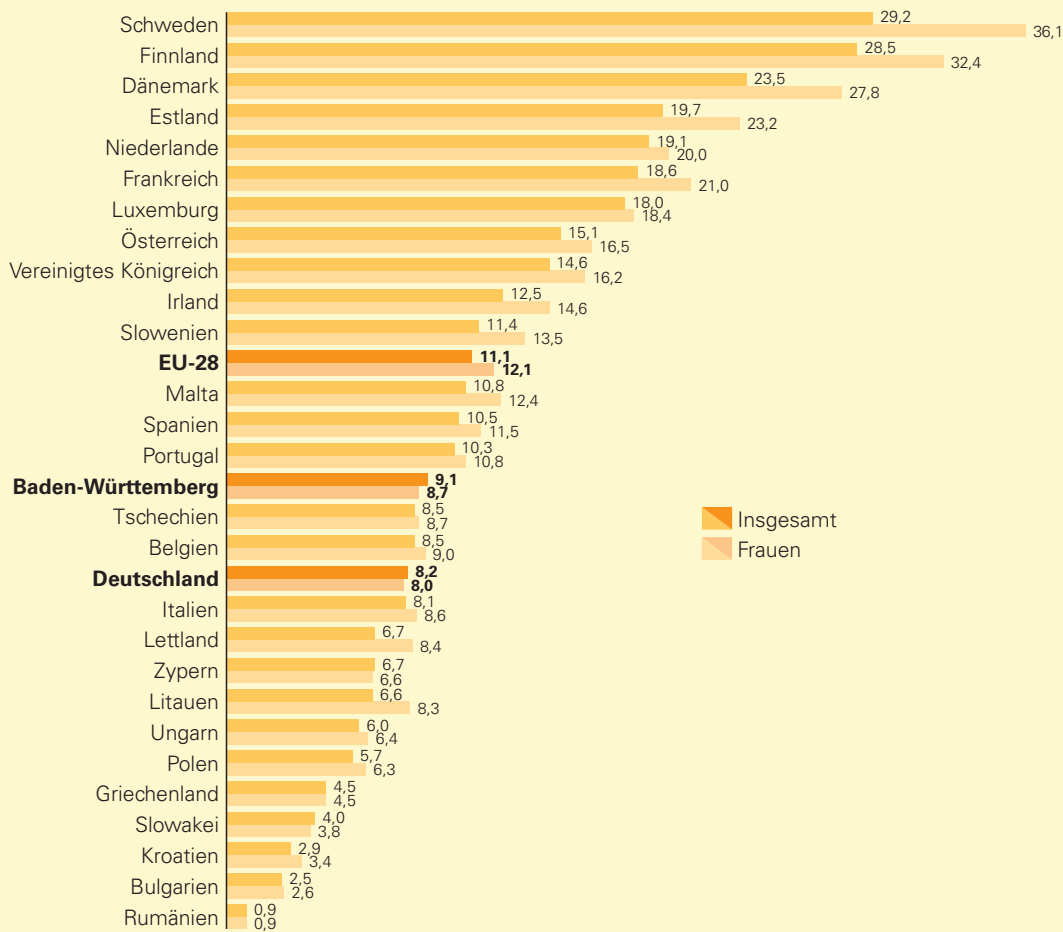
Laut EU-Arbeitskräfteerhebung ist die Zahl der Langzeiterwerbslosen 2018 in allen EU-Mitgliedstaaten zurückgegangen. Die Spannweite reichte

von 3,9 % in Schweden bis 39,3 % in Zypern. In Baden-Württemberg sank die Zahl der Langzeiterwerbslosen um 13,1 % auf rund 45 700 Personen. Dies entsprach einem Anteil an den Erwerbslosen insgesamt von 30,7 %. Im EU-Vergleich lag Baden-Württemberg damit auf Rang 10, weit unterhalb des EU-Durchschnitts von 43,2 %. Deutschlandweit betrug der Anteil der Langzeiterwerbslosen 40,9 % und lag auch hier niedriger als im EU-Durchschnitt, allerdings rund 10 Prozentpunkte höher als im Südwesten. Unter allen Bundesländern wies Baden-Württemberg den niedrigsten Anteil an Langzeiterwerbslosen auf.

In Schweden war der Anteil der Langzeiterwerbslosen an allen Erwerbslosen EU-weit mit 18,6 % am niedrigsten, während Griechenland mit 70,3 % den mit Abstand höchsten Anteil verzeichnete.

Lebenslanges Lernen

Anteil der an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren in %



Daten: 2018.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Mit Weiterbildung gut gerüstet in die Zukunft

Digitalisierung und neue Technologien verändern die Arbeitsplätze der Zukunft. Nur wenn sich Mitarbeitende auf lebenslanges Lernen einlassen, bleiben Unternehmen langfristig wettbewerbsfähig und der Wohlstand gesichert. Eine besondere Relevanz gewinnt lebenslanges Lernen durch die demografische Entwicklung, in deren Folge Menschen künftig länger berufstätig sein werden. Der Rat der Europäischen Union hat sich dafür ausgesprochen, dass bis zum Jahr 2020 jährlich 15 % aller 25- bis 64-Jährigen in der EU an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen sollten.

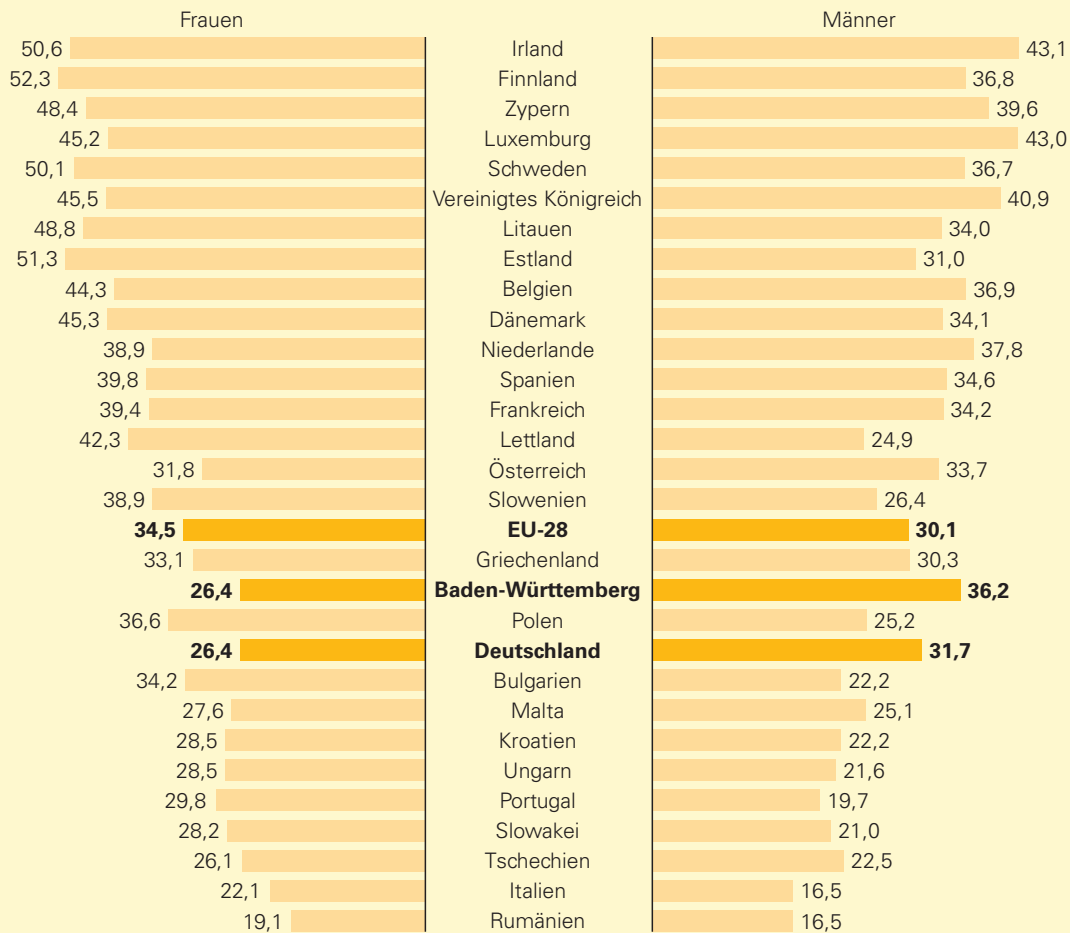
2018 hatten in Deutschland 8,2 % der 25- bis 64-Jährigen in den 4 Wochen vor der Befragung an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen. Dieser Anteil lag damit nicht nur unter dem EU-Benchmark, sondern auch unter dem EU-Durch-

schnitt von 11,1 %. Auch im Südwesten konnte der Zielwert nicht erreicht werden. Hier lag die Teilnehmerquote an Weiterbildungsmaßnahmen im Jahr 2018 bei 9,1 %. In Schweden, Finnland und Dänemark hatten zwischen einem knappen Drittel und einem Viertel und damit erheblich größere Teile der Bevölkerung an Aktivitäten des lebenslangen Lernens teilgenommen als in den übrigen EU-Mitgliedstaaten. Estland, die Niederlande, Frankreich, Luxemburg und Österreich waren weitere Mitgliedstaaten, in denen die Beteiligungsquote die angestrebte EU-Zielvorgabe von 15 % bereits im Jahr 2018 überschritten hat.

In der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten wurden 2018 höhere Beteiligungsquoten für Frauen als für Männer festgestellt. Der größte Vorsprung der Frauen war in Schweden zu beobachten, wo die Beteiligungsquote der Frauen die der Männer um 14 Prozentpunkte übertraf.

Hochqualifizierte

Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren mit einem Hochschulabschluss in %



Daten: 2018.
Datenquelle: Eurostat.

Anteil der Hochqualifizierten steigt weiter

Hochqualifizierte leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Verbreitung von Wissen und Technologien und gelten als Schlüsselfaktoren für wirtschaftliches Wachstum, Fortschritt und Innovation in Wissensgesellschaften.

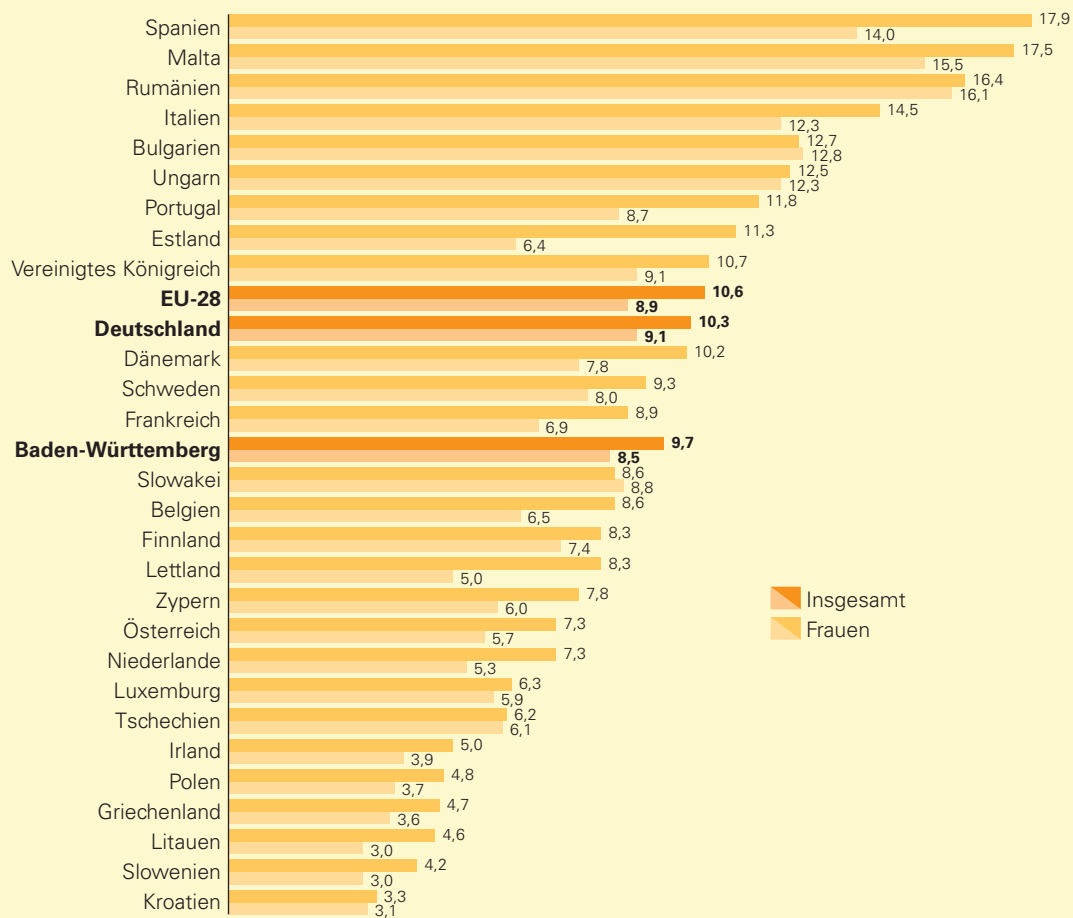
Der Anteil der Menschen mit tertiärem Bildungsabschluss ist innerhalb der EU in allen Mitgliedstaaten gestiegen. Hatten 2008 EU-weit rund 24 % der 25- bis unter 65-Jährigen einen hohen Bildungsabschluss, waren es 2018 bereits gut 32 %. Baden-Württemberg und Deutschland lagen mit Anteilen von 31 % bzw. 29 % knapp unterhalb des Durchschnitts der EU. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in Deutschland die nicht als hochqualifiziert geltende berufliche (duale) Ausbildung eine wichtigere Rolle spielt als in vielen anderen EU-Staaten. Den EU-weit höchsten Anteil an Hochqualifizierten erreichte Irland mit 47 %. In

8 weiteren EU-Staaten lag der Anteil ebenfalls über 40 %. Die niedrigsten Anteile an Hochqualifizierten wiesen Rumänien und Italien mit 18 % und 19 % aus.

Frauen haben in den vergangenen Jahren ihren Bildungsvorsprung gegenüber den Männern weiter ausgebaut. Im Durchschnitt der EU lag der Anteil der Frauen im Jahr 2018 um gut 4 Prozentpunkte über dem der männlichen Bevölkerung. In Estland war der Bildungsvorsprung der Frauen mit 20 Prozentpunkten besonders ausgeprägt. Mit Ausnahme von Deutschland und Österreich lagen in allen Mitgliedstaaten die Anteile der Frauen mit einem tertiären Bildungsabschluss höher als die entsprechenden Anteile der Männer. In Deutschland übertraf die Quote der hochqualifizierten Männer die der Frauen um 5 Prozentpunkte, in Baden-Württemberg sogar um fast 10 Prozentpunkte.

Frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger*)

in % der 18- bis 24- Jährigen



Daten: 2018. – *) Als frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger gelten alle 18- bis 24-Jährigen mit maximal Sekundarstufe I-Abschluss, die gegenwärtig keine weitere allgemeine oder berufliche Bildung erfahren.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen bzw. -abgänger sinkt

Eine gute Schul- und Berufsausbildung in jungen Jahren verringert das Risiko, von Armut, Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung oder Krankheit betroffen zu werden. Die EU hat sich deshalb das Ziel gesetzt, den Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen bzw. -abgänger unter den 18- bis 24-Jährigen in der EU bis 2020 auf 10 % zu senken.

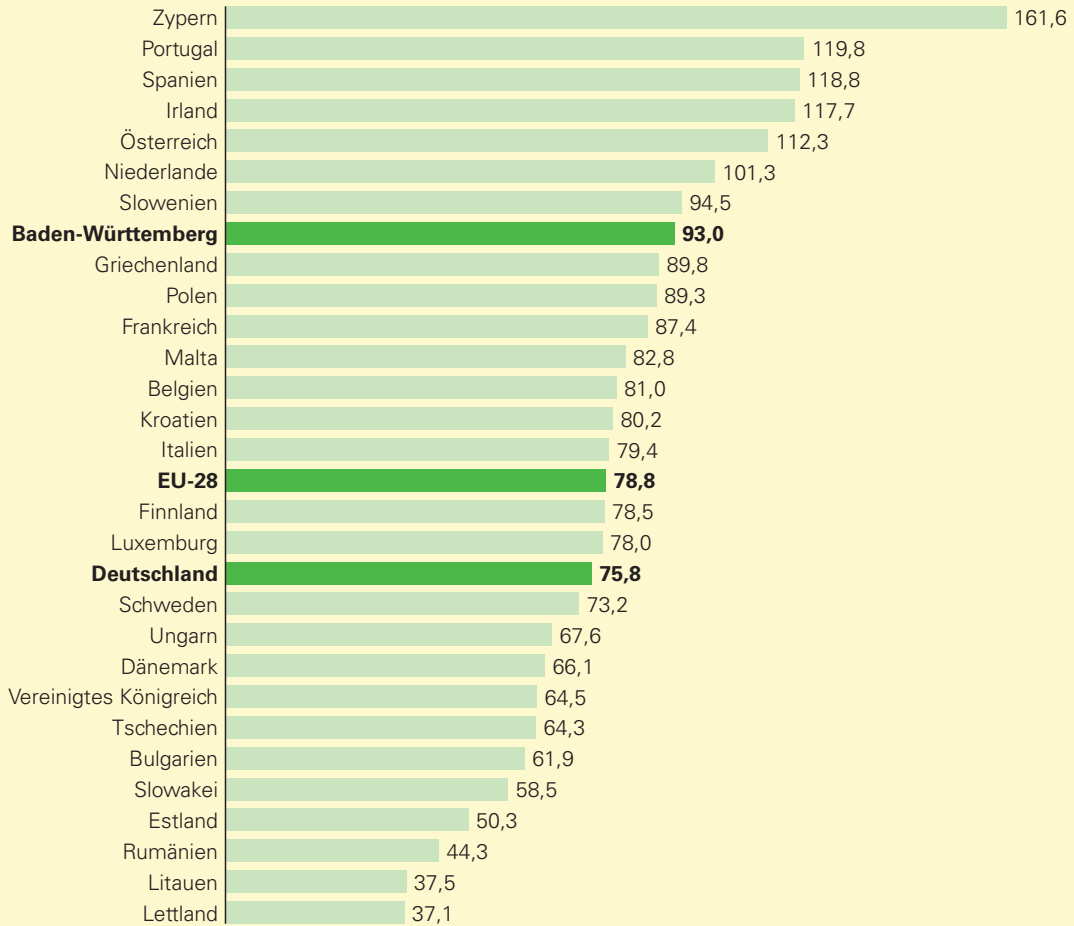
Im Jahr 2018 lag der Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen bzw. -abgänger in der EU-28 bei 11 % und reichte von 18 % in Spanien bis zu 3 % in Kroatien. Insgesamt haben 17 Mitgliedstaaten ihre Zielmarke für 2020 schon erreicht oder deutlich unterschritten. Während Deutschland im Jahr 2018 mit einer Quote von 10,3 % noch knapp darüber lag, hat Baden-Württemberg die Vorgabe mit einem Anteil von 9,7 % bereits

erfüllt. Innerhalb Deutschlands war der Anteil der frühen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen bzw. -abgänger in Bremen mit 15 % und in Berlin mit 14 % am höchsten. In Bayern und Sachsen dagegen betrugen die Anteile jeweils unter 8 %.

Für junge Frauen stellte sich die Situation mit Blick auf den Indikator in 26 der 28 Mitgliedstaaten der EU deutlich günstiger dar als für junge Männer. Nur die Mitgliedstaaten Bulgarien und Slowakei wichen von diesem Muster ab. Im Durchschnitt der EU-28 waren nur 9 % der jungen Frauen frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen, während es bei den jungen Männern 12 % waren. In Deutschland und Baden-Württemberg fiel die Differenz zwischen den Geschlechtern mit gut 2 Prozentpunkten etwas geringer aus.

CO₂-Emissionen

1990 = 100



Daten: 2017.

Datenquellen: UNFCCC-Greenhouse Gas Inventory 2017, Länderarbeitskreis Energiebilanzen.

CO₂-Emissionen: 7 % weniger seit 1990

In Baden-Württemberg lagen die CO₂-Emissionen 2017 nach vorläufigen Berechnungen bei fast 72 Mill. t und bewegten sich damit etwa auf Vorjahresniveau. Damit war erneut kein signifikanter Rückgang der CO₂-Emissionen zu verzeichnen. Die Zunahme der Klimagasemissionen hat sich 2017 jedoch verlangsamt. Zwischen 1990 und 2017 konnten die CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg um 7 % gemindert werden. Dagegen verringerte Deutschland seinen CO₂-Ausstoß seit 1990 bereits um 24,2 %. Wesentlich für diesen deutlicheren Rückgang war die Stilllegung ineffizienter Braunkohlekraftwerke und Industrieanlagen Anfang der 1990er-Jahre in den neuen Bundesländern.

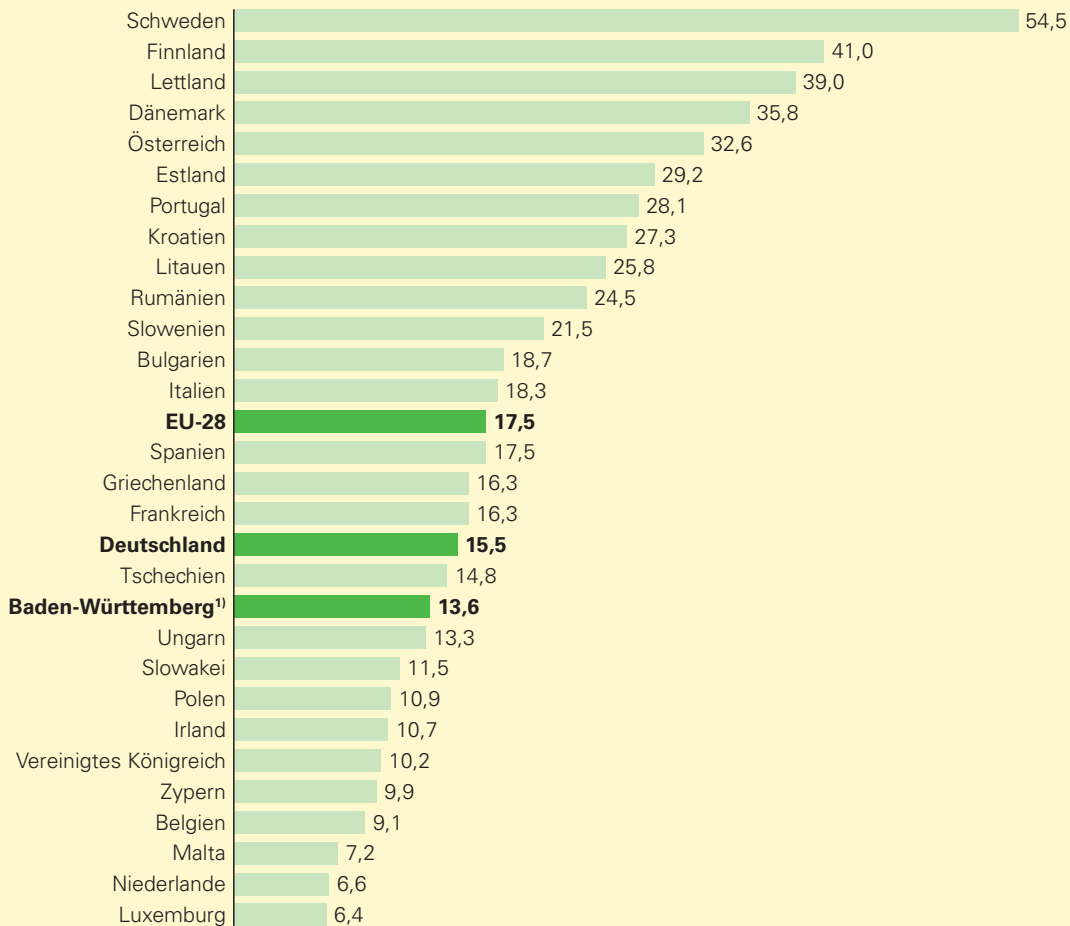
Europaweit (EU-28) konnten zwischen 1990 und 2017 ca. 21 % der CO₂-Emissionen reduziert werden. Litauen, Lettland, Rumänien und Estland konnten ihre Emissionen seit 1990 um mehr als die Hälfte

senken. Dagegen lagen die Emissionen in fünf Staaten der EU, darunter Zypern, Portugal und Spanien, noch deutlich über dem Referenzjahr 1990.

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien verursachen zusammen die Hälfte der gesamten EU-Emissionen. Mit einem Anteil von 2 % liegt Baden-Württemberg im guten Mittelfeld. Bezieht man die CO₂-Emissionen auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Mitgliedstaaten, ergibt sich ein anderes Bild. Bulgarien und Estland stoßen mit 918 t bzw. 790 t am meisten CO₂ pro Mill. Euro Wirtschaftsleistung aus. Schweden verursacht mit 88 t am wenigsten Emissionen pro BIP-Einheit. Baden-Württemberg landet im Ranking mit 161 t pro Mill. Euro BIP im unteren Bereich und liegt deutlich unter dem Wert des Bundes von 246 t CO₂ pro Mill. Euro BIP.

Erneuerbare Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch

Anteil in %



Daten: 2017 – 1) vorläufiges Ergebnis.

Datenquellen: Eurostat, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch hat zugenommen

Die Richtlinie der Europäischen Union (EU) zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (2009/28/EG) enthält für die EU sowie die einzelnen Mitgliedstaaten Zielvorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien. Danach soll Deutschland unter anderem den Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 18 % erhöhen.

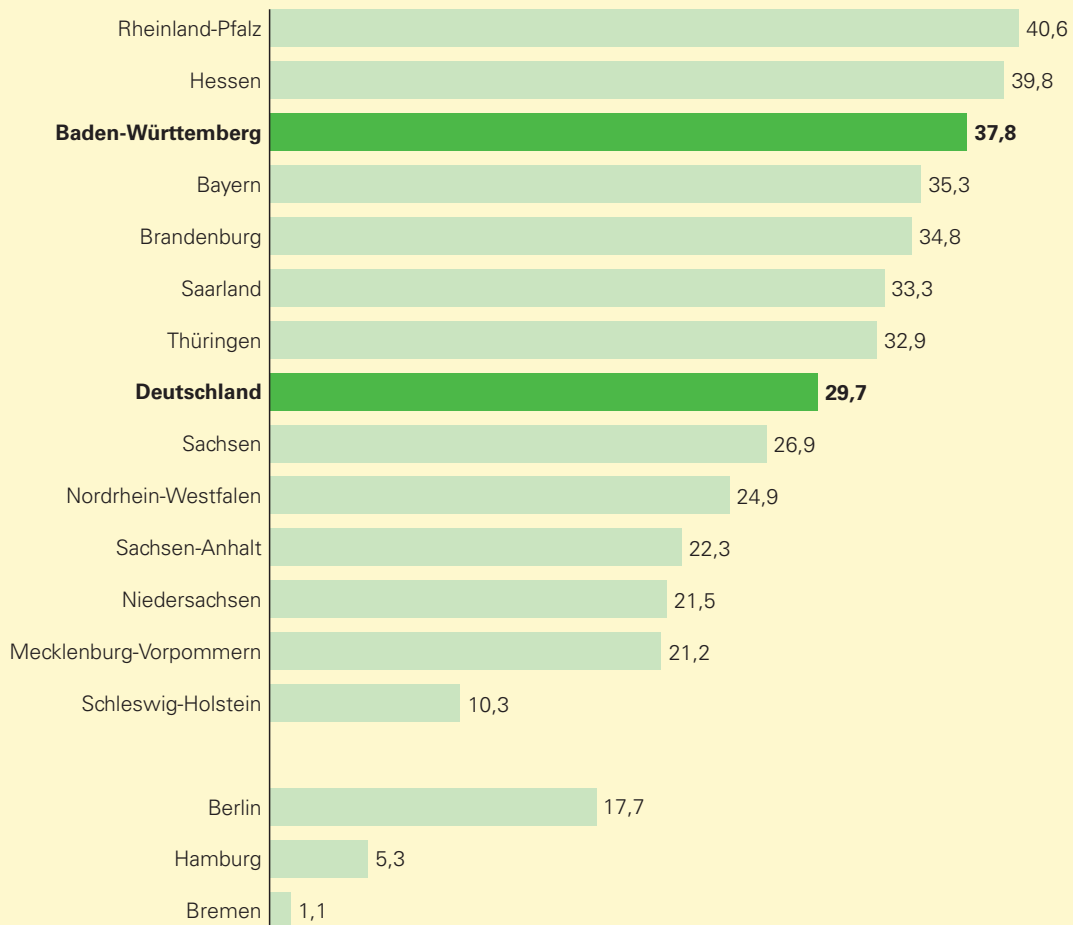
Im Jahr 2017 erreichte der Anteil erneuerbarer Energiequellen am Bruttoendenergieverbrauch bundesweit 15,5 %. Gegenüber 2005 (7,1 %) hat sich ihr Anteil damit mehr als verdoppelt. In Baden-Württemberg lag der Anteil 2017 mit 13,6 % um 1,9 Prozentpunkte unter dem Bundeswert. Aber auch im Südwesten ist der Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch seit 2005 gestiegen. Kamen die Erneuerbaren 2005

noch auf einen Anteil von 6,9 %, waren es 2012 bereits 12,5 %.

Im EU-Vergleich lag Baden-Württemberg 2017 in der unteren Hälfte der EU-Länder. Europaweit betrug der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch 2017 etwa 17,5 %. Bis zum Jahr 2020 soll sich ihr Anteil in der EU auf 20 % erhöhen. Zwischen den einzelnen EU-Ländern gibt es teilweise erhebliche Unterschiede. Den mit Abstand höchsten Anteil regenerativer Energieträger erreichte Schweden. Über die Hälfte des Bruttoendenergieverbrauchs wurde hier im Jahr 2017 aus erneuerbaren Quellen gedeckt. Auch Finnland, Lettland und Dänemark lagen weit über dem EU-Durchschnitt. Am geringsten waren die Anteile hingegen in Luxemburg, den Niederlanden und in Malta.

Waldflächen

Anteil an der Landesfläche in %



Daten: 2017.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

435 19

Wald am Limit

Als die „Lungen der Welt“ produzieren Wälder Sauerstoff, binden das klimaschädliche Kohlendioxid und haben deshalb entscheidenden Einfluss auf das Klima. Sie speichern Wasser und wirken regulierend auf Temperatur und Niederschlagsmengen. Doch jedes Jahr gehen weltweit – vor allem in den Tropen – mehr als 7 Mill. ha Wald verloren: Das ist eine Fläche von der Größe Bayerns. Nach Angaben des Weltklimarates gehen etwa 11 % der Treibhausgasemissionen allein auf den Verlust von Wäldern zurück. Deshalb ist Klimaschutz ohne Waldschutz nicht denkbar.

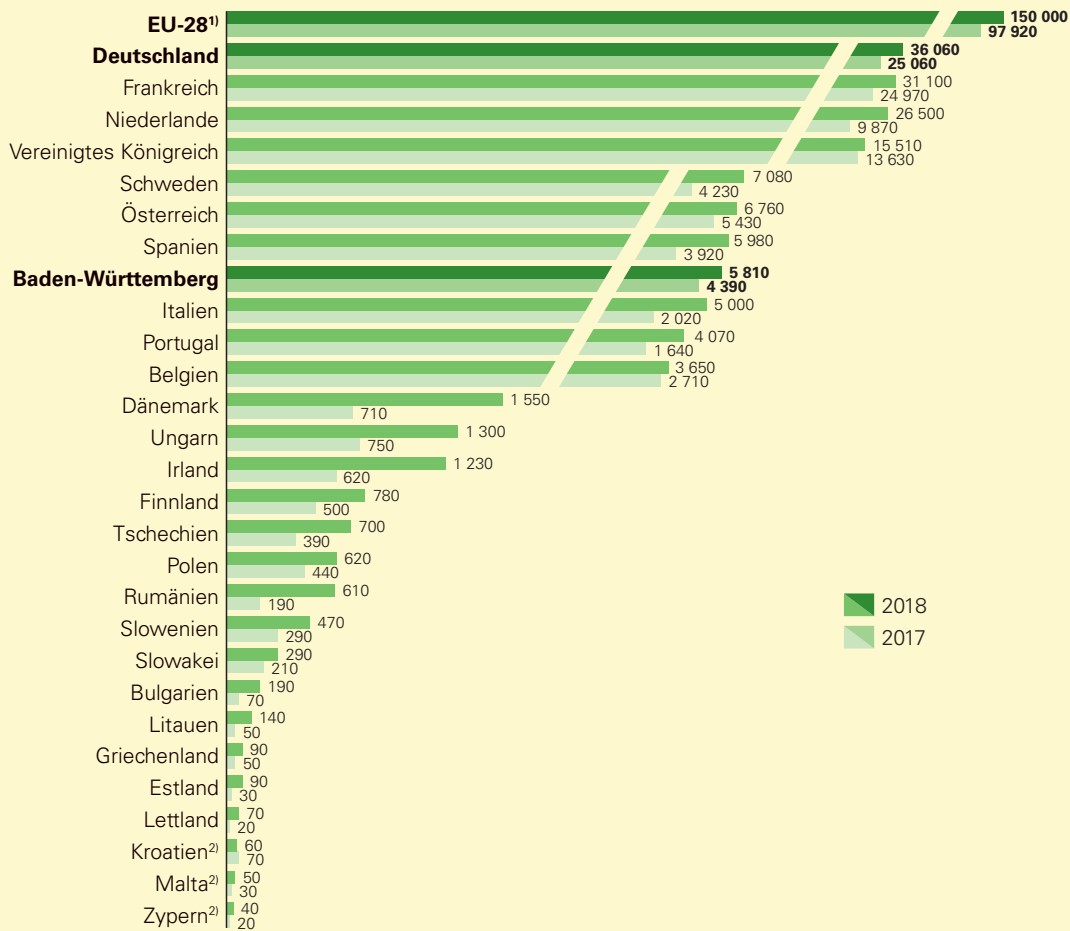
Knapp 30 % der Landesfläche Deutschlands waren Ende 2017 Waldflächen. Nach den Landwirtschaftsflächen mit 18,2 Mill. ha (51 %) prägte der Wald mit einer Ausdehnung von 10,6 Mill. ha die Landschaft am stärksten. Im Vergleich dazu betrugen die Flächen für Siedlung 3,3 Mill. ha (9 %) und für Verkehr

1,8 Mill. ha (5,0 %). In Baden-Württemberg waren 2017 1,4 Mill. ha bzw. 38 % der Landesfläche mit Wald bedeckt. Damit belegte der Südwesten unter den 13 Flächenländern den dritter Platz. Nur Rheinland-Pfalz (41 %) und Hessen (40 %) waren noch walreicher. Das Schlusslicht bildet Schleswig-Holstein. Im nördlichsten Bundesland machte die Waldfläche nur rund 10 % der Landesfläche aus.

2018 wurden in Deutschland mehr als 64 Mill. m³ Holz eingeschlagen. Etwa 80 % des Holzeinschlags entfielen auf Nadelhölzer wie Fichte, Tanne, Douglasie, Kiefer und Lärche. Im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2017 mit einem gesamten Holzeinschlag von jährlich 54 Mill. m³ war im Jahr 2018 ein deutlich höherer Holzeinschlag festzustellen. Dieser ist unter anderem auf Sturmschäden und einen vermehrten Borkenkäferbefall aufgrund der Trockenheit der letzten Jahre zurückzuführen.

Pkw-Neuzulassungen mit ausschließlich elektrischem Antrieb

Anzahl



1) Ohne Luxemburg. – 2) Daten 2017 bzw. 2016.

Datenquellen: Europäischer Automobilverband, Kraftfahrtbundesamt, Eurostat.

Deutschland EU-Spitzenreiter bei Neuzulassungen von E-Autos

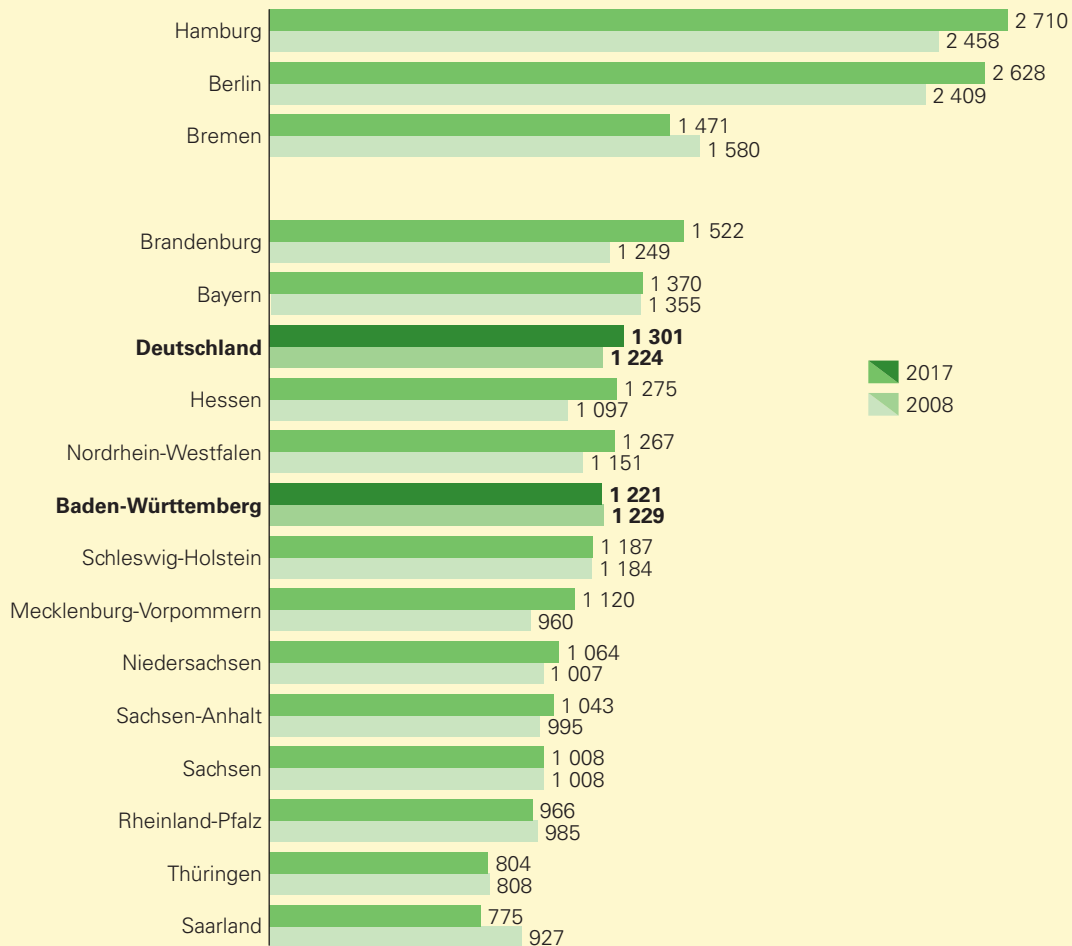
Das Interesse an Elektroautos steigt: Im Jahr 2018 gab es in der EU nach Angaben des europäischen Automobilverbandes ACEA rund 150 000 Neuzulassungen von Personenkraftwagen mit E-Antrieb. Damit fielen die Neuzulassungen bei batteriebetriebenen Fahrzeugen erstmals sechsstellig aus. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Neuzulassungen rein batterie-elektrischer Pkw mit zwei- bis dreistelligen Zuwachsraten, EU-weit um über die Hälfte. Zählt man die EFTA-Staaten Norwegen und Schweiz hinzu, lag die Zahl neuer Elektroautos auf europäischen Straßen sogar bei 201 000. Größter E-Auto-Markt war 2018 das Nicht-EU-Mitglied Norwegen mit 46 100 neu zugelassenen Pkw mit elektrischem Antrieb (+ 40 %). In der EU belegte Deutschland den Spitzenplatz. Die Zahl neu zugelassener E-Autos stieg 2018 um 44 % auf 36 100. Frankreich landete mit 31 100 neu zugelassenen E-Autos und einem Plus von 25 % auf

Rang zwei, gefolgt von den Niederlanden mit 26 500 neu zugelassenen E-Autos und einem dreistelligen Plus gegenüber 2017. Der Südwesten verzeichnete bei den rein elektrisch betriebenen Pkw einen Zuwachs von fast einem Drittel auf 5 800 Fahrzeuge.

Während der deutsche Automobilmarkt insgesamt mit 3,4 Mill. Pkw-Neuzulassungen 2018 leicht rückläufig war (– 0,2 %), konnten die E-Autos deutlich zulegen und ihren Marktanteil von 0,7 % im Jahr 2017 auf gut 1 % erhöhen. Ein ähnlicher Trend gilt für die EU. Die Nachfrage nach E-Autos wuchs in einem stagnierenden Gesamtmarkt mit 15 Mill. Pkw-Neuzulassungen. So stieg der E-Autoanteil von 0,6 % im Jahr 2017 auf 1 % der Neuzulassungen im Jahr 2018. Den höchsten Anteil an E-Autos in der EU verzeichneten die Niederlande mit 6 %. Mit Abstand folgten Schweden, Österreich und Portugal mit Anteilen von jeweils 2 %.

Öffentlicher Personennahverkehr im 10-Jahresvergleich

Personenkilometer je Einwohner und Jahr



Datenquelle: Länderinitiative Kernindikatoren (LiKi).

Nutzung des ÖPNV leicht rückläufig

Räumliche Mobilität ist eine Voraussetzung für die Erschließung von Lebens- und Arbeitsräumen. Eine hohe Mobilität ist deshalb für Viele ein wesentlicher Bestandteil ihrer Lebensqualität. Bei gleicher Verkehrsleistung und hoher Auslastung ist die Personenbeförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln mit deutlich weniger Umweltbelastungen verbunden als der motorisierte Individualverkehr. Die Verkehrsleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) spiegeln die Nachfrage der Bevölkerung nach Angeboten von Linienbussen und Bahnen des Nahverkehrs wider.

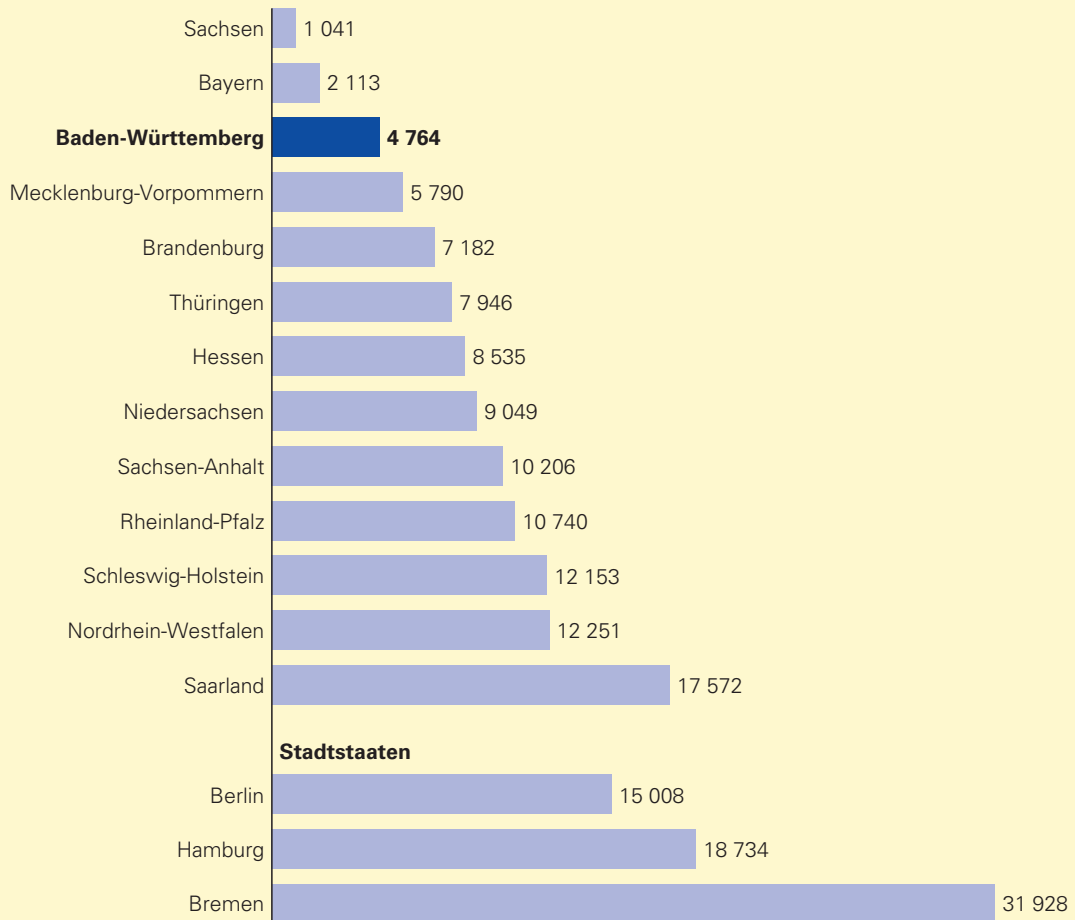
Die Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs fuhren 2017 im Durchschnitt 1 220 km mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln. Damit ging die Nutzung öffentlicher Nahverkehrsmittel in Baden-Württemberg im 4. Jahr in Folge leicht zurück

(– 1,9 %). In den übrigen Bundesländern war die Entwicklung 2017 uneinheitlich. Überdurchschnittlich wuchsen die Beförderungsleistungen je Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern (+ 4,1 %) und Sachsen-Anhalt (+ 3,2 %), deutlich zurück gingen sie dagegen im Saarland (– 6,6 %) und in Hessen (– 6,5 %). Im Bundesdurchschnitt stagnierte die Nachfrage nach Nahverkehrsleistungen gegenüber 2016 (– 0,5 %).

Wie dicht das Angebot im ÖPNV ist und wie stark es genutzt wird, hängt auch von der Siedlungsstruktur ab. So lassen sich die Beförderungsleistungen von bis zu 2 700 Personenkilometern je Einwohner in den Stadtstaaten nicht mit den Flächenländern vergleichen. Im Ranking der Flächenländer lag Baden-Württemberg 2017 an fünfter Stelle hinter Brandenburg (1 520 km), Bayern (1 370 km), Hessen (1 280 km) und Nordrhein-Westfalen (1 270 km).

Schuldenstand*) nach Bundesländern

in EUR je Einwohner



Daten: 31.12.2018. – *) Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände einschließlich Extrahaushalte, beim nicht-öffentlichen Bereich.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Südwesten 2018 mit drittniedrigster Pro-Kopf-Verschuldung

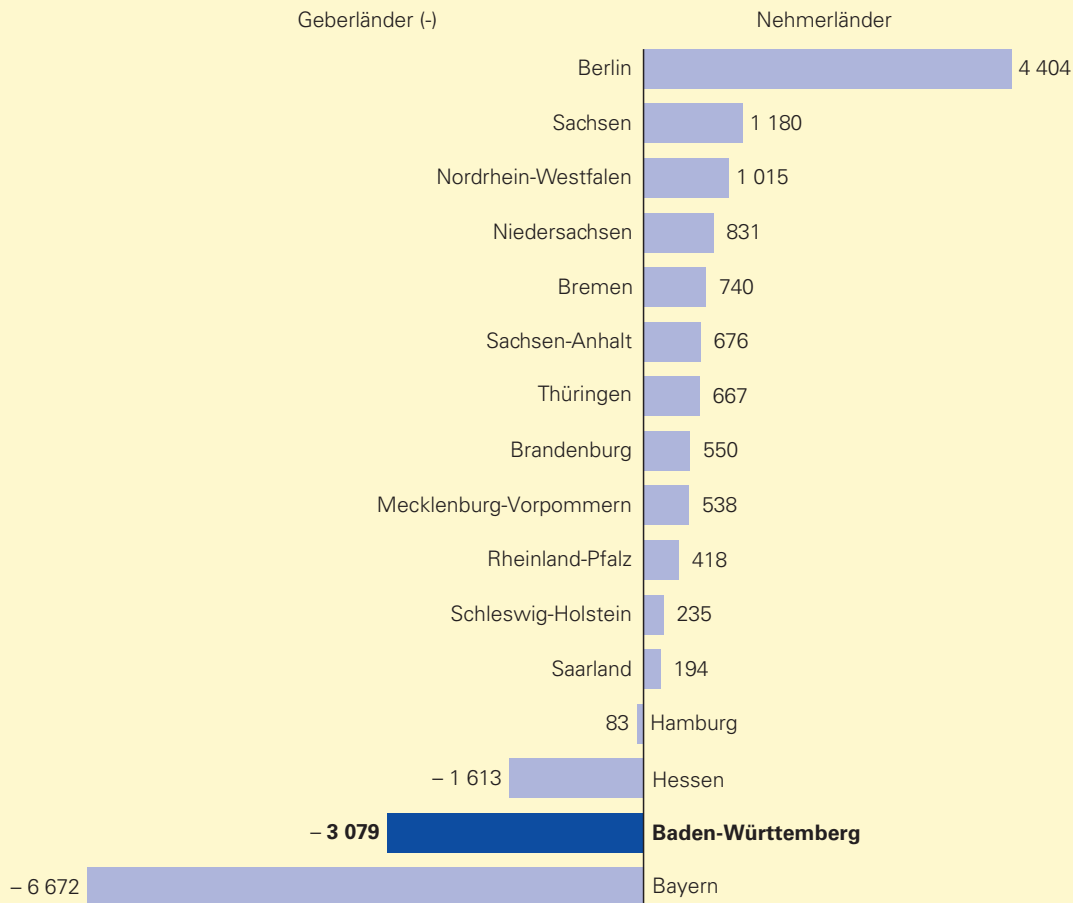
Die öffentliche Verschuldung ist 2018 in Deutschland um 3,1 % und damit das 3. Jahr in Folge gesunken. In Baden-Württemberg gingen die Verbindlichkeiten von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden um 3,7 % zurück. Damit fiel der Rückgang im Südwesten wie schon 2017 stärker aus als bundesweit. Die öffentliche Verschuldung Baden-Württembergs belief sich 2018 auf 52,6 Mrd. Euro. Bis auf Schleswig-Holstein sowie die Stadtstaaten Bremen und Hamburg konnten alle Bundesländer ihre öffentliche Verschuldung reduzieren. Der Löwenanteil der baden-württembergischen Gesamtverschuldung ging auf das Konto des Landes. 44 Mrd. Euro betrugen seine Verbindlichkeiten. Dies waren 4,7 % weniger als im Vorjahr. Der Schuldenabbau fiel in Baden-Württemberg 2 Prozentpunkte stärker aus als im bundesweiten Durchschnitt. Gegen den Trend erhöhte sich die Verschuldung der Südwest-Gemeinden um

1,5 %. Allerdings machen ihre Verbindlichkeiten nur 16,4 % der landesweiten Verschuldung aus – ein im Bundesländervergleich sehr niedriger Wert.

Um die zwischen den Bundesländern unterschiedliche absolute Verschuldung vergleichbar zu machen, wird diese auf die Zahl der in den Bundesländern ansässigen Einwohnerinnen und Einwohner bezogen. Hier erreichte der Südwesten erneut den drittniedrigsten Wert aller Bundesländer. 2018 entfiel auf jede Baden-Württembergerin und jeden Baden-Württemberger ein öffentlicher Schuldenstand von 4 764 Euro. Geringere Werte konnten nur Bayern und Sachsen erzielen. Der Schuldenstand pro Kopf fiel gegenüber dem Vorjahr um 4,3 % geringer aus und sank damit 0,6 Prozentpunkte stärker als die absolute Verschuldung. Deutschlandweit reduzierte sich die Pro-Kopf-Verschuldung um 3,4 %.

Länderfinanzausgleich

Ausgleichszahlungen in Mill. EUR



Daten: 2018, vorläufige Werte.

Datenquelle: Bundesfinanzministerium.

Länderfinanzausgleich – neuer Höchststand

Im Länderfinanzausgleich unterstützen finanzstarke Bundesländer (Geberländer) die finanzschwächeren Bundesländer (Nehmerländer) mithilfe von Transferzahlungen. Ziel dieser Ausgleichszahlungen ist es, wirtschaftliche Unterschiede der einzelnen Bundesländer auszugleichen. Die Ausgleichszahlungen werden in der jetzigen Form noch bis einschließlich 2019 fortgeführt.

Nach vorläufigen Angaben wurden 2018 im bundesstaatlichen Finanzausgleich von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg Transferzahlungen von insgesamt rund 11,5 Mrd. Euro an die finanzschwächeren Bundesländer geleistet. Im Jahr zuvor waren es rund 11,2 Mrd. Euro gewesen. Der größte Geber im Finanzausgleich ist weiterhin der Freistaat Bayern, der 2018 einen Rekordwert von 6,7 Mrd. Euro an die finanzschwä-

cheren Bundesländer überwies und mit einem Anteil von rund 58 % zum Finanzausgleich beitrug. Baden-Württemberg, das sich im Jahr 2018 mit gut 3,1 Mrd. Euro als Geberland am Finanzausgleich beteiligte, zahlt als einziges Bundesland seit 1950 ununterbrochen in den Länderfinanzausgleich ein. Hessen ist bereits seit 1957 dauerhaft als Geberland im Finanzausgleich beteiligt und Bayern seit 1993. Im Jahr 2018 war Hamburg, wie bereits im Vorjahr, Geberland und trug mit 83 Mill. Euro zum Länderfinanzausgleich bei.

Berlin profitiert seit Jahren in besonderem Maß vom Länderfinanzausgleich. Im Jahr 2018 flossen 4,4 Mrd. Euro bzw. 38 % des gesamten finanziellen Ausgleichsvolumens in die Bundeshauptstadt. Unterstützung von jeweils über 1 Mrd. Euro erhielten neben Berlin auch Sachsen und Nordrhein-Westfalen.

Glossar

ALTENQUOTIENT

65-Jährige und Ältere bezogen auf 100 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

ARBEITNEHMERINNEN UND -NEHMER

Als Arbeitnehmerin bzw. -nehmer zählt, wer zeitlich überwiegend als Arbeiterin bzw. Arbeiter, Angestellte bzw. Angestellter, Beamtin bzw. Beamter, RichterIn bzw. Richter, Berufssoldatin bzw. -soldat, Soldatin bzw. Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistende Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildende bzw. Auszubildender, Praktikantin bzw. Praktikant oder Volontärin bzw. Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiterinnen bzw. -arbeiter und ausschließlich marginal Beschäftigte. Als „marginal Beschäftigte“ werden Personen angesehen, die als Arbeiterinnen bzw. Arbeiter und Angestellte keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als Erwerbstätige gelten, wenn sie in einem 1-wöchigen Berichtszeitraum wenigstens 1 Stunde gegen Entgelt arbeiten. Dazu zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig entlohnte und kurzfristig Beschäftigte.

ARMUT

Armut oder soziale Ausgrenzung sind nach EU-Definition gegeben, wenn auf eine Person mindestens eines der drei Kriterien „Armutsgefährdung“, „erhebliche

materielle Entbehrung“ oder „Zugehörigkeit zu einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit“ zutrifft. Als armutsgefährdet gilt, wer inklusive staatlicher Sozialleistungen mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Erhebliche materielle Entbehrung liegt vor, wenn die Personen Schwierigkeiten haben, für mindestens vier der folgenden neun Ausgaben aufzukommen (Miete/ Versorgungsleistungen, Heizung, unerwartete größere Ausgaben, jeden 2. Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr, eine 1-wöchige Feriendreise an einem anderen Ort, ein Auto, eine Waschmaschine, einen Farbfernseher, ein Telefon). Ein Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn die darin lebenden erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder im Alter von 18 bis 59 Jahren insgesamt weniger als 20 % ihrer maximal möglichen Erwerbszeit (zum Beispiel bei zwei Erwachsenen 24 Monate im Jahr) gearbeitet haben.

BEFÖRDERUNGSLEISTUNG IM ÖPNV (PERSONENKILOMETER JE EINWOHNER UND JAHR)

Der Indikator umfasst den Liniennahverkehr innerhalb eines Bundeslandes mit Eisenbahnen (inklusive S-Bahnen), Straßenbahnen und Omnibussen durch Verkehrsunternehmen. Die Beförderungsleistung in Personenkilometern ergibt sich aus der Multiplikation der Zahl der Fahrgäste im ÖPNV mit deren durchschnittlicher Reiseweite in Kilometern. Der Indikator ist auf Einwohner normiert.

BETREUUNGSQUOTE

Die Betreuungsquote weist aus, welcher Anteil aller Kinder einer bestimmten Altersgruppe ein Angebot der Kindertagesbetreuung (Tageseinrichtungen oder öffentlich geförderte Kindertagespflege) in Anspruch

nimmt. Datenquellen sind die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik zum Stichtag 1. März sowie die amtliche Bevölkerungsstatistik zum Stichtag 31. Dezember des Vorjahres.

BREITBAND

bezeichnet Telekommunikationsanschlüsse, bei denen ein breites Frequenzband für die Übertragung von Daten zur Verfügung steht. Als Breitbandverbindungen gelten Telekommunikationsleitungen, über die Daten mit hoher Geschwindigkeit übertragen werden, das heißt mit einer Upload- und Download-Geschwindigkeit (auch als Kapazität bezeichnet) von mindestens 144 kbit/s (Kilobit pro Sekunde oder kbps). Die gebräuchlichsten Technologien für den Breitband-Internetzugang sind DSL (Digital Subscriber Line) und Varianten von DSL (zum Beispiel xDSL), sowie Kabelanschlüsse über Kabelmodems (bei denen die Übertragung an den Rechner über das Kabelfernsehtnetz erfolgt).

BRUTTOENDENERGIEVERBRAUCH

Der Bruttoendenergieverbrauch ist in Artikel 2f der EU-Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen definiert. Er setzt sich zusammen aus dem Endenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz, dem in der Energiewirtschaft für die Erzeugung von Wärme und Strom anfallenden Eigenverbrauch sowie den bei der Verteilung und Übertragung auftretenden Transport- und Leitungsverlusten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT (BIP), BRUTTOWERTSCHÖPFUNG (BWS)

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer

bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen; es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche, vermehrt um die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen.

BRUTTOLÖHNE UND -GEHÄLTER

Die Bruttolöhne und -gehälter enthalten die von den im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten (Betrieben) geleisteten Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und -nehmer vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge sowie Sachleistungen, die ihnen unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

DIREKTINVESTITIONEN

Direktinvestitionen sind grenzüberschreitende Vermögensanlagen in Unternehmen mit dem Ziel, die Geschäftstätigkeit langfristig zu beeinflussen. Ein Unternehmen ist dann Gegenstand einer Direktinvestition, wenn ein Direktinvestor mindestens 10 % der Stammaktien oder Stimmrechte (im Fall eines Unternehmens mit eigener Rechtspersönlichkeit) bzw. einen vergleichbaren Anteil (im Fall eines Unternehmens ohne eigene Rechtspersönlichkeit) besitzt.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Erneuerbare Energieträger sind natürliche Energievorkommen, die auf permanent vorhandene oder auf sich in überschaubaren Zeiträumen von wenigen Generationen regenerierende Energieströme zurückzuführen sind. Dazu gehören zum Beispiel Wasserkraft, Windenergie, Solarenergie, Fotovoltaik, Biomasse in Form von Gasen und nachwachsenden Rohstoffen, Abfall biologischen Ursprungs, Geothermie und Umgebungswärme.

ERWERBSLOSE, ERWERBSLOSENQUOTE

Erwerbslos ist, wer nicht erwerbstätig ist, jedoch aktiv nach einer Erwerbstätigkeit sucht und eine solche im Erfolgsfall kurzfristig aufnehmen könnte. Die Erwerbslosenquote errechnet sich als Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen).

ERWERBSTÄTIGE, ERWERBSTÄTIGENQUOTE

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die in der Berichtswoche mindestens 1 Stunde gegen Entgelt oder zur Erzielung eines Gewinns arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren. Erwerbstätige umfassen Arbeitnehmer, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige. Die Erwerbstätigenquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung derselben Altersgruppe.

EU-ARBEITSKRÄFTEERHEBUNG

Die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE) wird in den 28 Mitgliedstaaten der EU gemäß Verordnung des Rates (EEG) Nr. 577/98 vom 9. März 1998 durchgeführt. Die AKE ist eine umfassende Haushaltsstichprobenerhebung, die vierteljährliche Ergebnisse zur Beteiligung der Personen ab 15 Jahren am Arbeitsmarkt sowie zu Personen, die nicht zu den Arbeitskräften zählen, liefert.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Forschung und Entwicklung (FuE) ist die systematische Suche nach neuen Erkenntnissen unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden in geplanter Form. Während

unter Forschung der generelle Erwerb neuer Kenntnisse zu verstehen ist, setzt sich die Entwicklung mit deren erstmaliger konkretisierender Anwendung sowie praktischer Umsetzung auseinander.

FRÜHE SCHUL- UND AUSBILDUNGS- ABGÄNGERINNEN BZW. -ABGÄNGER

Frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen bzw. -abgänger sind über das Alter (18- bis 24-Jährige), den erlangten Bildungsstand und die aktuelle Bildungsbeteiligung abgegrenzt. Das bedeutet, dass auch junge Menschen, die beispielsweise die Haupt- oder Realschule erfolgreich abgeschlossen haben, jedoch keine Berufsausbildung absolviert haben und sich nicht mehr im Bildungsprozess befinden, als frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen bzw. -abgänger gezählt werden. Bildungsbeteiligung umfasst hier sowohl den Besuch von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie Hochschulen als auch die Teilnahme an Lehrveranstaltungen der allgemeinen oder beruflichen Weiterbildung in Form von Kursen, Seminaren, Tagungen oder Privatunterricht.

FUE-INTENSITÄT

Zur Berechnung der Kennzahl „FuE-Intensität“ werden die FuE-Ausgaben einer Region auf das nominale Bruttoinlandsprodukt dieser Region bezogen. Eine hohe FuE-Intensität gilt als eine entscheidende Basis für zukünftige Innovationen und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

HOCHQUALIFIZIERTE

Der Bildungsstand basiert auf der international vergleichbaren Klassifikation für das Bildungswesen „International

Standard Classification of Education“ (ISCED). Der höchste erreichte Bildungsstand wird danach aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss kombiniert. Grundsätzlich wird zwischen folgenden drei Kategorien für den Bildungsstand unterschieden: „hoch“, „mittel“ und „niedrig“. Personen mit einem hohen Bildungsstand verfügen über einen akademischen Abschluss oder einen Meister-/Techniker- oder Fachschulabschluss. Berufsqualifizierende Abschlüsse und/oder das Abitur beziehungsweise die Fachhochschulreife gehören zur Kategorie „mittlerer Bildungsstand“. Personen mit ausschließlich einem Haupt-/Realschulabschluss, Polytechnische Oberschule und ohne beruflichen Abschluss beziehungsweise Personen ohne Bildungsabschluss fallen in die Kategorie „niedriger Bildungsstand“. Die Zuordnung nach ISCED 2011 unterteilt nach Primär-, Sekundär-, und Tertiärbereichen. Der Primärbereich umfasst in Deutschland Grund- und Gesamtschulen, der Sekundärbereich die allgemein- und berufsbildenden Abschlüsse und der Tertiärbereich die Studiengänge an Hochschulen und Berufsakademien und Bildungsgänge an Fachschulen und Fachakademien.

INNOVATIONSINDEX

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat mit dem Innovationsindex einen Indikator entwickelt, der eine Vielzahl an Bestimmungsfaktoren in einer einzigen Kennzahl bündelt und somit einen einfachen Vergleich des Innovationspotenzials der Länder und der Regionen in der Europäischen Union ermöglicht. In die Indexberechnung gehen folgende Indikatoren ein: die FuE-Ausgaben, das FuE-Personal, die Erwerbstätigen in industriellen Hochtechnologiebranchen, die Erwerbstätigen in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen,

die Erwerbstätigen in wissenschaftlich-technischen Berufen und die Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt.

JUGENDQUOTIENT

Unter 15-Jährige bezogen auf 100 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

KAUFKRAFTPARITÄTEN

Kaufkraftparitäten (KKP), auch „Purchasing power parities“ (PPPs) genannt – hier in US-\$ ausgewiesen, berücksichtigen die Unterschiede zwischen den internationalen Preisniveaus. Aggregate in KKP werden berechnet, indem man das Aggregat in laufenden Preisen und nationaler Währung durch die zu einem bestimmten Zeitpunkt gültige Kaufkraftparität – hier bezogen auf US-\$ – teilt. Angaben in „PPP-Dollar“ (auch „internationaler Dollar“ genannt) entsprechen also einer vergleichbaren Menge an Waren und Dienstleistungen, die auch mit US-\$ in den Vereinigten Staaten erworben werden könnten.

LEBENSLANGES LERNEN

Lebenslanges Lernen umfasst sowohl die Teilnahme an formaler Bildung als auch an nichtformaler Bildung. Damit zählen sowohl der Besuch von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie Hochschulen als auch die Teilnahme an Lehrveranstaltungen der allgemeinen oder beruflichen Weiterbildung in Form von Kursen, Seminaren, Tagungen oder Privatunterricht zum lebenslangen Lernen. Als Referenzzeitraum für die Teilnahme an diesen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen gelten, wie in der Arbeitskräfteerhebung üblich, die 4 Wochen vor der Befragung.

LOHNSTÜCKKOSTEN

Die nominalen Lohnstückkosten für die Gesamtwirtschaft ergeben sich als Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt in jeweiligen Preisen je Arbeitnehmer) zur Arbeitsproduktivität (reales Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je Erwerbstätigem).

ÖFFENTLICHE VERSCHULDUNG

Der Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts auf Landesebene umfasst die Schulden der Kernhaushalte des Landes und der Gemeinden/Gemeindeverbände sowie deren Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich. Die „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ umfassen Wertpapierschulden, Kredite und Kassenkredite. Zu den „Extrahaushalten“ zählen alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zum Sektor „Staat“ gehören. Hauptmerkmale für eine Zuordnung zum Sektor „Staat“ sind die öffentliche Kontrolle und die Nichtmarktproduktion.

SPAREN, SPARQUOTE

Das Sparen der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) umfasst den nicht konsumierten Teil des verfügbaren Einkommens zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Die Sparquote errechnet sich aus dem Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

TEILZEITQUOTEN

Teilzeit ist jede Arbeitszeit, die weniger Arbeitsstunden als die Arbeitszeit der Vollzeitkräfte im gleichen Betrieb umfasst. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) verwendet keine feste Stundengrenze, sondern definiert Teilzeit generell als Tätigkeit, deren „Normalarbeitszeit geringer ist als diejenige vergleichbarer Vollzeitarbeitnehmer“. Die Definition erfolgt durch Selbsteinschätzung der Befragten.

VERFÜGBARES EINKOMMEN

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktuelle und historische baden-württembergische und deutsche Statistik sowie für baden-württembergische Landeskunde
Telefon 0711/641-21 33, Telefax - 29 73
bibliothek@stala.bwl.de

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax 641-13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr

statistik-bw.de